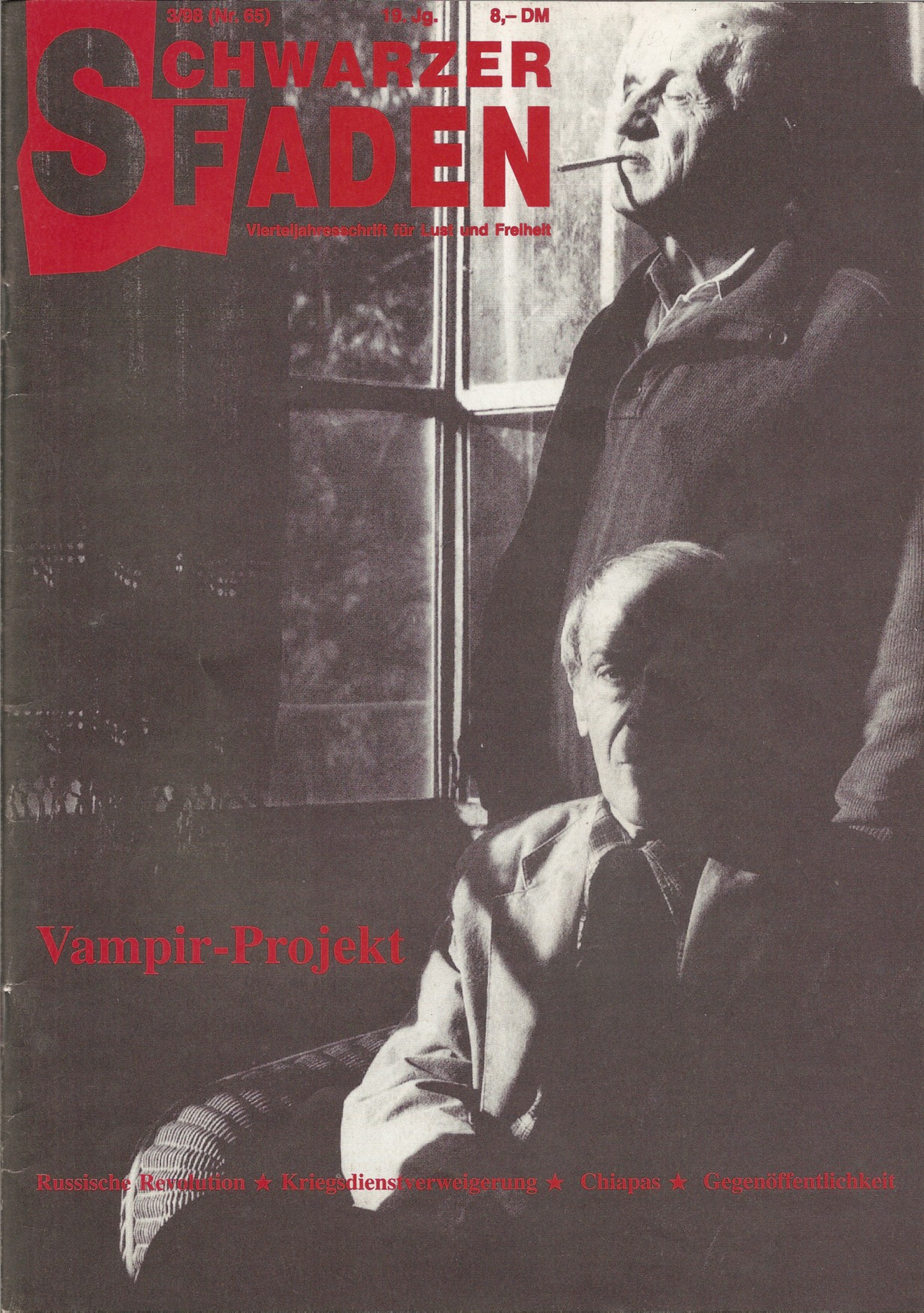
3/98 (Nr. 65) 19. Jg. 8,– DM

SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit



Vampir-Projekt

Russische Revolution ★ Kriegsdienstverweigerung ★ Chiapas ★ Gegenöffentlichkeit

Impressum:
Redaktions- & ABOadresse:

Schwarzer Faden
PF 1159
D-71117 Grafenau
Tel. 07033-44273, Fax 07033-45264
e-mail: TrotzdemuSF@t-online.de

Einzelpreis: 8.-DM
ABO (4 Nrn.): 30.-DM
Kontoverbindung:
Postgiro Stuttgart: Kto. W. Haug,
Ktonr. 57463-703, BLZ 600 100 70
Erscheinungsweise: 4 x jährlich
Auflage: 2500
Herausgeber:
Trotzdem-Verlag/W. Haug, Grafenau
ISSN: 0722-8988, ZIS-Nr. 701
Postvertriebskennzeichen: E 9860

Redaktionskollektiv: Nicole Frazier, Wolfgang Haug, Jan Jacob Hofmann, Andi Ries, Harald Romaker, Herby Sachs (V.I.S. d.P.), Boris Scharlowski, Dieter Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung des Herausgebers oder des presserechtlich Verantwortlichen wieder.
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: C. Andrea, Claus Biegert, Janet Biehl, Ulrich Bröckling, Daniela Carmignani, Bernd Drücke, Gerhard Hanloser, Richard Herding, Christian Holzinger, Olaf Kaltmeier, Donna Kiddle, Jochen Knoblauch, Chaos Maurice, Heiko Möhle, Helmut Richter, Sonja Richter, Hans Müller-Sewing, Radio Dreyeckland, TÜV, Klaus Veith.
Das **Redaktionskollektiv** entscheidet über Inhalt und Form der Zeitschrift. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Der Abdruck erfolgt honorarfrei. *anti-copyright:* Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht.
Mitarbeit: Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, Internationalismus, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und einer Kultur- und Medienkritik von unten. Eingesandte Artikel, Photos, Graphiken etc. sind erwünscht!
Verlag, Satz & Vertrieb: Trotzdem-Verlag, Grafenau
Druck & Weiterverarbeitung: Druckcooperative, Karlsruhe
Technologie: Wir wünschen uns die Artikel auf 3 1/2-Zoll-Disketten. Am besten im Textverarbeitungsprogramm Word od. Word-Windows auf MAC- oder DOS-Basis.
Auslieferung an den Buchhandel:
BRD: Trotzdem-Verlag, Grafenau
Österreich: Stonehenge, Wien
Schweiz: Anares, Bern
Anzeigenpreise (zzgl. 16% MWST):

Kleinanzeige:	40.- DM
halbe Spalte (5,4x 13,5cm):	150.- DM
ganze Spalte (5,4x27 cm):	300.- DM
1/4-Seite (8,5x 13 cm):	250.- DM
1/2-A-4-Seite:	450.- DM
1 A-4-Seite:	1000.- DM
neu: Beilagen	**400.- DM**

Dauerkunden erhalten 30% Rabatt!

Inhalt Nr. 3/98

Titelphoto:Giovanna Calvenzi

Redaktions- und Anzeigenschluß: SF-66 (4/98): 31.10.1998

Trefft uns auf der Frankfurter Buchmesse:
Halle 6.0, Reihe F, Stand Nr.138
oder im Internet:
http://www.comenius-antiquariat.com/anares/verlage/tv.htm

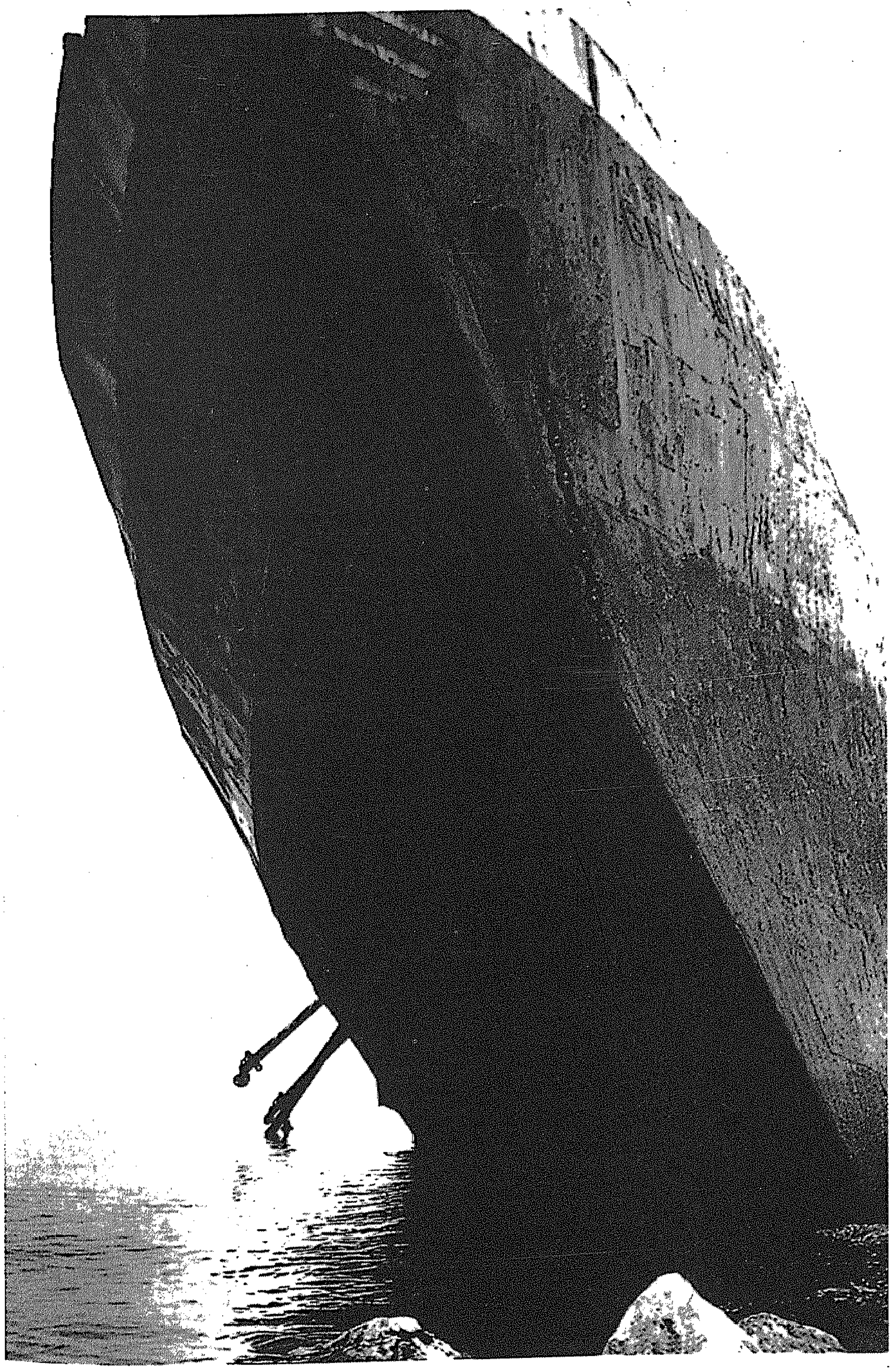


Foto: Andrea Vernier

Editorial – SF-Interna

Der Schwarze Faden spinnt sich seit 1980 durch die Geschichte libertärer und linksradikaler Bewegung und Kultur von unten. Bis 1989 konnten wir jährliche Zuwächse an ABO's, Buchhandelsexemplaren und WiederverkäuferInnen erzielen. Seit 1989 geht der Verkauf insbesondere im Buchhandel kontinuierlich zurück. Nur noch wenige Läden können sich anscheinend platzkostende Zeitschriftenbereiche leisten und die, die es tun, reduzieren ihre Stückzahlen auf ein Minimum.So sind unsere Verkaufszahlen im Buchhandel um die Hälfte gesunken. Unsere Auflage von 3000 Exemplaren mußte deshalb schrittweise zurückgenommen werden und liegt inzwischen bei nur noch bei 2200 bis 2500 Exemplaren. Seit 1989 sind jedoch die laufenden Kosten allesamt gestiegen, dies betrifft die Druckkosten, die Telefonkosten und insbesondere die Portokosten. Wo wir Kosten senken konnten, haben wir dies getan, z.B. die Bürokosten haben wir weitgehend eingespart. Personalkosten existierten noch nie, wenn auch manchmal von Reisekostenerstattung geträumt wurde, blieb es bis heute bei der Eigenfinanzierung.

Eine Ausgabe kostet uns derzeit ca. 10.000.-DM (Druck, Fotos, Lay Out Materialien, Telefon, Telefax, Porto/ Fracht, Versandmaterialien.)

Unser garantierter Erlös liegt derzeit nur bei 8200.-DM. Spenden, Anzeigen und nachträglicher Verkauf erhöhen diese Einnahmen um ca. 1300.-DM pro Ausgabe. Wir liegen also seit einigen Ausgaben knapp unter den laufenden Kosten.

Wir wollen deshalb nochmal allen, denen die Weiterexistenz des Schwarzen Fadens wichtig erscheint und denen es finanziell möglich ist, nahelegen, uns eine monatliche Spende per Dauerauftrag zukommen zu lassen. Würden sich nur 10 LeserInnen finden, die uns 50.-DM abtreten könnten, würde dies die Druckkosten für eine Ausgabe von 6000.-DM abdecken. Natürlich freuen wir uns auch über kleinere regelmäßige Beträge oder die Einrichtung eines Förder-ABOs (50.- anstatt 30.-DM).

SF-Redaktionskollektiv

Einmalige Spenden für den Pressefonds (Anzeigen, Werbung etc.) des Schwarzen Fadens :

V.W-P., Berlin 30.-; M.W., Kleinostheim 20.-; A.K., Darmstadt 5.-; K.D., Essen 10.-; H.S., Stuttgart 10.-; K.W., Berlin 10.-; B.N., Kaufungen, 30.-; J.K., CH-Chur 10.-; H.B., Oldenburg 20.-; J.S., Dresden 20.-; O.K., Idar-Oberstein 300.-; H.G., Porta Westfalica 50.-;

Gesamt: 515.-

Mtl. Dauerspenden für die Verbreitung anarchistischen Gedankenguts – SF-Unterstützer- und Unterstützerinnenkreis:

N.H., Nürnberg 25.-; M.R., Frankfurt 25.-; T.S. , Detmold 5.-; A.R., Paderborn 10.-; F.-J. M., Dortmund 10.-; V.S., Groß-Umstadt 20.-; U.S., Thedinghausen 15.-; R.G., Anröchte 15.-; I.W., Aschaffenburg 60.-; Na, Euskirchen 100.-;

Gesamtstand (August 1998: 285.-)

Herzlichen Dank an alle. Die Spenden helfen uns derzeit sehr!

Seit dem Massaker von Acteal, bei dem 45 Menschen der unabhängigen Organisation «Las Abejas»[1] in ihrem Flüchtlingscamp von PRI-nahen Paramilitärs abgeschlachtet wurden, reißt die Gewalt gegen die widerständigen indigenen Strukturen in Chiapas nicht ab. Sechs Monate sind vergangen, Monate in denen die mexikanische Regierung deutlich machte, daß sie nicht im entferntesten daran denkt, die von ihr im Januar 96 unterzeichneten Friedensverhandlungen in bindende Verfassungsänderungen gießen zu lassen und gleichzeitig eine beispiellos Delegitimierungskampagne gegen alle im Friedensprozeß aktiven Instanzen initiierte. Diese Kampagne führte nach dem Rücktritt des Vorsitzenden der Vermittlungskommission CONAI[2], dem Bischof der Diözese von San Cristóbal Don Samuel Ruiz, letztendlich zur Auflösung der CONAI. Die Sabotage der den Friedensprozeß überwachenden Parlamentsdelegation COCOPA[3], ging mit massenhaften Ausweisungen internationaler BeobachterInnen einher. Diese «ausländischen Einmischungen» boten dem Präsidenten die Gelegenheit mit einem ebenso lächerlichen wie atemberaubenden Diskurs, zur «Verteidigung der nationalen Souveränität» und der mexikanischen Revolution (sic!) angesichts dieser «internationalen Bedrohung» die nationale Einheit inmitten aller realen Zerfalls- und Spaltungsprozesse zu beschwören. Die fortgesetzte Zerstörung etablierter autonomer Munizipien[4] auf Geheiß der bundesstaatlichen Regierung leiteten eine neue Stufe im «Krieg niedriger Intensität» ein, die auch in der seit einigen Wochen andauernden Bedrohungswelle gegen die mit der Autonomiebewegung solidarischen Zivilgesellschaft ihren Ausdruck findet. Der chiapanekische Friedensprozeß, in seiner spezifischen Form Ausdruck und Symbol der überfälligen Demokratisierung des ganzen Landes, steckt in der Sackgasse und der Ruf nach internationaler Beobachtung und Vermittlung ist immer häufiger zu hören. Angesichts dieser verfahrenen Situation liegt es nahe, die beeindruckenden Organisationsprozesse der indigenen Bevölkerung Mexikos (nein, nicht nur in Chiapas), die statt ihre Zeit mit fruchtlosen Dialogen zu vergeuden politische Realitäten schuf, Foren einberief und Konzepte «zur Reform des Staates» entwickelte, endgültig aus dem Blickfeld zu verlieren. Depression macht sich in der Solibewegung breit und der «Krieg niedriger Intensität» droht auch noch den Sieg «über unsere Köpfe und Herzen» hinweg zu tragen. Die Schreiberin dieser Zeilen hält es lieber mit dem vorerst letzten Kommuniqué der EZLN, der 5. Erklärung der Selva Lacandona, herausgegeben am 19.Juli dieses Jahres und überschrieben mit den schlichten Worten: «!Aquí estamos! !Resistimos !»[5]

Acteal und der Kampf gegen die Autonomiebewegung

Das Massaker von Acteal ist meiner Einschätzung nach nur im Kontext der durch den zapatistischen Aufstand ausgelösten Transformationsprozesse zu verstehen, dessen Hauptakteure die autonomen Regierungen innerhalb wie außerhalb der definierten Konfliktzone darstellen. Die



Foto: Herby Sachs

Gründung dieser autonomen Gebiete begann u. a. nach der «Kampagne Frieden mit Gerechtigkeit und Würde für die indigenen Völker»[6] genannten Militäroffensive der EZLN im Dezember 1994 bei der die bestehenden Militärgürtel durchbrochen und neue zapatistische Gebiete geschaffen wurden. Seit 1995 erklärten sich immer mehr Gebiete zu «Munizipien in Rebellion» die sich nach der Unterzeichnung der Friedensverhandlungen von San Andrés[7] offiziell in autonome Munizipien umbenannten.

Die monatelange Untätigkeit der Regierung, die bereits im Januar 1996 unterzeichneten Beschlüsse von San Andrés in den Kongreß einzubringen, provozierte seitens der EZLN zwei Reaktionen: Sie unterbrach den formalen Dialog im August 1996 und initiierte bzw. unterstützte die politische Umsetzung dieser Beschlüsse, sprich die Gründung weiterer autonomer Strukturen. Diese nahmen in den folgenden Monaten so stark zu, daß bis Mitte 1997 fast 40 autonome Munizipien gezählt werden konnten, die nicht nur symbolisch die staatlichen Instanzen ersetzten, sondern in direkter Konkurrenz zu den offiziell legitimierten agierten. Offensichtlich erfüllten die autonomen Strukturen die Erwartungen ihrer sozialen Basen recht erfolgreich, immerhin gelang es in einigen Regionen, die desillusionierte AnhängerInnenschaft der Staatspartei in die unabhängige Struktur zu integrieren. Genau in diesen Regionen setzte die staatliche Repression am schnellsten ein. Während die autonomen Gebiete innerhalb der Konfliktzone (also der Selva Lacandona) relativ ge-



Der lange Weg der indigenen Autonomiebewegung

oder Im 4ten Jahr des zapatistischen Aufstandes

C. Andrea

schützt agieren konnten, sahen sich die seit Mitte 1997 vermehrt außerhalb dieser Zone entstehenden Munizipien gerade in der Zona Norte[8] und den Altos sehr schnell offener Repression ausgesetzt. Ab September 1997 schlossen sich die Munizipien zu autonomen Regionen zusammen, die eigene Regionalparlamente wählten.[9] Bereits kurz danach nahmen Vertreibungen und Verschleppungen und Ermordungen an Angehörigen der autonomen Strukturen massiv zu und Acteal wurde lediglich zum traurigen Höhepunkt dieser Kampagne. Die Ermordung der bereits aus ihrem Dorf Vertriebenen wurde in dem sicheren Wissen begangen, daß die Opfer hauptsächlich Frauen und Kinder sein würden, da ein Großteil der Männer bereits seit Wochen in den Bergen Zuflucht gesucht hatte. Auch die Art, in der die Toten nach der Obduktion noch immer verstümmelt zu ihren Angehörigen zurückgebracht wurden, sollte ein für alle Mal klarstellen, daß die Zeit der Drohungen endgültig dem offenen Terror gewichen war. Der damalige «noch- Innenminister» Chayffet wußte auch gleich die wahren Schuldigen des Massakers zu benennen. Nachdem die Mähr von alten innerkomunitären Konflikten gerade im Bezug auf BewohnerInnen eines erst einige Wochen alten Flüchtlingscamps nun doch nicht überzeugen konnte, griff er die autonomen Regierungen an, die sich durch die illegitime Übernahme der Macht den Haß der rechtschaffenen und somit Recht schaffenden StaatsbürgerInnen zugezogen hätten. Auch der Nachfolger Chayffets, der amtierende Innenminister Francisco Labastida Ochoa, bezeugt sein Verständnis für die Verteidigung der mexikanischen Nation

Autonome Regionen - das verbürgte Demokratiedefizit ?

Neben dem Präsidenten Zedillo, der sich zuguterletzt noch zum selbsternannter Verteidiger der durch die Autonomie bedrohten Rechte der indigenen Frauen[10] aufschwang, muß sich die Autonomiebewegung[11] noch gegen andere KritikerInnen wehren. Als ein Argument gegen die Autonomie wird die angeblich beabsichtigte «Balkanisierung» des Landes aufgeboten. Das künstliche Insistieren auf «ethnischen Differenzen» sei angesichts der verfassungsmäßig garantierten Gleichheit aller MexikanerInnen als Rückschritt des modernen Mexikos zu bewerten. Daß Papier geduldig ist und die mexikanische Gesellschaft selbst immer nur von 56 Ethnien ausgeht, während die 57te, die mestizische Bevölkerung, als gegebener Maßstab unhinterfragt deren Definition betreibt, bleibt ein verdrängter Schönheitsfehler der Gemeinschaft der Freien und Gleichen. Ignoriert wird, daß in den Entwürfen der indigenen Organisationen zu den autonomen Gebieten diese nie als «ethnisch rein» begriffen werden, sondern explizit von «pluriethnischen Regionen» (MestizInnen als Ethnie mitgerechnet) die Rede ist: Verdrängt bleibt, daß das

staatliche Indígena Institut (INI) mit Scharen staatstragender AnthropologInnen die«definiere, teile und herrsche Politik» die PRI absichert, deren Linie gegenüber der indigenen Bevölkerung sich auf die Gleichung Integration gleich Akkulturation bringen läßt. Daß sowohl die EZLN als auch andere Indígenaverbände mit schöner Regelmäßigkeit betonen, daß es ihnen gerade nicht um Separation, sondern - viel bedrohlicher - um eine tiefgreifende Reform und Demokratisierung der mexikanischen Dominanzgesellschaft gehe, weshalb ja auch sowohl die Friedensdialoge als auch das Forum zur Reform des Staates unter starker Präsenz unterschiedlichster VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen stattfand, prallt an den verschlossenen Ohren der Anbeter liberaler Staatskonzepte ab.

Daß es bei der zapatistischen Erhebung, wie auch bei der breiter getragenen Autonomiebewegung ausdrücklich um die Demokratisierung des ganzen Landes gehen soll, hat wohl auch die PRI - eigentlich - verstanden. Nicht umsonst reagierte die Exekutive in Gestalt des Präsidenten auf den Ende 96 eingebrachten Vorschlag der COCOPA für eine Verfassungsreform zur Umsetzung der Beschlüsse von San Andrés mit der Veröffentlichung eines ganzen Paketes von beunruhigten «Beobachtungen» die es ihm leider nicht



Foto: Herby Sachs/ Version

gestatten würden, der Umsetzung dieser staatszersetzenden wenngleich von ihm unterschriebenen- Beschlüsse zuzustimmen.

1998 - Beginn der dritten Phase des "Krieges niedriger Intensität" gegen die in¡digene Bewegung

Als nächster Schritt präsentierte er der zunächst noch ungläubigen Öffentlichkeit Anfang März einen eigenen Entwurf für ein «Ley Indígena» (Indígena Gesetz), dessen Kerndifferenz im Vergleich zu den Verhandlungsergebnissen von San Andrés darin besteht, daß er kurzerhand die «Rechte der indigenen Völker» auf Selbstbestimmung auf die «Rechte der indigenen Gemeinden» auf Selbstbestimmung verkürzte. Die suprakomunale Ebene verschwand geflissentlich aus der Debatte, die Rechtsprechung wie auch die Kontrolle der Naturressourcen enden somit im günstigsten Falle an der Grenze des jeweiligen Dorfes. Auch wenn nachträglich bekannt wurde, daß der letzte Verhandlungsführer Zedillos in den Verhandlungen öfters durch offensichtliche Trunkenheit auffiel, entläßt dies Zedillo noch nicht aus der Verantwortung für seine eigene Unterschrift. Ein anderes Beispiel dafür, daß die mexikanische Regierung bekanntermaßen Verträge unterzeichnet ohne an deren Umsetzung zu denken, ist der Convénio 169 der ILO[12] in dem die Rechte der indigenen Völker innerhalb der Unterzeichnerstaaten geregelt wird. Als einer der ersten Staaten unterzeichnete Mexiko bereits 1991 diesen Kontrakt in dem klar definiert zu lesen steht, daß der Diversität der indigenen Völker Respekt zu zollen sei, die Bewahrung und Verwertung der natürlichen Ressourcen den in dem jeweiligen Territorium lebenden zusteht, der Staat sich zu Integrität und Transparenz gegenüber den indigenen Völkern bzgl. der Verwendung öffentlicher Gelder und Prozessen der Entscheidungsfindung verpflichtet, wozu eine stärkere Präsenz indigener VertreterInnen innerhalb des Staatsapparates dienen soll, die indigenen Völker an der Entwicklung der für sie bestimmten Entwicklungspläne mitarbeiten und die Autonomie der indigenen Völker im Rahmen der gegeben Nationalstaaten garantiert werden muß. In den Verhandlungsergebnissen von San Andrés liest sich das so: Die mexikanische und die chiapanekische Regierung einigen sich mit dem EZLN u.a. darauf: eine Kommission zur Reform der Munizipien und Regionen in Chiapas vor zu schaffen, einen Generaldirektor für indigene Belange innerhalb der nationalen Menschenrechtskommission und eine Arbeitsgruppe zur Lösung der Agrarkonflikt in Chiapas (Stichwort Landverteilung) einzusetzen.[13]

Nachdem Zedillo die Beschlüsse von Andrés nicht umsetzen will, gleichzeitig aber versichert, an der friedlichen Lösung des chiapanekischen Konfliktes interessiert zu sein und der EZLN weitere Verhandlungen anbietet, wiederholt sich das gleiche Spiel auf bundesstaatlicher Ebene. Der «post-Acteal»- Gouverneur von Chiapas Albores Guillén begann im April mit der militärischen Zerschlagung der bestehenden autonomen Munizipien. Nach Taniperla, Sitz des autonomen Munizips ,Ricardo Flores Magún,ì bei dessen Zerstörung neben den gewählten Autoritäten auch gleich 12 unliebsame internationale BeobachterInnen festgenommen Maschinenpistolen wurden Panzerabwehrgeschütze gegen unbewaffnete Frauen, Männer und Kinder eingesetzt, die Dörfer wurden aus Helikopter beschossen. Ergebnis: 11 Tote, etliche Verschwundene, und die Erklärung der zapatistischen, Basen nicht mehr länger dafür garantieren zu können, daß es in Zukunft nicht zu bewaffneten Konfrontationen zwischen EZLN und Militär kommen werde. Parallel zu dieser militärischen Lösung die keine sein will, präsentierte Guillén als einseitige "politische Initiative" seinen Vorschlag zur Neuordnung der chiapanekischen Munizipien, gemäß den Erfordernissen PRI- stützender Mehrheiten. Das Modell erinnert an die nordirische Einteilung der Counties und läßt sich kaum als vertrauensbildende Maßnahme bezeichnen.



Foto: Herby Sachs

Die vorerst letze Etappe .....

Nach monatelangem Schweigen von CCRI und EZLN veröffentlichte die EZLN vor einigen Tagen zwei neue Kommuniqués und reagierte damit auf mehrere Versuche der COCOPA, nach dem Ausscheiden der CONAI als Vermittlungsinstanz zwischen Staat und EZLN, den Dialog zu reaktivieren. Der Gouverneur von Chiapas trat vor kurzem mit einem «Plan zur Entspannung» an. Während täglich neue Militärstützpunkte entstehen und die Zivilbevölkerung bedrohen, forderte Guillén die Waffenabgabe der zapatistischen Basen und bot dafür den «Schutz» des Bundesheers, den Rückzug der Truppen in ihre Stützpunkte «lud», die Autoritäten verschiedener verbliebener autonomer Munizipien ein, sich an «Übergangsregierungen» für diese Munizipien zu beteiligen. Bewährte Praxis: integrieren oder zerstören. Auf diesen neuen Akt des bitteren Zuckerbrot-und Peitsche Theaters antwortete die EZLN nicht mit der von vielen erwarteten militärischen Aktion, sondern mit der bereits erwähnten 5. Deklaration der Selva Lacandona. In ihr bekräftigt die EZLN nochmals ihren Willen zur friedlichen Lösung des Konfliktes und fordert alle «ehrlichen Männer und Frauen» zum Kampf für die Anerkennung der Rechte der indigenen Bevölkerung auf. Das Kernstück ihrer Erklärung soll eine erneute nationale Befragung, diesmal über die Initiative der COCOPA über das «Ley Indígena», bilden.[14] Die Strategie ist klar. Die überfällige und bisher nur in Indígenaorganisationen oder in Kreisen interessierter Intellektueller geführte Diskussion um die Rechte der mexikanischen Indígenas soll in der gesamten Gesellschaft verankert werden. Bleibt zu hoffen, daß die viel zitierte Zivilgesellschaft endlich aus ihrer monatelangen Erstarrung erwacht und ihre - vielleicht letzte- Chance zur Demokratisierung der mexikanischen Dominanzgesellschaft ergreift....

1. «Las Abejas» gehören zu jenen Gemeinden die sich nicht als zapatistische Gemeinde verstehen, gleichwohl die Forderungen der EZLN größtenteils tragen. Die propagierte Unabhängigkeit dieser Gemeinden kann als Versuch betrachtet werden, den politischen Kampf um die Autonomie nicht an den Auseinandersetzungen zwischen PRIisten und ZapatistInnen scheitern zu lassen.
2. Die CONAI fungiert bereits seit Anfang 1994 auf Gesuch von EZLN und Regierung als notwendige Vermittlungs- und Übersetzungsinstanz, seit einigen Monaten beschuldigt die Regierung, die CONAI als Sprachrohr der EZLN zu fungieren.

3. COCOPA (Kommission für Übereinkunft und Befriedung) besteht aus Parlamentariern von 4 Parteien PRI, PRD (linksliberale Opposition), PAN (christlich-konservative Nationale Partei), PT (Arbeiterpartei, Ableger der PRI), die Kommission kann nur über Konsens entscheiden. Die COCOPA unterstützte im Verlauf der Friedensverhandlungen immer stärker die Positionen der EZLN.
4. Municipios (Munizipien) lassen sich hierzulande mit Verbandsgemeindestrukturen vergleichen.
5. Hier sind wir! Leisten wir Widerstand !
6. Da im Kampf der indigenen Bewegungen immer wieder die Rede von indigenen «Völkern» ist, möchte ich darauf hinweisen, daß dieser Selbstdefinition einerseits die Alltagssprache andererseits alltägliche Lebenspraxen zugrunde liegen, während die territoriale Zugehörigkeit nachrangig ist. Die Differenzierung findet in Mexiko zwischen Indígenas und Nicht-Indígenas statt, die Zugehörigkeit zu den jeweiligen Sprachgruppen wird prinzipiell als gleichwertig betrachtet.
7. In San Andrés Sacha¥chem de los Pobres war in vier verschiedenen Arbeitsgruppen über indigene Rechte und Kultur verhandelt worden.
8. "Zona Norte" nennt sich das hauptsächlich von Choles bewohnte Grenzgebiet zu Tabasco indem schon seit Jahren vehement paramilitärische Gruppen auftreten. Als «Altos» wird das Mittelgebirgsgebiet um San Cristóbal de las Casas bezeichnet indem hauptsächlich Tzotziles leben.
9. Die Idee hinter dieser Struktur ist aus diesen Regionen heraus RepräsentantInnen in den Mexikanischen Kongreß zu entsenden, die nicht qua Parteizugehörigkeit, sondern dank ihrer Verdienste für die eigenen Gemeinden und Regionen, nach den üblichen Gebräuchen und Gewohnheiten also, gewählt werden und somit die Reform der Staatsstruktur einläuten sollen.
10. Es läßt sich nicht leugnen, daß die seit 94 landesweit entstehende indigene Frauenbewegung sich beständig im Spannungsfeld zwischen der «nach außen» gerichteten Verteidigung ihrer indigenen Gewohnheiten und Gebräuche bei zeitgleicher «nach innen gerichteter» grundlegender Infragestellung der sexistischen Implikationen eben jener «Traditionen» bewegt. Auch ist offensichtlich, daß gerade die Frauen in den autonomen Gebieten diejenigen sind, welche dem «Krieg niedriger Intensität» am ungeschütztesten ausgesetzt sind und daß unter diesen Bedingungen ihre mühsam erkämpften Freiräume immer enger werden. Diese Widersprüche können jedoch den Erfolg dieser Frauenbewegung, welche sich explizit im Kontext der gemischtgeschlechtlichen indigenen Autonomiebewegung verortet, nicht schmälern.
11. Entwürfe zum Modell autonomer Regionen innerhalb des mexikanischen Staates werden in Chiapas u.a. auch von der Frente Independiente de Indios (FIPI) oder dem Consejo General de las Regiones Autónomas Pluriéthnicas (CGRAP) vertreten. Auf diese Entwürfe kann hier leider nicht näher eingegangen werden, bei allen Organisationen ist klar, daß sie die autonome Selbstorganisierung als notwendig dafür ansehen, sich endlich aus den Krakenarmen der allgegenwärtigen PRI zu lösen, die seit Jahren mit ihrer Strategie der «Integration oder Repression» jeden organisierten Widerstand der Campesinobevölkerung zu zerstören wußte.
12. Die ILO ist die Internationale Arbeitsorganisation der UN.
13. Auszugsweise Übersetzung aus dem «Guía de Aplicación del Convenio num. 169". 169 de la OIT (ILO). Elaborado por Manuela Tomei y Lee Swepton, de la Oficina Internacional de Trabajo (Ginebra, julio de 1996).
14. Das Modell der «Volksbefragung» wurde seitens der EZLN bereits mehrmals praktiziert und bewirkte beim letzten Mal als, es darum ging, ob die EZLN sich zu einer politischen Kraft umwandeln solle stark mobilisierend. Überall im Land (und auch in anderen Ländern) entstanden Komitees die Diskussionen initiierten und die Befragungen durchführte.

Das Vampir-Projekt

Wissenschaftler auf der Jagd nach den Genen der Ureinwohner

von Claus Biegert

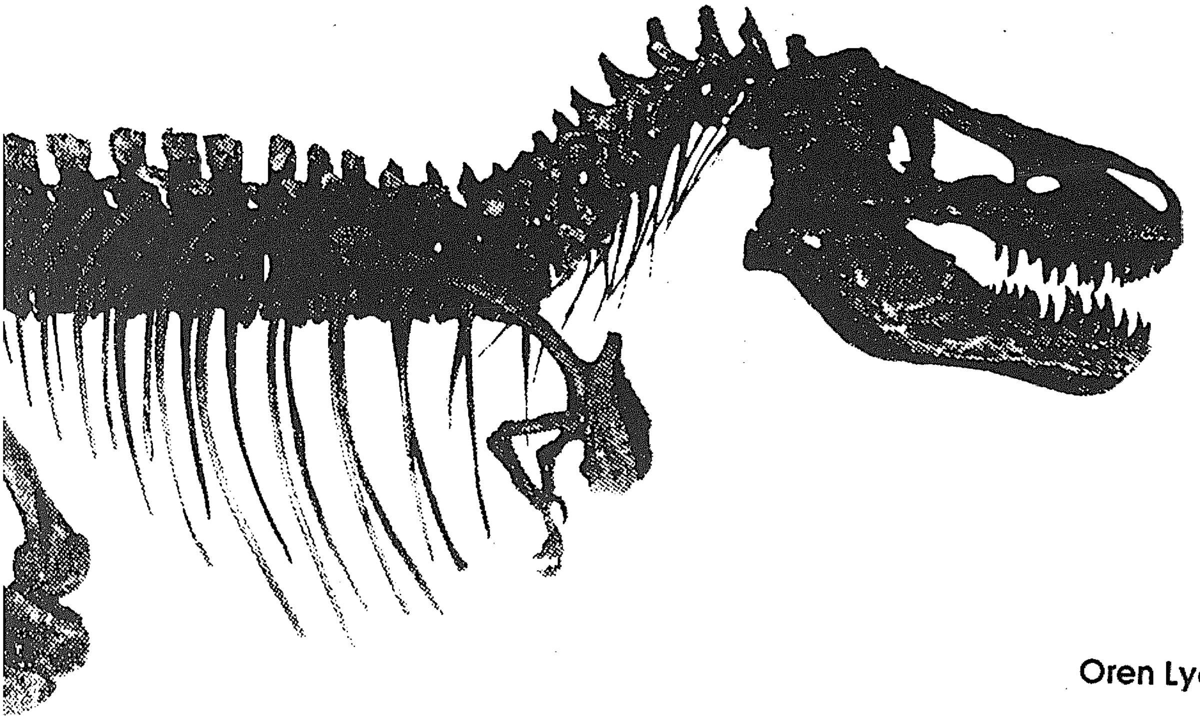
Ein Schneesturm zwingt mich im Staat New York zur Schrittgeschwindigkeit. Südlich der Stadt Syracuse verlasse ich die Vereinigten Staaten von Amerika. Ich überquere eine Grenze, die kein Straßenatlas nennt und über die in Washington kaum ein Politiker so recht reden mag. Trotzdem werde ich auf dem Interstate Highway 81 darauf hingewiesen. Weiß auf dunkelgrün steht es auf dem Schild neben der Straße, trotz des Schneetreibens sichtbar: Onondaga Nation Territory.

Völkerbund: Mohawk, Cayuga, Oneida, Onondaga, Seneca und Tuscarora. Sie selbst sprechen von sich gemeinsam als Haudenosaunee - Menschen der langen Häuser. In der Mitte von Onondaga steht so ein langes Haus: Ort der Ratsitzungen, Feste und Zeremonien.

Längst ist Iroquoia geschrumpft; verstreute Inseln im US-Staat New York und in den kanadischen Provinzen Ontario und Quebec sind übrig geblieben. Treffen sich die Häuptlinge aller sechs Nationen zur Ratssitzung, dann reisen sie zum Langhaus von Onondaga.

Noch immer werden hier die Häuptlinge von den Clan-Müttern ernannt, den ältesten Frauen des Stammes, seit 800 Jahren regelt das Große Gesetz des Friedens als Verfassung das Zusammenleben und die Beziehung zum weißen Amerika. Im 18. Jahrhundert studierte Benjamin Franklin diese Verfassung und sah in ihr ein Vorbild für die neuen Kolonien.

Hier treffe ich Oren Lyons, Mitglied des Rats der Häuptlinge. Lyons ist Maler, Professor für Native American Studies an der University of Buffalo und Politiker. Es ist nicht selbstverständlich, ihn hier zu treffen, denn seine Tätigkeit führt in oft hinaus in die Welt: Moskau, Genf, Melbourne und Rio de Janeiro. Aus dieser Welt kommt der Gegenstand unserer Unterhaltung an diesem Donnerstag im Januar. Oren Lyons ist in Sorge: das Volk der Onondaga ist in den Fokus wissenschaftlicher Interessen geraten. Das sogenannte «Human Genome Diversity Project» will weltweit die Gene bedrohter Völker untersuchen. Eine Liste ist aufgetaucht mit 722 Völkern - Onodaga ist eines davon.



Onondaga ist das politische Zentrum von Iroquoia, dem Einzugsgebiet der Irokesen, jener indianischen Konföderation, deren Streitkräfte Mitte des 18. Jahrhunderts die Engländer im Überseekrieg gegen die Franzosen siegen ließ. Sechs Nationen umfaßt der

Ähnlich dem Gallierdorf des Asterix im römisch-besetzten Gallien hat das kleine Volk der Onondaga bis heute gegen das Rom der neuen Welt, Washington D.C., stand gehalten. Die juristische Gewalt der USA reicht nicht hinein in die kleine Welt von Onondaga.

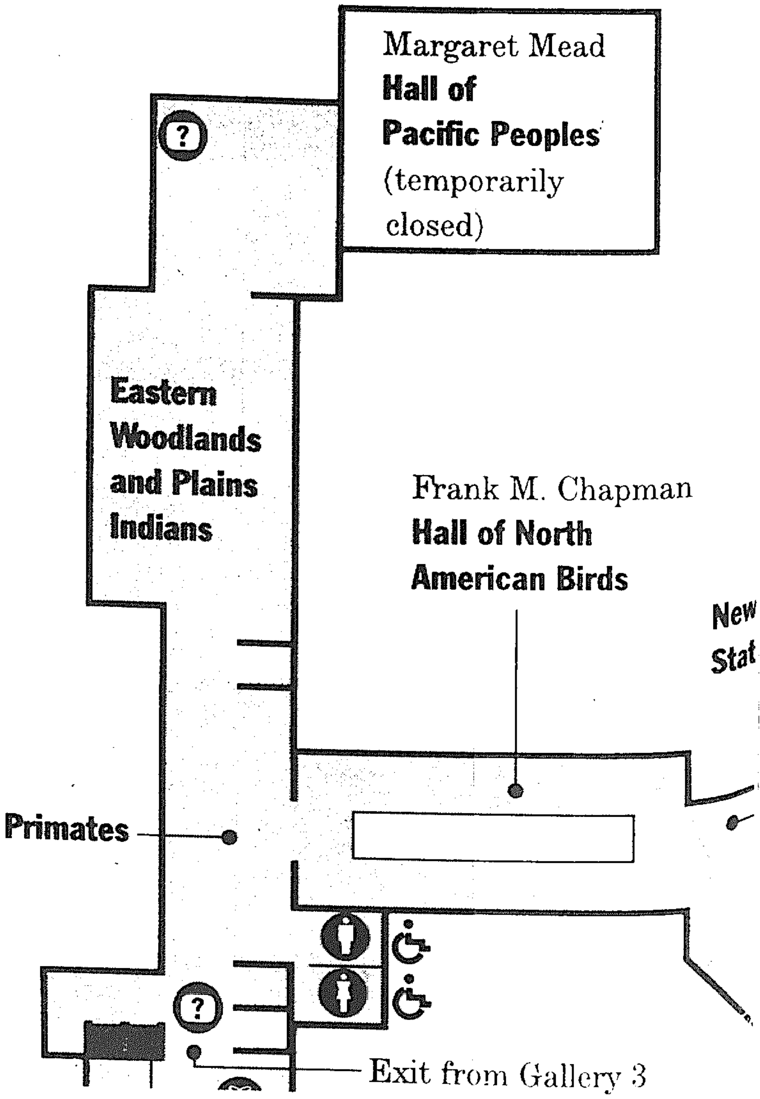
Oren Lyons:

"Laß Dir eines sagen: Wenn Du lesen mußt, daß Du zu denen gehörst, die zum Aussterben verdammt sind, dann verlangt das eine Erklärung von den Leuten, die dich auf ihre Liste gesetzt haben. Wir verlangen eine Erklärung für diese Kategorie, aber bis heute ist es

uns nicht gelungen, zu den Urhebern vorzudringen. Immerhin steht dahinter ein langer Prozess, es gab sogar Hearings im US-Kongress, aber die Öffentlichkeit hat davon nicht rechtzeitig erfahren. Wir wollen wissen, was es damit auf sich hat, Völker, die vom Aussterben bedroht sind, noch schnell genetisch zu erfassen, bevor sie endgültig verschwunden sind. Man will unsere DNA. Man will unser Blut. Wir haben es also mit einer Rückkehr zu den anthropologischen Studien des 19. Jahrhunderts zu tun. Blutproben, Hautproben, Haarproben. Wir werden untersucht, gemessen, katalogisiert. Aber vor allem stellt sich die Frage: Warum ist es notwendig, von diesen 722 bedrohten Völkern den genetischen Code zu erfahren? Und wer hat diese Völker als bedroht eingestuft?
Es ist komisch: In den Vereinten Nationen sprechen sie von Menschenrechten, also individuellen Rechten, und so gut wie nie werden in der UNO die Rechte eingeborener Völker diskutiert, ihre Rechte als Gruppen, als Nationen. Und plötzlich, beim Human Genome Diversity Project, haben wir es mit Gruppen zu tun, mit indigenen Nationen, die ausdrücklich als solche ausgewiesen werden. Ist das nicht seltsam: Auf dem einen Forum ist es so verdammt schwierig, uns als Nationen anzuerkennen, und auf dem anderen Forum passiert es ohne unser Drängen.

Wir müssen handeln und wir müssen es jetzt tun, denn dies ist ein gigantisches Unternehmen für Anthropologen, die sich einen Job suchen. Und auf einmal gibt es da dieses grandiose Projekt, das viele, viele Jobs verspricht. Und welche Summen hineingesteckt werden! Es taucht dann natürlich die Frage nach den Sponsoren auf. Wer finanziert das Ganze? Wie wir wissen, sind die Vereinigten Staaten bereits dabei, Gene patentieren zu lassen. Sie haben bereits versucht, die Gene eines Menschen in Panama zu patentieren. In diesem speziellen Fall hat sich das Land dagegen gewehrt: Panama ist es gelungen, dieses Patent zu vereiteln. Aber dann gibt es diesen Mann aus Papua-Neuguinea, der

Grafiken: Informationsblatt des American Museum of Natural History, New York

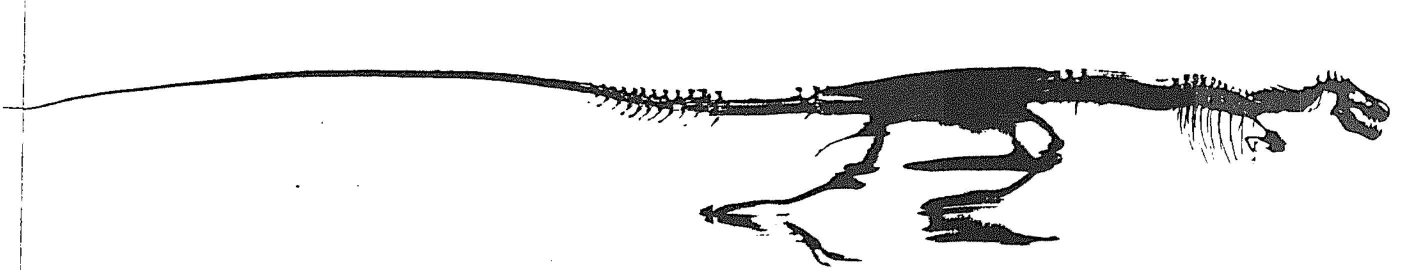


bereits patentiert ist. Jetzt sagen die Gerichte, die Gewebe- und Blutproben sind im Labor modifiziert worden und gehören daher nicht mehr der Person, der sie entnommen wurden.

Jetzt bewegen wir uns aber auf die Frage zu, wem was gehört. Es ist sehr raffiniert, dein Blut als nicht mehr dein Eigentum zu bezeichnen, nur weil es durch einen Laborprozess gegangen ist. Hier stellen sich grundsätzliche ethische Fragen; nicht rechtliche Fragen, denn die Gesetze sind ja dazu gemacht, solche Dinge überhaupt zu ermöglichen, wie Gesetze ja schon immer geschrieben wurden, um ungerechte Handlungen zu sanktionieren. Wir brauchen jetzt also keine juristische Diskussion, sondern eine ethische Diskussion. Das hier ist eine moralische Frage. Wenn diese moralischen Prinzipien künftig über Bord geworfen werden, welche Zukunft haben wir dann überhaupt noch?

Ein Buch fällt mir ein, das ein Freund von mir geschrieben hat, Jerry Mander. Das Buch heißt: «*In the Absence of the Sacred*», also: In der Abwesenheit des Heiligen. Hinter diesem Titel kommen drei Punkte. Weitergeführt muß es heißen: In the Absence of the Sacred, Anything goes - In der Abwesenheit des Heiligen, ist alles möglich. Wenn das Heilige fehlt, steht kein Hindernis mehr im Weg."

Ich solle mich bei den Stammesvölkern der Welt umhören, hatte mir



Oren Lyons, der Häuptling der Onondaga geraten. Ich befolge seinen Rat und mache mich auf die Reise. Ich treffe Menschen aus den USA, Mexiko, Kolumbien, Peru, Hawaii und den Philipinen. Sie heißen: Lahe naí Gay, Alejandro Argumedo, Victoria Tauli-Corpuz.

Lahe naí Gay

"Das Vampir-Projekt hat in einer menschlichen Gesellschaft keine Daseinsberechtigung. Menschlichkeit ist ein wertvolles Element unserer Kultur, das uns aber immer mehr abhanden kommt. Der Verlust geht immer schneller vonstatten. Es ist unentschuldbar, in Gemeinschaften indigener Völker einzudringen und Blutproben für wissenschaftliche Recherchen zu nehmen, ohne die Bewohner darüber aufzuklären, was mit ihrem Blut geschieht. Jedes menschliche Wesen auf diesem Planeten hat das Recht, zu wissen, was mit Teilen seines Körpers geschieht, die man ihnen entnommen hat.

Die Patentierung der Gene indigener Völker ist - mir fehlen die Worte - es ist erschreckend, es ist unentschuldbar, es ist schmachvoll, es ist obszön. Die genetische Identität gehört dem Menschen. Wenn uns irgendwas noch gehört, dann ist es das."

Alejandro Argumedo, Aimara (Peru)

"Man könnte es als moderne Variante der Sklaverei bezeichnen, vielleicht sogar als moderne Form des Kannibalismus. Derzeit werden die indigenen Völker von einem Schwarm von Forschern heimgesucht. Sie kommen von Universitäten und privaten Firmen. Sie haben offenbar erkannt, daß unsere Isolation für sie ein gutes Geschäft bedeuten kann. Das reicht vom Human Genome Diversity Project bis hin zu Gen-Banken der US-Armee. Es geschieht rund um die Welt: Sie holen sich Blut und Haare und lagern sie bei sich im Norden, für Forschungszwecke die, wie sie sagen, der ganzen Menschheit dienen werden. Aber die Proben enden dann in Privatbesitz. Und dafür gibt es vorsorglich ein System: zum Beispiel GATT, das Generalabkommen für Handel und Verkehr; in diesem Abkommen gibt es Klauseln über Handel mit und Besitz von geistigem Eigentum. Dazu kommt ein Patentsystem, das erlaubt, wertvoll erscheindende Gene und DNA-Sequenzen zu patentieren. Damit gerät man in den Besitz einer Firma. Deshalb nenne ich es eine moderne Form der Sklaverei.

Wir haben die Gesetze studiert, aber keine Richtlinien gefunden, die uns schützen. Die US-Armee sammelt Gen-Proben rund um die Welt, vor allem von jenen, die sie als *«isolierte Populationen»* bezeichnen. Sie bewahren ihre Proben in Fort Dittrich auf, dem US-Zentrum für biologische Kriegsführung. Diese Materialien werden verwaltet von einer Firma namens SAIC, in deren Vorstand Leute sitzen, die widerum mit dem CIA und dem National Defence Council verbunden sind. Zum einen kommen die Gen-Proben also vom Militär, zum anderen von einer öffentlichen Einrichtung, dem National Institute of Health, und beide arbeiten zusammen. Und es gibt keine Richtlinie, die besagt: Eine Probe darf nur für diese bestimmte Art von Forschung verwendet werden."

Lahe naí Gay

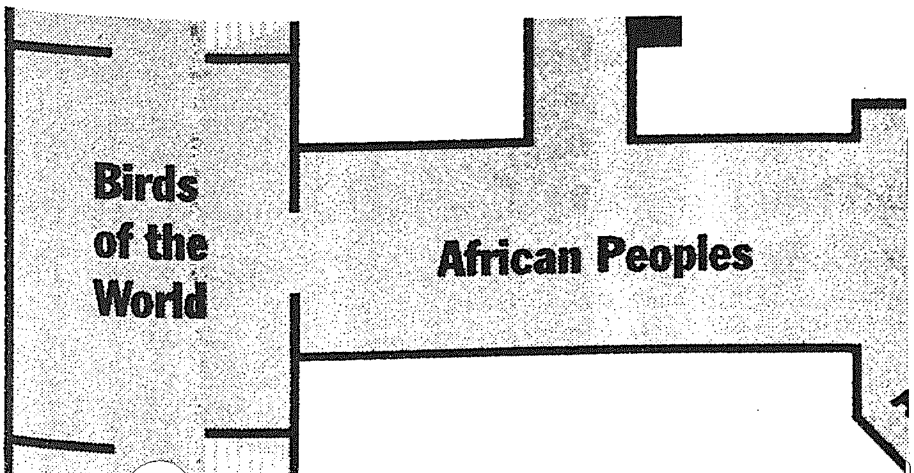
"Und was wird in den Labors untersucht? Hier offenbart sich die Verwundbarkeit dieser Leute. Das ist ein furchtbares Potential des Projekts. Wer ist genetisch gegen Krankheiten gewappnet und wer nicht? Lassen sich gar unsichtbare Gifte entwickeln, die bei einer Gruppe angewendet werden, die ein Problem darstellt, die womöglich einer wirtschaftlichen Entwicklung im Wege steht. Diese Problemgruppe läßt

HUGO

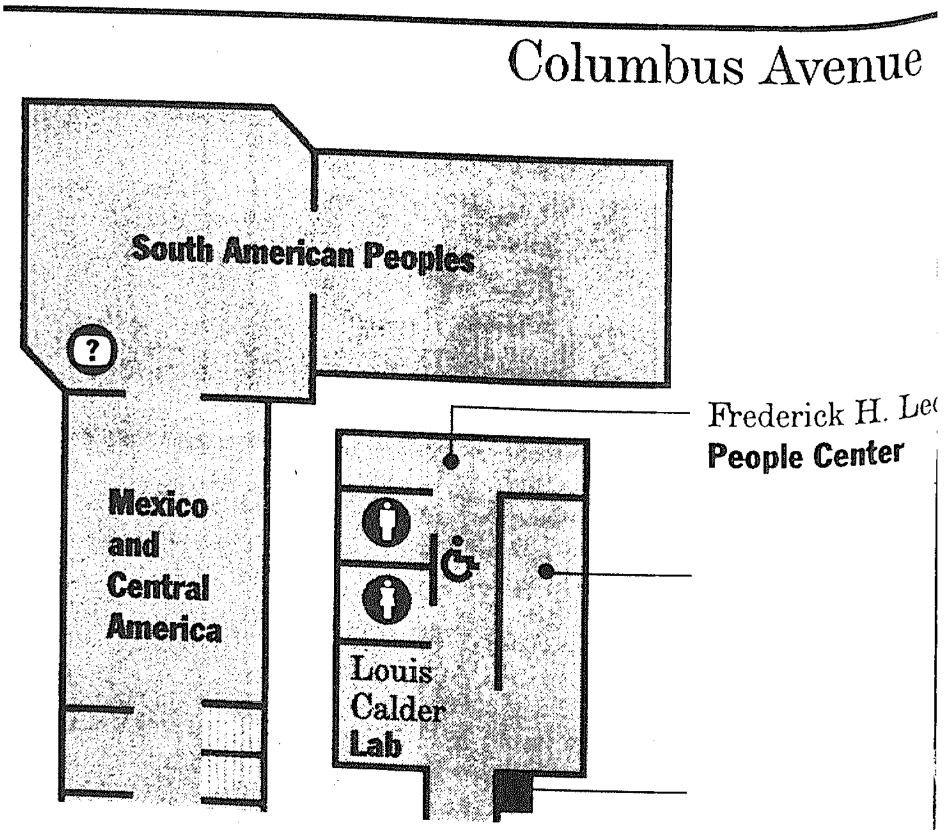
HUGO steht für das Human Genome Project. Dahinter verbirgt sich ein internationales Geflecht von Forschern und Instituten, die sich zum Ziel gesetzt haben, bis zum Jahr 2005 die gesamte Erbinformation des Menschen zu entschlüsseln. Der Kopf des Ganzen ist der Nobelpreisträger D. Watson; 1990 rief er die Wissenschaftswelt auf, sich an einem Humanen Genomprojekt zu beteiligen.

Sogenannte Sequenzier-Roboter entziffern heute das Erbgut des Menschen. Derzeit gelten nahezu 8000 Gene als entschlüsselt. Immer noch ein Bruchteil, wenn man bedenkt, daß allein im Gehirn über 50 000 Gene im Lauf eines Lebens aktiv sind. Ist die Identifizierung abgeschlossen, folgt als nächste Etappe das Zusammenwirken der Gene. Mit diesem Wissen über Erbanlagen wollen die Molekularmediziner die Ursachen von Krankheiten erforschen. Maßgeschneiderte Gentherapien sollen im 21. Jahrhundert die Medizin revolutionieren.

Zwei Jahre nach HUGOs Start meldete sich eine Gruppe von Wissenschaftlern der Stanford University in San Francisco und kritisierte, HUGO würde die zum Teil isoliert lebenden eingeborenen, diesogenanten indigenen Völker ignorieren und damit nicht der Vielfalt der menschlichen Rasse Rechnung tragen. Wortführer der Gruppe war der Italiener Luigi Cavalli-Sforza. Der Einwand der Wissenschaftler führte schließlich zur Gründung des Human Genome Diversity Project. Das Tochterprojekt von HUGO begann im Geheimen. Als die ersten Ureinwohner, es waren die Maori Neuseelands, vom Human Genome Diversity Project erfuhren, gaben sie ihm einen neuen Namen: Das Vampir-Projekt!



sich nicht umsiedeln, das käme viel zu teuer. Da die Gruppe genetisch erfaßt ist, wird ein neuer Weg beschritten. Man weiß, daß Gen 246 und Gen 347 gegen bestimmte Gifte empfindlich ist. Diese Gruppe hat diese Gene, und später wird es heißen, sie seien alle durch eine unbekannte Seuche gestorben."



Victoria Tauli-Corpuz, Kankanaey - Igorot (Philipinen)

"Es ist, als würden sie das Leben aus den indigenen Völkern heraus holen. Vor drei Jahren kamen sie und wollten die Gene der Aitas, eine der indigenen Gruppen auf den Phillipinen. HoffmannLaRoche hörte von einem Doktor in Aloha auf Hawaii, der mit einem Ärzteteam in die Region eines Vulkanausbruchs gehen wollte, genau die Region, in der die Aitas leben. Hoffmann LaRoche wollte wissen, ob sie eigene Wissenschaftler schicken könnten, um das Hilfsteam zu den Aitas zu begleiten, um auf diesem Weg genetisches Material der Aitas zu gewinnen. Wir hatten Glück: der Arzt in Hawaii, der den Brief erhielt, ist ein Freund von uns und schickte uns eine Kopie des Schreibens. Das war für mich der Gipfel der Gefühllosigkeit: Man geht in ein Katastrophengebiet und sammelt Gene, verborgen unter dem Mantel der Hilfeleistung. In einem Katatrophenfall tun ja die Leute auch alles.

Mein Volk, die Igorot, gehört auch den über 700 Völkern, von denen genetisches Material gesammelt werden soll."

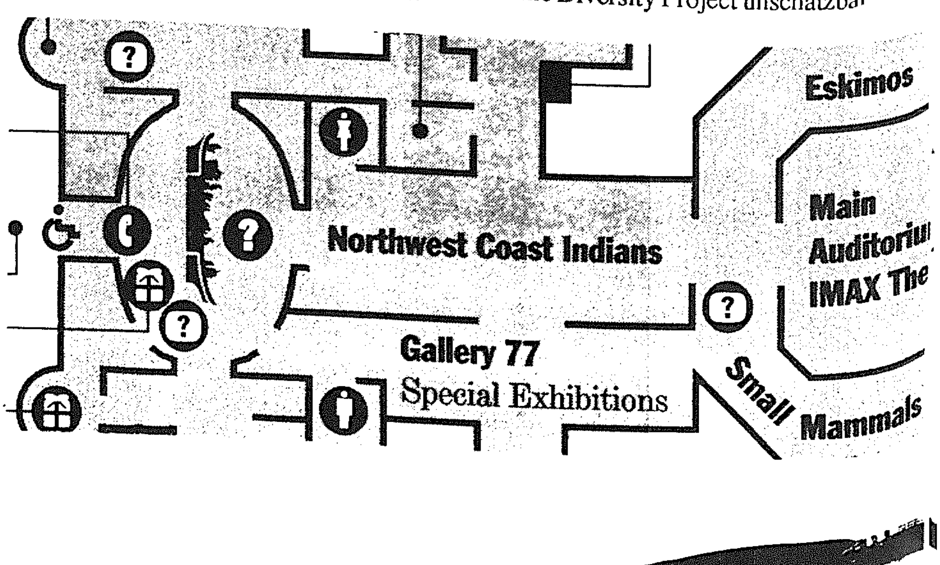
Der Protest gegen die Blutentnahme ohne volles Wissen, verbunden mit der Möglichkeit späterer Patentierung der Gene lassen den Widerstand unter den Ureinwohnern weltweit anwachsen. Hinzu kommt aber auch eine Angst: die Angst, das Forschungsprojekt HUGO samt seinem Sproß «Human Genome Diversity Project» könnten bei zunehmenden Fortschritten in der Molekularbiologie zu einem Wiederaufleben der Eugenik führen.

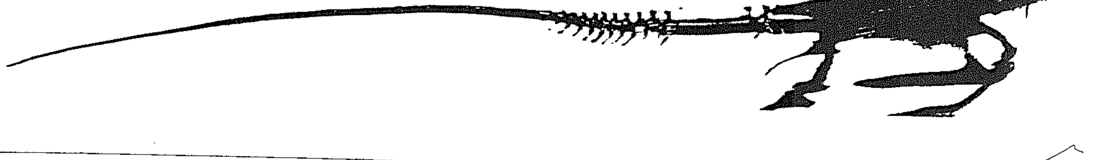
Während meiner Recherchen suche ich in der offiziellen Berichterstattung vergeblich nach dem Vampir-Projekt. Was immer ich lese, steht in kleinen Publikationen und stammt entweder aus der Feder indigener Aktivisten oder kritischer Wissenschaftler. Mit einer Ausnahme: Der britische Fernsehsender «Chanel 4» hatte einen Dokumentarfilm in Auftrag gegeben. Der Film «Gene Hunters» - Gen-Jäger - ist bis heute konkurrenzlos. Die Filmer begleiteten ein Team von Ärzten und Biochemikern zu isolierten Stammesgruppen im Regenwald Kolumbiens. Bei den Vereinten Nationen in Genf treffe ich Luke Holland, den Produzenten des Films. Aus «Gen Hunters» stammen die folgenden Zitate der Wissenschaftler.

Dr.Janielle Noble ist Mitarbeiterin des Pharmakonzerns Hoffman LaRoche und dessen Tochterfirma, dem Forschungslabor Roche Molecular Systems. Sie gehörte zu der Expedition in den Regenwald Kolumbiens, die vom Filmteam begleitet wurde.

Dr. Janielle Noble, Roche Molecular Systems Inc., California

"Ich denke, daß der Wert des Human Genome Diversity Project unschätzbar





hoch ist. Wir müssen Zugang haben zu diesen Proben, um untersuchen zu können, wie sich Gene in isolierten Bevölkerungen entwickelt haben. Wir müssen es tun, solange sie noch einigermaßen isoliert sind. Wir können bei Völkern wie hier, die sich noch nicht vermischt haben, zu Erkenntnissen gelangen, die wir an unserer gemischten Gesellschaft anwenden können.

Auf Grund unserer Arbeit mit Kolumbianern haben wir den Zugriff auf Proben, die in Kolumbien gesammelt wurden. Damit sind wir in der Lage, für das Human Genome Diversity Project einen wertvollen Beitrag zu leisten. Den Nutzen, den der Stamm dadurch hat, ist der, daß wir mit einem Ärzteteam hierher kommen und medizinische Vorsorge bieten können; oft ist auch ein Zahnarzt im Expeditionsteam, damit können wir dann Untersuchungen anbieten, auf die sie sonst verzichten müßten.

Es hat keinen Sinn, ihnen zu erklären, was wir mit der DNA anfangen, denn sie würden es doch nicht verstehen. Aber ich denke, sie verstehen es, so gut sie können und geben dann ihr Einverständnis. Meine idealistische Seite als Wissenschaftlerin sagt mir, daß dies

heit geschieht.

Diese Blutproben aus Kolumbien sind eine Goldgrube; ohne sie hätten wir nicht die Möglichkeit, diese Untersuchungen zu machen."

Während die Wissenschaftler ihrer Wissenschaft nachgehen, interessieren sich die Pharmakonzerne als auch das National Institute of Health - ein staatliches Forschungsinstitut in den USA - für die Patente. Zu den prominentesten Opfern der Patentierung gehört der Amerikaner John Moore. Er hatte in den Siebziger Jahren Leukämie und wurde geheilt. Für seinen Arzt ein guter Grund, sich etwas Gewebe seiner Milz zu reservieren und Moores genetischen Aufbau unter die Lupe zu nehmen.

Als eine Patentanmeldung vorlag, flog der geheime Deal auf und Moore ging vor Gericht. Der Oberste Gerichtshof von Kalifornien ließ ihm 1990 zwar ein großzügiges Schmerzensgeld zukommen, doch blieb ansonsten hart: Seine Zellen, so wurde ihm beschieden, seien, sobald sie nicht mehr Teil seines Körpers seien, nicht mehr sein Eigentum. Ein Grundsatzurteil, das wie kein anders den Lauf der Dinge seitdem beeinflußt. John Moore. Wahrscheinlich hätte über allem noch lange ein Mantel des Schweigens gelegen, gäbe es nicht R.A.F.I. in Kanada. Ausgeschrieben heißt die Organisation «Rural Advancement Foundation International». RAFI-Gründer Pat Mooney und sein Kollege Cary Fowler sind Träger des Alternativen Nobelpreises. In den achtziger Jahren deckten sie die Methoden der Saat-Multis auf, die systematisch lokale Getreidesorten und lokale Farmwirtschaft weltweit zerstören. R.A.F.I. versorgt heute die kleinen Völker im Visier der Gentechnik mit den nötigen Informationen, vor allem über das Internet. In North Carolina spreche ich mit Edward Hammond, den Leiter des US-Büros von RAFI.

Edward Hammond, R.A.F.I.

"Es ist uns gelungen, dem Ganzen eine Dollarperspektive zu verpassen: 428 Millionen Dollar beträgt derzeit der Jahresumsatz in menschlichen Proben. Wir haben es mit einer Industrie zu tun, die im Wachsen begriffen ist, nach Einschätzung von Experten mit einer jährlichen Wachstumsrate von 13 Prozent. Mit Beginn des nächsten Jahrhunderts ist mit einem Jahresumsatz von einer Milliarde Dollar zu rechnen. Sobald diese Organ- und Körperteil-Industrie aus den Kinderschuhen heraus ist, wird nach Meinung der Experten, mit einem Jahresumsatz von 80 Milliarden zu rechnen sein. Wir haben es also mit viel Geld zu tun, wenn wir die Patentierung und den weltweiten Handel mit Bestandteilen des menschlichen Körpers betrachten.

Was als besorgniserregender Faktor noch hinzu kommt, ist die Verquickung von Industrie und Militär. Wissenschaftler beider Bereiche sammeln und untersuchen gemeinsam Proben menschlicher Vielfalt. Wir haben heraus gefunden, daß eine Vertragsfirma des US-Verteidigungsministeriums, Science Application International , auf das



Sammeln genetischen Materials spezialisert ist und sonst für das US-Gesundheitsministerium arbeitet. Die Firma entwickelt auch Verfahren zur genetischen Sequenzierung."

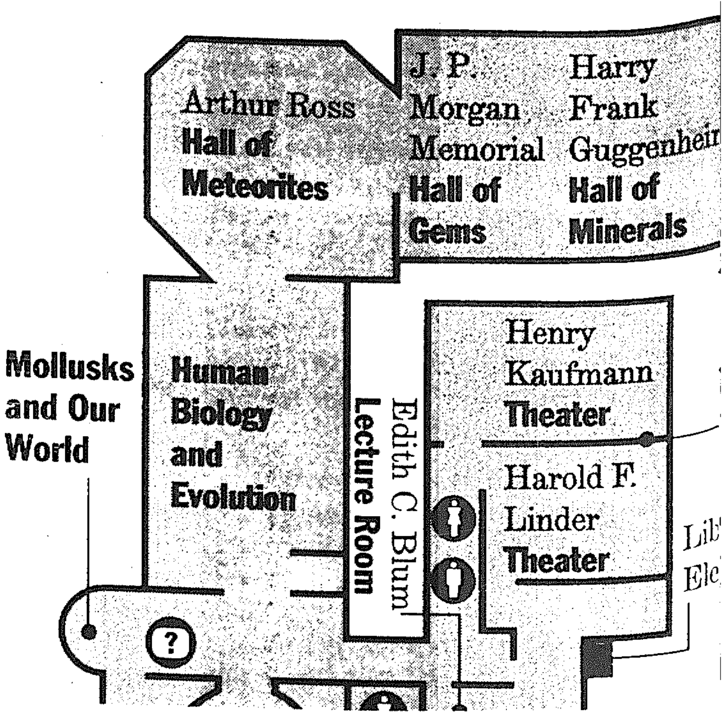
Bestätigt wird R.A.F.I. von zwei Zeitgenossen, die wissen, woher der Wind in der Finanzwelt weht: Bill Gates und Paul Allen, die Gründer von Microsoft ; 1994 investierten sie 10 Millionen US-Dollar in die Gentechnik-Firma Darwin Molecular Technologies Inc.

Es hat durchaus etwas Verschwörerisches, als ich mich mit Dr. Tony Socci im Restaurant des Hotels «Vier Jahreszeiten» in Washington treffe. Er hat den Ort vorgeschlagen. Ihm ist es wichtig, ungestört zu sein. Denn Tony Socci arbeitet für die US-Regierung: er gehört zum «U.S.Global Change Research Program», einem Team, das den Präsidenten in ökologischen Fragen berät. Mit dem Human Genome Diversity Project hatte er nie etwas zu tun, bis er den Onondaga-Häuptling Oren Lyons kennen lernte. Dr. Socci recherchierte, auf Grund seiner persönlichen Empörung, und stieß auf Fragen, die, wie er sagt, auf Antworten warten. Seitdem hat er etwas mit dem Human Genome Diversity Project zu tun.

Tony Socci, Washington

"Nehmen wir zum Vergleich die Weltklimakonvention, bei der eine bestimmte Anzahl von Staaten gemeinsam ein internationales Abkommen erarbeiten, um Klimaveränderungen vorzubeugen und den globalen Ausstoß von Treibhausgasen zu verringern. Wenn bei einem solchen Prozess die Kritiker der Klimapolitik ausgeschlossen worden wären, wäre das ganze Unternehmen entgleist, und es hätte Jahrzehnte gedauert, um einen neuen Prozess in Gang zu setzen, der die nötige Glaubwürdigkeit und Unterstützung hätte.

Die fehlende Mitwirkung, die fehlende Einladung zur Teilnahme, die ganze Art, wie das Projekt durchgezogen wurde, ist für mich kolonialistisch. Ich kann deutlich sehen, warum aus den Kreisen indigener Völker der Vorwurf des Kolonialismus kommt. Die Mitarbeiter versuchen, Proben von jenen, vom Aussterben bedrohten Kulturen zu bekommen, solange jene noch existieren. Ich persönlich habe damit ein ethisches Problem. Es ist interessant, daß Anthropologen es als Ziel ihrer Arbeit erachten, das genetische Material indigener Völker zu retten, aber nichts unternehmen, um die Kulturen selbst zu retten.



Nach Los Alamos zu fahren, hatte ich eigentlich nicht vor. Hier, im Atomforschungszentrum der USA waren in den vierziger Jahren jene Bomben entwikkelt worden, die später die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki zerstörten. Doch dann treffe ich Greg Mello in Santa Fe.

Im Auftrag der Umweltschutzbehörde der Regierung von New Mexico kam der Ingenieur und Hydrologe Greg Mello in den Siebziger Jahren nach Los Alamos, Nachdem Mello, nicht ohne Widerstand der Wissenschaftler, hinter die Kulissen des gigantischen Labors geblickt und die Verseuchung rund um Los Alamos erkannt hatte, wechselte er das Lager. Heute leitet er die «Los Alamos Study Group», eine Bürgerinitiative in Santa Fe, die regelmäßig berichtet, was in Los Alamos vorgeht, aber von den Medien verschwiegen wird. Los Alamos untersteht heute dem US-Energieministerium - und kümmert sich um die Gene der Menschen.

Greg Mello, Santa Fe

"Der Skeptiker muß sich die Frage stellen: Warum ausgerechnet Los Alamos? Warum passiert das Ganze nicht an einem öffentlichen Ort, zum Beispiel an einer Universität? Ist es die Computer-Kapazität? Aber die Computer von Los Alamos können ja auch von außen benutzt werden. Also bleibt die Frage nach der Verbindung des Human Genome Project zu der Informationsauswertung, die in Los Alamos betrieben wird? Mit Sicherheit werden sich die die Methoden der Kriegsführung in Zukunft ändern; ein Wandel ist bereits im Gange. In den USA hat dieser Wandel bereits einen Namen: Revolution in militärischen Angelegenheiten - Revolution in Military Affairs, abgekürzt RMI. In diesem Programm werden neue Waffensysteme entwickelt, die äußerlich nicht sofort als solche zu erkennen sind, sondern mehr wie wissenschaftliche Software aussehen.

Ich persönlich bin noch mehr über den Gebrauchswert besorgt, der sich im Umfeld der Gentechnik herauszuschä-

Charles A.
Education V
rary
vator
Eskin

len beginnt: In der Nuklearindustrie gibt es diverse Aufgaben, bei denen es unvermeidlich ist, sich radioaktiver Strahlung auszusetzen: zum Beispiel Schweißarbeiten an einem undichten Reaktor. Im Raum New York City und New Jersey kann es durchaus vorkommen, daß auch der letzte zugelassenen Schweißer nicht mehr zur Verfügung steht, da er, wie alle seine Kollegen, bereits die offiziell zugelassene Strahlendosis erhalten hat. Es wäre daher nützlich, über Personen zu verfügen, die gegenüber radioaktiver Strahlung eine gewisse Resistenz zeigen. Es gab auch schon diesbezügliche Tests."

Nach dem Gespräch mit Greg Mello ist es klar, wo die nächste Station meiner Reise sein wird. In Los Alamos treffe ich Gary Klever. Gary Klever ist ein junger Wissenschaftsjournalist und einer der 15 Public Relations-Beamte des Atomlabors. Wir haben uns im Science Museum verabredet. Als ich das Museum betrete, traue ich, wie man so schön sagt, meinen Augen nicht: In riesigen Lettern lese ich «The Human Genome Project» und «Life Sciences». 1995, als hier das 50. Jahr des Atomzeitalters zelebriert wurde, gab es kein einziges Indiz für die Mitarbeit am Genome-Projekt. Hatte das Ziel der Forschungen gewechselt? War man von den Waffen zu den Genen gewechselt?

Gary Klever, Los Alamos

"Warum Los Alamos? Los Alamos war immer schon mit Strahlenversuchen befaßt; einfach schon bedingt durch seinen ursprünglichen Auftrag. Und da radioaktive Strahlung auf der Molekularebene starke Veränderungen hervorruft, ist es eine logische Konsequenz, daß sich Los Alamos jetzt der Erforschung des menschlichen Genoms zuwendet.

Man denkt bei uns unwillkürlich an Waffenentwicklung, und es stimmt auch: Livermore und Los Alamos sind die führenden Labore für Waffenentwicklung in den USA. Es entbehrt sich nicht einer gewissen Ironie, daß wir als Waffenexperten ausgerechnet am Human Genome Project mitarbeiten, aber die Grundlagenforschung hat in beiden Fällen die gleiche Geburtsstätte, bedingt einmal durch eine extreme Computer-Power, dann die besten Wissenschaftler der Welt und schließlich Methoden. Alle Labors des Energieministeriums haben in der Vergangenheit weit mehr geleistet, als nur Waffenforschung.

An Los Alamos führt kein Weg vorbei, egal um welche naturwissenschaftliche Disziplin es sich handelt."

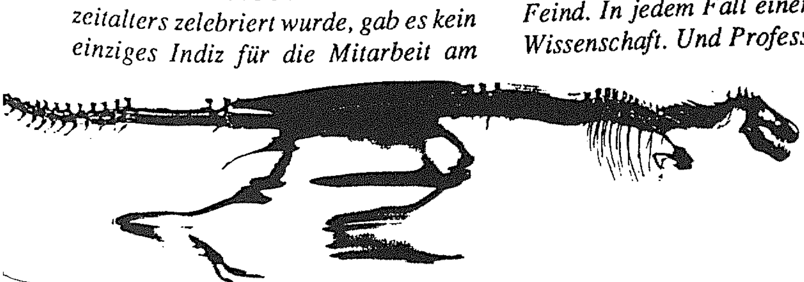
Zurück in Europa. Hier werde ich endlich Luigi Cavalli-Sforza treffen, den zu sprechen, mir in den USA nie gelungen ist. Der geistige Vater des Human Genome Diversity Project pendelt zwischen Italien und Kalifornien. In Mailand öffnet mir ein weißhaariger Gelehrter die Tür. Professor Cavalli-Sforza entspricht dem Bild des Laborprofessors, auch wenn er keinen Labormantel trägt und mich, italienisch gut gekleidet, zum Espresso an den Wohnzimmertisch bittet. Das also ist der böse Mann, der Genjäger, dessen Name in der Welt der Stammesvölker nur verächtlich ausgesprochen wird. Der Vater des Vampir-Projekts. Als ich R.A.F.I. erwähne wird er wütend, in Pat Mooney, dem Gründer der Organisation, sieht er fast einen persönlichen Feind. In jedem Fall einen Feind der Wissenschaft. Und Professor Cavalli-Sforza ist Wissenschaftler mit jeder Faser, Patentierungen sind nicht sein Streben. Ihn interessieren die Wanderungen der Völker, die Wege, die die Spezies Mensch bei ihrer Ausbreitung über den Erdball gewählt hat. Diese Forschungen haben ihm bisher auch einen guten Ruf eingetragen: Konnte er doch nachweisen, daß Rassismus keine genetische Grundlage hat, da es nur eine Rasse gibt, und die heißt Mensch. Seine Arbeiten decken auf, daß der genetische Unterschied innerhalb der Engländer größer sein kann, als zwischen einem Schotten und einem Japaner.

Ich erzähle Luigi Cavalli-Sforza von meinen Gesprächen mit seinen Gegnern, und ich nenne deren Vorwürfe. Die hört er nicht zum ersten Mal.

Professor Luigi Cavalli-Sforza

"Indigene Völker sind Völker der Welt. Wir fragen auch nicht die Europäer als Gruppe, ob sie einverstanden sind, an einer wissenschaftlichen Untersuchung teilzunehmen. Es ist unmöglich, alle Völker aufzusuchen. Trotzdem haben wir sogar so einen Versuch unternommen. Es gab ein Treffen in Guatemala, wo unsere Vertreter nicht zu Wort kamen, denn die indigenen Vertreter haben sich sehr unzivilisiert verhalten. Es war ein Treffen, für das die UNO geworben hatte. Aber indigene Völker sind von Natur aus sehr unorganisiert und können sich nicht auf Repräsentanten einigen. Was brächte es daher, wenn wir sie aufsuchen würden? Man würde uns womöglich genauso behandeln wie damals in Guatemala, man ließe uns nicht zu Wort kommen und wir könnten die Dinge nicht erklären. Sie würden uns die gleichen Lügen auftischen, die ihnen RAFI erzählt hat. RAFI hat ihre Köpfe mit Lügen gefüllt. Wir haben es jedenfalls nicht nötig, indigene Organisationen zu konsultieren.

Es ist natürlich möglich, daß es zu Mißbrauch kommt. Aber kann sich überhaupt jemand gegen Mißbrauch schützen? Kann man verhindern, daß die Ergebnisse der eigenen Arbeit von anderen mißbraucht werden? Wir jedenfalls tun alles, um dies zu vermeiden. Wir dringen immer darauf, daß Men-



schen die Proben nehmen und dies im Namen einer Regierung tun oder damit kommerzielle Ziele verfolgen, sich fair verhalten. Mit den Gruppen, die sich für Blutproben zur Verfügung stellen, muß vertraglich beschlossen werden, daß ein Anteil der Gewinne an sie zurückfließt. Was die Sache schwierig macht, ist oft die Korruption der Regierungen. Medikamente, die gratis in die Entwicklungsländer gehen, werden ja auch oft von den Politikern kassiert und dann im Land verkauft. Ich weiß, daß das passiert und immer passieren wird.

Man muß realistisch sein und die echten Gefahren des Mißbrauchs erkennen. Wir haben es hier mit einer enormen Übertreibung zu tun. Ich vermute, daß die Gegener des Human Genome Diversity Project ihre Gelder hauptsächlich dafür benutzen, sich selbst darzustellen. RAFI ist die einzige Organisation, die alles daran setzt, indigene Völker vor uns zu warnen. Sie sagen, wir hätten 722 Stämme ausgesucht für unsere Recherchen. Ich weiß, daß diese Meldung von RAFI in die Welt gesetzt wurde. Diese Liste mit den 722 Völkern gibt einen Überblick über jene Völker, die für Untersuchungen in Frage kommen könnten. Die Idee dahinter war folgende: Angenommen wir haben das Geld, 500 Gruppen aufzusuchen, zu welchen würden wir gehen? Das war die Frage. Und dann wurden daraus halt 722.

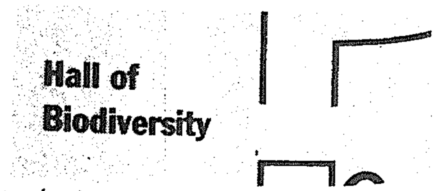
Es ist im Grunde lächerlich, denn ich kann Vertreter der meisten Völker auch anderswo treffen. Allein in San Francisco findet man Angehörige der meisten Völker. Wir haben bereits viele Ethnien in San Francisco untersucht. Pygmäen gibt es dort natürlich nicht - dazu muß man nach Afrika. Philipinos würde ich gerne in ihrer Heimat untersuchen, aber es geht auch in San Francisco. Wenn die Menschen auf den Philipinen nicht wollen, was kann ich da schon tun?"

«Kein Patent auf Leben» heißt eine Initiative in München. Ihr Gründer ist der Tiermediziner und grüne Politiker Dr. Christoph Then. Er gehört zu einer europaweiten Bewegung, die sich gegen eine Entscheidung wehrt, die am Horizont der Europäischen Union in drohenden Umrissen bereits zu erkennen ist. Im Zuge der Globalisierung soll das europäische Patenrecht künftig auch die Patentierung von Saatgut, Tieren und menschlichen Genen erlauben. Während in den USA Gene längst ohne Beschreibung irgendeiner Anwendung patentiert werden - und dies zu tausenden - muß in Europa mit dem Patentantrag eine Anwendung vorgelegt werden. Doch selbst wenn das europäische Patentrecht künftig weiterhin diese Forderung stellen sollte, so wird dies, global gesehen, keinen Unterschied machen. Denn eine Beschreibung besagt nicht, ob der Plan in der Realität auch funktioniert: Werden z.B. die Gene, die für Zellteilung verantwortlich sind, tatsächlich zu einer Krebstherapie führen? Und letztlich wird die Anwendungsbeschreibung nichts anders sein, als ein ausgeklügelter Kontext, der das Gen in den Besitz des Antragstellers übergehen läßt. Gefunden ist erfunden sagen sie, und die, die das sagen, haben das Sagen. Christoph Then und seine Mitstreiter werden noch lange nicht zur Ruhe kommen.

Christoph Then

"Ein Beispiel, das zeigt, wie wenig diese Patente mit einer Erfindung im herkömmlichen Sinn zu tun haben, ist ein Patent, das kürzlich erteilt worden ist, 1995. Dabei geht es um Blut aus der Nabelschnur von neugeborenen Kindern, also von Babies. Hier liegt der Patentanmeldung nichts anderes zugrunde, als daß die Anmelder gezeigt haben, man kann das Blut aus der Nabelschnur entnehmen und man kann es tiefkühlen. Und diese Entnahme des Blutes und das Tiefkühlen des Blutes machen diese Zellen, diese Blutzellen, die da verwendet werden für verschiedene therapeutische Zwecke zu einer Erfindung dieser Firma. Auf Grund dieser ganz einfachen technischen Vorgänge ist tatsächlich ein Patent erteilt worden, also das Tiefkühlen der Zellen, und das die Zellen selber in das Patent miteinschließt. Die Zellen des Blutes von der Nabelschnur der Neugeborenen sind in diesem Zusammenhang durch ein Patent «geschützt».

In Deutschland Befürworter des Human Genome Diversity Projekts zu treffen, scheint beim ersten Anlauf nicht so einfach sein. Ein Mitarbeiter des Pro-



jekts, der in München lehrende Genetiker Svante Pääbo, ist zu beschäftigt, um ein Interview zu geben. Nach acht Monaten immer wieder neuer Anfragen gebe ich auf. Beim Europäischen Patentamt hat man Schwierigkeiten, den richtigen Interviewpartner für mein Thema zu finden. Er wird nicht gefunden, doch ich werde an das Max-Planck-Institut für Patentrecht verwiesen. Dort sitzt Professor Josef Straus, und der ist sofort zu einem Gespräch bereit. In seinem Büro in München-Bogenhausen erzähle ich ihm von meinen Recherchen. Als ich den Namen R.A.F.I. erwähne, ist die Reaktion nicht anders als in Mailand bei Cavalli-Sforca. R.A.F.I. ist ein rotes Tuch. Ich zitiere verschiedene indigene Sprecher und deren Vorwürfe des Kolonialismus und des Diebstahls. Professor Straus teilt die Vorwürfe nicht.
Patentierung ist in den Augen von Professor Straus kein Mißbrauch, sondern Schutz.

Der hier vorliegende Artikel ist eine Überarbeitung eines Radiobeitrages von Claus Biegert, der am 11. März 1998 im Bayrischen Rundfunk ausgestrahlt wurde. Der Artikel wurde gekürzt. Das vollständige Manuskript liegt der Redaktion vor.

Prof. Dr. Josef Straus

"Ich bin dafür, daß deren Rechte, auch was die kommerzielle Seite angeht, gewahrt sind. Daß es im Leben, wie überall, auch auf diesem Gebiet zu Mißbräuchen kommen könnte, das kann keiner ausschließen, aber das können Sie auf keinem Gebiet ausschließen. Man sollte aber aus der Gesamtinteressenlage immer erkennen, daß es immer weniger Urbevölkerung gibt, wie es auch immer weniger genetische Vielfalt gibt, daß es also wirklich ein gemeinsames Interesse der Menschheit gibt, soviel wie möglich zu retten, zu konservieren für die künftigen Generationen, aber auch, und wenn ich jetzt auf die Zell-Linien oder besondere genetische Eigenschaften, die möglicherweise bei bestimmten Urbevölkerungen (aus welchem Grund auch immer) vorhanden sind - es ist im Interesse der Menschheit, auch Nutzen daraus zu ziehen. Und zwar nicht nur jetzt, um der Firma Merck oder Bayer Leverkusen oder SmithKlein Beecham zu Gewinnen zu verhelfen. Denn diese Gewinne machen die ja auch nur, wenn sie was Vernünftiges auf den Markt gebracht haben. Und was Vernünftiges auf den Markt zu bringen heißt: Wenn mit Hilfe dieses HTLV, das man bei den Papua-Neuguinea Hagaii gefunden hat, tatsächlich ein gegen Aids oder eine andere Erkrankung wirksames Medikament hergestellt werden kann, wenn man das bezahlt, wenn der Stamm nichts verliert, da wird ja nichts abgeholzt, da ist nichts verloren gegangen, also so wie wenn Sie Blut spenden, verlieren Sie auch nichts - da kann nur jeder gewinnen.

Man sollte nur darauf achten, daß nicht nur einer gewinnt, und die anderen, die Quelle sind, die immer weiter versiegt, daß sie sozusagen draufgehen. Aber sie gehen nicht deshalb drauf, das hat damit absolut nichts zu tun, und es ist eher eine Chance, ich will jetzt nicht sagen, daß man sie dann vermehrt, das klingt absolut absurd, nur: Man würde vielleicht auch bei uns erkennen, wie wichtig es ist, daß es diese Vielfalt gibt, und daß man davon gegenseitig Nutzen ziehen kann."

Was bleibt dem Reporter nach der Recherche? Er fühlt sich machtlos, denn er kann nur dokumentieren. Er dokumentiert die Kluft zwischen den Kulturen und sieht, wie die Wege beider Gesellschaften auseinander führen. Eine globale Profitgesellschaft kann keine Kompromisse eingehen, da sie sich sonst ihrem Ziel der Gewinnmaximierung entgegenstellt. Stammesgesellschaften setzen auf Bewahrung statt auf die Entwicklung immer neuer Märkte. Nachhaltiges Handeln im Umgang mit den Resourcen dieses Planeten und Respekt gegenüber allen Lebewesen müssen Illusion bleiben in einer Zivilisation, deren Fundament der stetige Wachstum ist. Die Wachstumsgesellschaft verweigert langfristiges Vorausdenken und bereitet damit ihr Ende selbst vor.

Eine Gesellschaft, der das Leben heilig ist, kann einer Gesellschaft, die Leben patentiert, nicht entgegen kommen. Raub, Diebstahl und Sklaverei sagen die einen, wir nehmen ja gar nichts weg, sagen die anderen. Die Patentgesellschaft bestimmt den Lauf der Dinge; nicht, weil sie durch bessere Argumente überzeugen kann, sondern weil sie die Macht hat. Sie hat die Macht, doch sie verweigert die Verantwortung, die Macht mit sich bringt.

Die Verantwortungslosigkeit erfährt zudem ihre gesetzliche Regelung. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit entsteht derzeit ein Abkommen, das unseren Planeten zu einer freien Produktionszone erklärt. Die Rede ist von M.A.I., dem «Multilateral Agreement on Investment», für das die 29 Mitgliedsstaaten der OECD, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, verantwortlich zeichnen. Angeführt wird die, in Paris tagende Runde von den USA. Dieser, im Geheimen beschlossene Investitionsvertrag enthält in seinem ersten Entwurf Klauseln, die Konzerne davor schützen, daß sie von Regierungen zur Rechenschaft gezogen werden, wenn sie Arbeits- und Umweltgesetze und Menschenrechte in einem Unterzeichnerland verletzen - solange kein direkter Verstoß gegen internationales Recht vorliegt.

Die kleinen Völker indessen sind weiterhin ohne juristische Handhabe - und keine UNO-Konvention schützt sie. Was sagte Oren Lyons zu Beginn meiner Reise? «In the absence of the sacred - anything goes». Wenn das Heilige verschwunden ist, dann geht alles.

Das letzte Wort hat Lahe naí Gay aus Hawaii:

Lahe naí Gay

"Wir können niemanden schuldig sprechen. Wir sind alle miteinander verantwortlich. Wir sind so abhängig geworden, daß wir vergessen haben, wer wir sind. Wir müssen erkennen, wie weit wir es zulassen haben, daß sich die Dinge überhaupt so entwickeln konnten. Doch was wir geschaffen haben, können wir auch wieder abschaffen und neu erschaffen und zwar auf eine Weise, die das Leben bejaht. Diesen neuen Weg können wir dann beschreiten und tief durchatmen als menschliche Wesen mit Bewußtsein. Denn sobald wir unsere Menschlichkeit verloren haben, verschwindet auch das Bewußtsein. Und wenn wir unser Bewußtsein verloren haben, dann verlieren wir auch unser Wissen. Eines Tages werden wir dann aufwachen und uns wundern, was geschehen ist. Aber wenn es erst so weit gekommen ist, werden wir nicht mehr wissen, wo der Weg zurück führt."



Grenzgängerinnen



Foto: Jan Jacob Hofmann

ein Blick zurück auf die Antirassistischen FrauenLesben Aktionstage an der deutsch-polnischen Grenze (30.6 bis 5.7.98), von einer Teilnehmerin. Das Interview führte, direkt im Anschluß an das Camp, Radio Dreyeckland. Es wurde dort in der Reihe FrauenLesben-Info gesendet.

Wieviele FrauenLesben sind denn da gewesen?
Es waren ca. 150 frauen und lesben aus der ganzen bundesrepublik und aus polen angemeldet. Zwischendurch wurden dann aber 200 teilnehmerinnen gezählt und freitag, samstag waren wir 230 bis 250.

Woher kamen die Frauen und was für Frauen waren das?
Die überwiegende mehrzahl waren weiße aus verschiedenen städten deutschlands, dazu kamen frauen aus polen, aus der schweiz und österreich und sogar aus finnland - wenige migrantinnen.

Es ist ja ein antirassistisches Camp gewesen. Wieso waren dann so wenige Migrantinnen da? Sind die nicht angesprochen worden?
Also ich denke einerseits, daß es in erster linie sache der deutschen frauen und lesben ist, gegen den rassismus hier vorzugehen und nicht die sache der migrantinnen in deutschland. Andererseits wäre wohl doch mehr interesse da gewesen und ich habe das gefühl, daß doch zu wenige migrantinnen angesprochen worden sind.

Welche Aktivitäten, Aktionen gab es auf dem Frauenlesbencamp?
Ich war überrascht von der guten, dezentralen vorbereitung der aktionen. Es wurden von frauengruppen aus verschiedenen städten ganz viele ideen für aktionen mitgebracht, die zum teil schon wirklich ausgereift und mit material usw. vorbereitet waren. Wir haben 20 bis 25 aktionen gesammelt, die dann auch alle durchgeführt wurden.

Sagst Du einmal Beispiele?
Viele aktionen, die offiziell gelaufen sind... waren auftritte von so etwas wie theatergruppen in der stadt. Da gab es z.b. das stück «was hat der bgs mit gartenzwergen zu tun?», es gab einen chor und einen «grenzrap» von zwei frauengruppen und dann die einweihung eines denkmals für den unbekannten denunzianten/die unbekannte denunziantin. Das waren so die hauptsächlichen aktionen, die offengemacht wurden und auf aufklärung und vermittlung zielten.

Die Sache mit dem «Unbekannten Denunzianten», das war ja sehr umstritten. Wie sah das dann konkret aus?
Ich war da auch sehr zwiegespalten, was ich von so einem denkmal halten sollte. Das war ja ein angriff gegen die bevölkerung und ich war gespannt, wie das dort ankommen würde. Merkwürdigerweise blieb die installation von freitag bis sonntag unbeschadet stehen und wurde nicht entfernt. Das fand ich doch sehr erstaunlich. Und diese installation war einfach so toll gemacht, daß sie auf die vorbeilaufenden, glaube ich, schon ziemlich irritierend gewirkt haben muß. Soll ich nochmal näher beschreiben, wie das aussah?

Ja, und auch Reaktionen von Leuten.
In eine telefonzelle am marienplatz - ein platz mitten in görlitz - wurde eine lebensgroße, weibliche puppe gesetzt. In anspielung auf dieses «bürgertelefon», das es in görlitz und anderen deutschen grenzstädten gibt und das offenbar reichlich genutzt wird, hatte diese puppe einen telefonhörer in der hand - offensichtlich eine denunziantin, die gerade mit dem bgs telefoniert. Die telefonzelle war dann rundherum mit einer Kette verschlossen und davor lag ein grüner läufer, ein «empfangsteppich». Zur aufklärung der bevölkerung gab es noch einige sätze, die von innen an die scheiben geklebt waren.

Es sollte ja bei dem Camp weniger um aufklärerische Aktionen gehen, als um Irritation und Störung. Gab es da auch etwas, worüber du erzählen kannst?
Ja, ich kann natürlich nicht sämtliche Aktionen hier offenlegen, es waren auch nächtliche, nichttransparente aktionen dabei... vielleicht eine aktion vom samstag, die, wie ich den Eindruck hatte, die meisten frauenlesben sehr gut fanden. Das war eine bootsaktion auf der neiße, deutschland, der durch die geteilte stadt görlitz fließt. Auf diesem fluß wurden zwei schlauchboote von einer seite zur anderen gefahren. Es wurde ein transparent über den fluß gespannt, auf dem

in vier sprachen «grenzen auf für alle!» stand und das dann auch einige zeit dort hängen blieb. Noch während die frauen in den booten auf dem wasser waren kam der bgs. Das war eine aktion, bei der der bgs ziemlich schnell reagiert hat und am ende auch versucht hat, die frauen abzugreifen. Es war dann aber eine sehr starke solidarische gemeinschaft von frauenlesben, die sich gegen den ankommenden bgs gestellt haben, so daß - auf deutscher seite - nicht einmal personenkontrollen gemacht wurden. Es wurde auch noch ein floß zu wasser gebracht, mit plakaten und einem kassettenrecorder, der antirassistische slogans und lieder spielte, wie z.B. «um europa keine mauer, bleiberecht für alle und auf dauer!». Die aktion dauerte vielleicht zehn, fünfzehn minuten, bis sie vom bgs beendet wurde. Auf der polnischen seite wurden dann allerdings personenkontrollen durchgeführt und acht frauen für einige stunden festgesetzt - die sollten, obwohl sie nur zuschauerinnen gewesen waren, wegen illegalen grenzübertritts angeklagt werden.

Diese bootsaktion fanden viele gut. Von seiten der bevölkerung gab es allerdings keine resonanz. Die sache war als theateraktion geplant und angekündigt gewesen («why isn´t there a stage on water?»), aber es kam niemand, fast niemand, zum ufer ´runter. Zuschauerinnen gab es wenige und eigentlich nur vom frauenlesbencamp, weshalb die frauen, die die aktion gemacht haben auch etwas frustriert waren. Aber es hat sich eben ganz deutlich gezeigt, daß diese aktion zwar zum einen aufklärerischen charakter haben sollte, aber zum anderen eben auch den hier, wie bei vielen anderen aktionen beabsichtigten und geplanten stör-charakter. Letzten endes sind wir mit den aufklärerischen aktionen kaum auf resonanz von seiten der bevölkerung gestoßen - das wäre auch eine kritik an diesen aktionstagen.

Heißt das auch perspektivisch etwas für weitere Camps?

Also ich persönlich - und ich glaube ich spreche da für viele frauen und lesben - würde mir doch widerständigere aktionen wünschen und nochmal ein anderes konzept. Das heißt insbesondere, nicht so sehr auf vermittlung zu setzen, sondern stärker auf tatsächliche störungen/irritationen an der grenze.

Mich würde noch interessieren, ob es Kontakte zu FrauenLesbengruppen aus der Region gab und auch aus dem Ost-West-Verhältnis heraus?

Es gab im vorfeld einige bemühungen von frauenlesbengruppen, frauengruppen in der region zu kontaktieren. Das gestaltete sich recht schwierig, weil es dort wenige frauengruppen gibt. In görlitz gibt es z.b. ein frauenzentrum, das aber eher dem bürgerlichen spektrum zuzuordnen ist. Zwar gab es da organisatorische unterstützung - die haben uns z.b. fahrräder geliehen, die wir dringend brauchten -, aber eine inhaltliche zusammenarbeit gab es überhaupt nicht. Meines wissens tauchten während der aktionen auch keine frauen aus görlitz auf, was ich ziemlich schade fand. In der 30/40 kilometer entfernten stadt zittau hatten wir am donnerstag ein gespräch mit frauen von dort (eine frau aus görltiz war dabei). Da ging es um das ost-west-verhältnis, also wie kommen wir hier als westfrauen in diese ehemalige ddr-region, was wollen wir hier und was halten die frauen von dort von unseren aktionstagen? Es gab eine gute und spannende diskussion über drei stunden.

Und wie empfanden es die Frauen dort?

Ja, sie kritikisierten vor allem unsere aktionsformen, bzw. das, was auf plakaten und in aufrufen vorher angekündigt worden war - speziell die «militanz». Also unsere Aktionen waren ihnen zu militant oder unsere sprache war ihnen zu militant - das war nicht genau herauszukriegen. Ich fand unsere aktionen eigentlich nicht militant, die angekündigten jedenfalls nicht. Ich glaube, die kritik hat sich vorwiegend an der sprache festgemacht und zwar mit dem hintergrund, daß die frauen dort meinten, in der region müßten sie eigentlich mit der bevölkerung in dialog treten und könnten da nicht nur gegenpositionen beziehen.

Das waren dann ja sehr konträre positionen?

Ja, allerdings, aber ich fand, wir haben doch eine recht gute diskussion hingekriegt. So daß die frauen von dort am ende unsere ziele verstanden haben. Sie wollten auch darüber nachdenken, selbst in irgendeiner form aktionen zu machen und eben auch noch was anderes zu machen, als einen dialog mit teilen der bevölkerung zu führen.

Wird es weiter Kontakt zu diesen Frauen geben?

Ich glaube schon. Es sah so aus, als wollten etliche frauenlesben oder auch frauenlesbengruppen den Kontakt weiter ausbauen.

Es gab in FrauenLesbenkreisen im Vorfeld viele Diskussionen um das antirassistische FrauenLesbencamp. Jetzt gibt es natürlich noch keine Auswertung. Deshalb frage ich dich nach deiner persönlichen Einschätzung: Wie siehst du im Rücblick das Camp, was fandest du gut, woran hast du Kritik?

Daß es keine Auswertung gab, ist für mich der erste Kritikpunkt. Während der ganzen aktionstage war im grunde keine zeit zu inhaltlichen diskussionen, obwohl das sehr nötig gewesen wäre und obwohl viele frauen es gefordert haben. Wir waren einfach so sehr mit organisation beschäftigt, dafl die täglichen plena hauptsächlich davon ausgefüllt waren und für inhaltliche diskussionen keine zeit mehr blieb. Und so verlief sich das camp auch am letzten tag, ohne ein abschlieflendes plenum, was ich sehr schade fand. Sehr positiv waren die organisation, die sehr gute vorbereitung und das verantwortungsvolle handeln aller beteiligten dort - was bei einer menge von 200 bis 250 frauen und lesben wirklich nicht selbstverständlich war. Wir sind z.B. auch sehr gut betreut, bekocht worden von unserer kochgruppe - das möchte ich hier nochmal ausdrücklich erwähnen. Es war wirklich phantastisch. Die haben dafür so viele frauen gekocht und waren immer lustvoll dabei. Schwierig fand ich insgesamt schon, daß das konzept von irritation und störung eigentlich nicht wie geplant aufgegangen ist. Ich denke, das ist ein punkt, über den wir auf jeden fall nochmal reden müssen. Es gibt ja auch ein nachtreffen hier in freiburg, anfang august, wo dieser punkt hoffentlich diskutiert wird, eben auch im hinblick auf weitere camps... insgesamt aber hat mir persönlich dieses camp sehr gut gefallen. Es war für mich das erste mal, daß ich auf ein frauenlesbencamp gefahren bin. Ich fand die stimmung insgesamt sehr gut und das haben auch viele frauen gesagt, mit denen ich geredet habe.

Der Libertäre Kommunalismus - Die politische Praxis der Sozialökologie
Teil 1: Die Erschaffung des Bürgerwesens

von Janet Biehl



Anläßlich des ersten Kongresses für den Aufbau einer internationalen libertär-kommunalistischen Bewegung in Lissabon ist im Trotzdem-Verlag soeben eine Art "Handbuch für Libertären Kommunalismus" erschienen. Der internationale Kongress, Ende August, wird - ausgehend von Janet Biehls und Murray Bookchins Ansatz - die Möglichkeiten und Schwierigkeiten diskutieren, die sich dem Aufbau einer libertär-kommunalistischen Bewegung stellen, dabei werden sicherlich auch die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in den verschiedenen Ländern zur Sprache kommen. Zur Anregung der Diskussion für alle, die nicht nach Portugal fahren konnten, aber dennoch Interesse an der Weiterentwicklung und/oder Infragestellung dieses Ansatzes haben, druckt der SF in dieser und in der folgenden Ausgabe zwei Auszüge aus dem Buch Janet Biehls. Die Übersetzung besorgten *Helmut und Sonja Richter* aus Frankfurt. Teil 1 erscheint als Vorabdruck, das Buch wird jedoch zeitgleich mit dieser Ausgabe in den Buchhandel kommen: *Janet Biehl: Der Libertäre Kommunalismus - Die politische Praxis der Sozialökologie, Grafenau 1998, ISBN: 3-931786-07-2; 26.-DM.* Im zweiten Teil werden wir den Abschnitt zur Frage der "Dualen Macht" nachdrucken und er-warten eine durchaus lebendige, kontroverse Diskussion, gerade zu einem Begriff, der in der anarchistischen Tradition eindeutig negativ besetzt ist.

woh

Eine der wichtigsten Theorien der repräsentativen Staatsraison ist der Liberalismus. Er hat als irreduzibles Grundelement das selbstbestimmte Individuum definiert, welches im Moment höchster Souveränität seinen autonomen Willen dadurch ausübt, dass es sich in der Wahlkabine zwischen verschiedenen Optionen entscheidet. Diese individualistische Vision wird in unserer Gesellschaft sehr ernst genommen, belohnt diese doch diejenigen, die als souveräne Ichs ihr Eigeninteresse möglichst rücksichtslos maximieren. Von solchen Menschen heißt es, sie genössen Freiheiten - wozu auch die Freiheit von jeglicher Beschränkung ihres Gewinnstrebens zählt. Freiheit mündet ja überhaupt im ideologischen Denken der USA meist in einen heroischen Individualismus, in Unabhängigkeit und Autonomie, nicht zu vergessen das freie Unternehmertum.

In Wirklichkeit ist dieses hochgelobte autonome Individuum nichts weiter als eine Fiktion. Denn die Bindungen an die Gesellschaft erlauben niemandem Autonomie oder Unabhängigkeit, weder im Bereich des Privaten noch in dem des Gemeinschaftslebens. Freiheit kann sich auch nicht ausschließlich über Autonomie oder Unabhängigkeit definieren - zwei eigentlich negative Auffassungen einer "Freiheit von etwas", eines Frei-Seins der Person anstelle einer Freiheit der Gesellschaft. Autonomie stärkt die gesellschaftliche und politische Freiheit des Einzelnen gerade nicht, sondern untergräbt sie. Indem die Autonomie die gegenseitigen Abhängigkeiten und das Beziehungsnetz zerreißt, zerstört sie die gesamte bürgerliche und gesellschaftliche Grundlage der Freiheit und stellt somit deren finale Negation dar.

Foto: Vladimir Zotov

Es erscheint paradox: Die Individualität gewinnt - anders als der Individualismus - ihr Fleisch und Blut nicht in der Unabhängigkeit, sondern in der gesellschaftlichen Interdependenz. Schließlich handelt jeder einzelne im Kontext der solidarischen Unterstützung durch die Gemeinschaft. So schreibt Max Horkheimer:

"Die am höchsten geschätzten persönlichen Qualitäten, wie Unabhängigkeit, Wille zur Freiheit, Sympathie und der Sinn für Gerechtigkeit, sind ebenso gesellschaftliche wie individuelle Tugenden. Das vollentwickelte Individuum ist die Vollendung einer vollentwickelten Gesellschaft. Die Emanzipation des Individuums ist keine Emanzipation von der Gesellschaft, sondern die Erlösung der Gesellschaft von der Atomisierung, eine Atomisierung, die in Perioden der Kollektivierung und Massenkultur ihren Höhepunkt erreichen kann.")[1]

Das aktive, gereifte Bürgerwesen, dessen eine direkte Demokratie bedarf, hat gerade von einer derartig atomisierten Gesellschaft absolut nichts zu erwarten. Wie wir wissen, weist die moderne Massengesellschaft den Bürgern nur die Rollen "Stimmbürger" und "Steuerzahler" zu. Staat und Kapitalismus vermitteln dem Citoyen keine Fähigkeiten, sondern wirken infantilisierend. Der Staat, als selbsternannter Paterfamilias, managt das politische Leben der Menschen als ihr Sachwalter und angeblich zu ihrem eigenen Besten. So aber nimmt die Abhängigkeit und Unterordnung kein Ende. Der Kapitalismus wiederum kennt keine Hemmungen in seinem Bestreben, aus ihnen hilflos-unersättliche Konsumenten zu machen, die statt nach der Macht nur noch nach Schnäppchen greifen. Es ist diese passive Unterwerfung der Bürger unter die von Staat gesetzten Bedingungen, die sie gegenüber mächtigen Einzelnen oder Institutionen schutzlos jeglicher Manipulation aussetzt.

Massenhafte Stimmabgabe im Schutz der Wahlkabine ist nur der schwache Abglanz eines aktiven politischen Lebens. Quasi als Marktanalyse werden die persönlichen Urteile über die Kandidaten registriert, tabelliert, quantifiziert und schließlich ausgewertet, doch nur mit dem Ziel einer effektiveren Strategie für die Vermarktung der nächsten Kandidatenrunde.

Es hat zwar Vorschläge für mehr Demokratie und größere Bürgerbeteiligung gegeben, etwa die Forderung, das Referendum - also die Abstimmung über eine bestimmte Streitfrage - zu "demokratisieren". Doch bei Referenden stehen die Optionen schon vorher fest; weder kollektive Vorschläge noch eine breitere Palette von Optionen dürfen ausgearbeitet werden. Es ist nicht besser als bei der Wahl von Kandidaten: In einem Massenreferendum degeneriert die politische Partizipation zum bloßen Registrieren von Präferenzen, degenerieren die Citoyens zu Konsumenten, die großen Ideale zu privaten Geschmacksrichtungen, die politischen Ideen zu Prozentzahlen.

Nichts entspricht dem liberalen Ideal des selbstbestimmten autonomen Individuums, also des Menschen, der Herr seiner selbst und seines Umfeldes ist, weniger als der passive Konsument staatspaternalistischer Optionen, wie er uns im wirklichen Leben gegenübertritt. Gleichwohl wird die Ideologie der Massengesellschaft unserer Tage vor allem vom Ideal der Autonomie bestimmt - einer Gesellschaft, die so sehr unter dem Staat, der Verstädterung, der Hierarchie und dem Kapitalismus leidet. Eine solche Ideologie ist nicht einmal Betrug - sie ist ein schlechter Witz.

Das Leben als Citoyen

Für uns Libertäre Kommunalisten liegt das Endziel der politischen Existenz der Menschen eben nicht in passiver Abhängigkeit von einem elitären Staat. Auf sie wartet, so glauben wir, eine aktivere Lebensweise, schon weil ihre Eigenschaften sie als soziale Wesen ausweisen. Die Menschen besitzen Vernunft, sie leben in Abhängigkeit voneinander, und sie bedürfen der Solidarität. Die psychologische und moralische Grundlage des Lebens als Citoyen kann vor allem in dieser gegenseitigen Abhängigkeit und Solidarität gesehen werden, und dies gilt auch für die Wiederherstellung des Reichs der wahren Politik und der direkten kommunalen Demokratie.

Wenn wir eine libertär-kommunalistische Gesellschaftsordnung errichten wollen, müssen wir die Beziehungen innerhalb der Gesellschaft verändern. An die Stelle von Staat, Verstädterung, Hierarchie und Kapitalismus müssen wir kooperative Institutionen einer direkten Demokratie, eines Reichs der kommunalistischen Politik setzen. Der Erfolg dieser Bemühungen wird aber auch von den charakterlichen Qualitäten derjenigen abhängigen, die diese Gesellschaft aufbauen.

Diese Qualitäten dürfen in unserer neuen Gesellschaft nicht diejenigen sein, die den passiven Steuerzahler und Stimmbürger kennzeichnen. Denn die innovativen Akteure im Reich der Politik werden Charakterzüge entwickeln,

die von Stärke, Bürgertugend und Verantwortung für das Ganze bestimmt sind, und solche Züge sind heutzutage nicht vorhanden oder werden jedenfalls nicht gerade hervorgekehrt. Sie aber sind es, die den gereiften, zur demokratischen Teilhabe am politischen Leben befähigten Citoyen kennzeichnen.

Die wichtigsten Tugenden sind Solidarität und Vernunft, hängt doch die Existenz der gesamten Gemeinschaft davon ab, ob es ihr gelingt, ihre Zukunft auf die Solidarität und Rationalität jedes Einzelnen zu bauen.

Wie auch immer man den Bürger definieren mag - stets muss er dem Gemeinwohl, also der Solidarität verpflichtet sein. Ganz im Gegensatz zu dem heute verbreiteten Zynismus wird den reifen und aktiven Citoyens klar sein, dass ihre politische Gemeinschaft ohne aktive Unterstützung und Teilnahme nicht überdauern kann. Sie wissen, dass sie ihrer Gemeinschaft gewisse Pflichten schulden, und kommen diesen in dem Bewusstsein nach, dass dies für alle gilt. Ihnen ist auch klar, dass allein ihr gemeinsames Bemühen, ihre gemeinsame Verantwortung die Gemeinschaft überhaupt ermöglichen.

Eine direkte Demokratie bedarf aber auch unbedingt der - heute so geschmähten - Vernunft. Logisches Denken ist lebenswichtig, wenn die Bürger abwägen wollen, wie die Gemeinschaft mit einem gegebenen Problem am besten fertig werden kann. Bei Beratungen über eine Streitfrage ist konstruktive Vernunft besser als emotionsgeladene Parteinahme aus dem Bauch heraus. Gerade um trotz persönlicher Animositäten, wie sie unter Menschen ja durchaus vorkommen können, grundsätzlich großherzige Fairness walten zu lassen, bedarf es der Vernunft. Man könnte ja mit dem Versuch rechnen, das Privateigentum und den profithungrigen Unternehmergeist wiederzubeleben. In einem solchen Fall, bei dem die Leute noch dazu intensiven emotionalen Appellen an ihr Eigeninteresse ausgesetzt sein werden, kann ihnen einzig ihre Vernunft sagen, warum sie hier nicht nachgeben dürfen. Sie werden überhaupt nur dank ihrer Vernunft stark genug sein, das Gemeinwohl zu bewahren, und sie müssen ebenso über Vernunft verfügen wie über starke Charaktere und Persönlichkeiten.

Das soll nun natürlich nicht heißen, dass die Menschen sich unter dem Libertären Kommunalismus nur noch aufopfern und dem Kollektiv unterordnen müssen. Vielmehr hätten alle ihren jeweils persönlichen Lebensbereich - Familie, Freunde, Arbeitskollegen. Überhaupt werden in der bereicherten kommunalistischen Gemeinschaft die persönlichen Beziehungen unter den Menschen viel tiefer sein als heute, da sich selbst Nachbarn kaum noch kennen und der Einzelne im Notfall nicht mehr auf Großfamilie und Gemeinschaft, sondern nur noch auf seine isolierte Kernfamilie zählen kann. Gerade die gegenseitigen Abhängigkeiten erzwingen ein ausgewogenes Geben und Nehmen unter den Menschen. Alle gemeinsam sind Teil eines kühnen Experiments und verlassen sich in dieser Verantwortung auch aufeinander. Verlässlichkeit aber schafft Vertrauen.

Individualität und Gemeinschaft entstehen in einem Prozess gegenseitiger Wechselwirkung. Von den Entscheidungen der Bürger im kommunalen Bereich hängt auch ihr gesellschaftliches Umfeld ab. Das Politische wertet das Private auf, und das Private bereichert die Politik - eine wechselseitige Stärkung des Individuums und des Kollektivs, nicht die Unterordnung des einen unter das andere.

Im antiken Athen gab es zahllose Differenzen unter den Menschen, doch in einem waren sich alle einig: Das Leben als Bürger empfanden sie keineswegs als Last, als aufgezwungene Selbstverleugnung, sondern als die authentischste Art der Selbstverwirklichung. Nach ihrer Überzeugung war der Mensch von Natur aus ein politisches Wesen und für die aktive Mitwirkung in der Politik geschaffen. Wer seine Privatinteressen über das Gemeinwohl stellte, erregte allgemeine Missbilligung. Dieses kollektive Pflicht- und Verantwortungsbewusstsein wiederum konnte sich auf ein kollektives Solidaritätsgefühl wie auch auf eine tragende Rolle der Vernunft stützen. Noch nach mehr als zweitausend Jahren sollte die Erste Internationale dieses Lebensgefühl in die Losung fassen: "Keine Rechte ohne Pflichten, keine Pflichten ohne Rechte" - eine, die auch für Marxisten und Sozialanarchisten eine der ethischen Grundlagen ihres revolutionären Sozialismus bildete.



Foto: Paolo Brenzini

Paideia

Während die Autorität des Staates auf der Unterstellung beruht, "Bürger" seien von Natur aus unfähig und unvernünftig, also so unreif, dass sie ihre Angelegenheiten von professionellen Köpfen regeln lassen müssen, geht der Libertäre Kommunalismus gerade vom Gegenteil aus. Für ihn trägt jeder Bürger ein Vernunft- und Kompetenzpotential in sich, das ihn zur direkten Teilhabe am politischen Leben befähigt. Ebenso wird jedem Bürger zugetraut, dass er, einmal darin geschult und geübt, über alles verhandeln, in Ruhe zu einer Entscheidung gelangen und diese verantwortlich umsetzen kann. Für den Libertären Kommunalismus ist die Politik zu wichtig, um sie den Profis zu überlassen. Sie muss vielmehr ein Feld für Laien sein, eben für jedermann und jedefrau.

Wie ich schon sagte, war diese Orientierung am Laien in der athenischen Polis durchgängig. Amtsinhaber wurden fast ausnahmslos nicht gewählt, sondern durch Losentscheid bestimmt. Dieses Zufallsprinzip beruhte auf der Überzeugung, dass jeder Bürger für fast jedes Amt die nötige politische Kompetenz schon mitbringen würde.

Gemäß dieser Politik von und für Laien haben also die Bürger ein so hohes Niveau an politischer Reife erlangt, dass sie unmöglich einer "Spezialistenelite" die Regierungsverantwortung übertragen können. Nur: Die Gewohnheiten und Tugenden, die ein Citoyen dafür benötigt, sind im menschlichen Geist nicht ex ovo vorhanden, sondern müssen wie jedes andere zivilisierte Verhalten sorgfältig antrainiert werden. Manches davon lernen Kinder in der Familie. Den Kleinen bringt man bei, dass zum Nehmen auch das Geben und das Teilen gehören; die Älteren lernen Selbstvertrauen und kritisches Denken. Doch ein Großteil der spezifischen Bürgertugenden und -kompetenzen muss ganz gezielt in einem speziellen politischen und charakterlichen Bildungsprozess vermittelt werden.

Für diesen Formierungsprozess - die Herausbildung der für das Leben als Bürger benötigten menschlichen und ethischen Eigenschaften - hatten die Athener den Begriff *paideia* geprägt. Es waren Eigenschaften, die nicht nur ethische Überzeugungen umfassten, sondern auch eine reife Identifikation mit der Gemeinschaft und ihren Werten ebenso wie ein Verantwortungsgefühl für diese Gemeinschaft. Die paideia vermittelte den vernunftgesteuerten, zurückhaltenden Anstand, dessen es bedarf, damit Bürgerversammlungen geordnet, tolerant, funktionsfähig und kreativ ablaufen können. Es ist eben dieser Prozess der "Zivilisierung" (civis = Bürger), der aus einer beliebigen Menge von ihr jeweiliges Eigeninteresse verfolgenden Individuen ein diskussionsfähiges, rationales, ethisches Gemeinwesen macht.

Wie - und wo - läuft paideia ab? Da ein quasi akademischer Schulunterricht nicht ausreicht und die Massenmedien sie nicht etwa fördern, sondern allenfalls hintertreiben können, kann nur das Reich der Politik selbst die Stätte sein, wo Geist und Charakter der Bürgerinnen und Bürger gebildet werden können. Zu Citoyens werden die Menschen, indem sie an einer demokratischen Politik

teilhaben - in einer Welt der Diskussionen und Interaktionen, aus der Wissen, Übung, Erfahrung und Vernunft erwachsen. Erst indem sie selbst Entscheidungen fällen, bilden sich Bürger - als Individuen und als politische Wesen - heraus; Citoyen wird man nur durch eigenes politisches Handeln. Somit ist die Politik die Schule der Politik.

Doch als Citoyen zu leben, sollte nicht nur ein Bildungsgut sein, sondern eine Kunst - das ist das Fernziel. Ästhetische Mittel, Institutionen - alles kann eingesetzt werden, um die verborgenen Fähigkeiten der Menschen sichtbare Wirklichkeit werden zu lassen. Das Leben in Gesellschaft und Politik muss ganz bewusst so ausgestaltet werden, dass die Menschen einen Sinn für die Vielgestaltigkeit des Lebens entwickeln und dennoch, wenn nötig, über die daraus resultierenden Differenzen leidenschaftlich streiten können. Gesellschaftsfähigkeit und Interdependenz drücken sich dann in Kooperation und Bürgerverantwortung aus.

Die Bürger von heute

Es wird zu den wichtigsten Aufgaben der jetzt entstehenden libertär-kommunalistischen Bewegung gehören, die ethischen Bürgertraditionen wieder zum Leben zu erwecken, sie wachsen zu lassen und für die Behandlung öffentlicher Angelegenheiten einen Raum zu schaffen, in dem sie den Menschen wie mit der Muttermilch eingeflößt werden. Gewiss eine gewaltige Aufgabe, denkt man an den Wertverlust und Egoismus, die unsere Zeit prägen. Vielen Menschen sind die Tugenden und Verhaltensweisen eines Citoyen fremd geworden. Es herrscht ein allgemeiner Zynismus über "die Politik", und wer meint, man solle doch vielleicht "das Gemeinwohl" dem Eigeninteresse - oder gar den Interessen der Familie - voranstellen, wird kaum mehr als Spott ernten. Misstrauen gegenüber jeglicher "Politik", ja feindselige Ablehnung sind tief verwurzelt.

Doch schaut man genauer hin, dann gilt diese allgemeine Ablehnung weniger der Politik als vielmehr dem Staat. Diese Verweigerungshaltung ist aber legitim und gesund, vertritt doch der Staat nur eine Herrschergruppe, also gerade nicht das Gemeinwohl. Leider werden Politik und Staatsraison von vielen als Einheit gesehen, und infolgedessen vergiftet die Ablehnung des Staates die Einstellung zur Politik. So verabscheuen die Menschen ausgerechnet das, wodurch sie Macht erlangen könnten, was ihnen Gemeinschaft statt Anomie bietet und ihre schwache Position in der Gesellschaft stärken könnte.

Gleichwohl trügt der erste Eindruck. Die Hürden, die einer Wiederbelebung bürgerlicher Ethik entgegenstehen, müssen nicht unüberwindlich sein. Denn es gibt etwas, das gerade für den Prozess einer Stärkung der Bürgermacht und der Errichtung einer libertär-kommunalistischen Gesellschaft Rückenwind erhoffen lässt. Ich meine den weitverbreiteten Hunger nach Lebenssinn, der hierdurch gestillt werden könnte. Diese Menschen, deren Leben scheinbar zwecklos und auf sich gestellt dahintreibt, sähen wieder ein Ziel jenseits der reinen Selbstbefriedigung vor Augen. Sie könnten ihre Stärken, ihre Talente mobilisieren und wüchsen so in ungeahntem Maße über sich selbst hinaus. Und ihren Kindern würde der Erfolg der Bewegung eine bessere Gesellschaft bescheren, ein schöpferisches, solidarisches Leben anstelle von Angst, Passivität und Resignation.

Daher muss die Bewegung mehr tun, als nur sich in einer Wahlplattform der Verstädterung und dem Nationalstaat entgegen zu stellen. Sie muss ein ethisches Ideal anbieten - ein Ideal, das über eine Verurteilung der gegenwärtigen Missstände hinaus die Bürgertugenden ins Licht rückt; das anstelle der Entleerung und Trivialität ihres Lebens den Menschen Solidarität und Freiheit und - ebenso wie im letzten Jahrhundert die großen sozialistischen Manifeste - die Forderung nach materiellen und moralischen Veränderungen sowie nach einem für beide geltenden Ethos vorbringt.

Die *paideia* und somit die Ausformung des Citoyen sind fortdauernde integrale Elemente der libertär-kommunalistischen Bewegung, angefangen von der Arbeitsgruppe über die Bürgerversammlung bis zur schließlichen Föderation. Schon in den ersten Diskussionsgruppen und Vortragsreihen muss dieser Prozess einsetzen, um sich fortzusetzen, wo immer Menschen zusammenkommen, ob in Kneipengesprächen oder am Familientisch. Vor allem aber muss er in der Bewegung selbst und in ihren Versammlungen stattfinden. Dort können politisch ungeschulte Menschen lernen, ihre Meinung in Gegenwart ihrer Nachbarn offen auszusprechen und rational darüber zu debattieren. Auf den Bürgerversammlungen, wo politische Fragen in Verantwortung und Solidarität behandelt werden, nimmt die paideia, wenn auch formaler geregelt, ihren Fortgang.

Da nun diese Erziehung zum Citoyen im direkten Kontakt unter den Menschen abläuft, wird sie Interaktion und Vertrauen zur Folge haben, also die Solidarität, ohne die eine Bürgergesellschaft nicht existieren kann. Indem die Menschen ernsthaft, nicht nur gelegentlich, einbezogen werden, entwickeln sie ein Gefühl für ihre Abhängigkeit untereinander; Kooperation entsteht, Vorurteile und Engstirnigkeit verschwinden. Als Bürgerinnen und Bürger werden die Menschen lernen oder sich erinnern, was zwischenmenschliche Loyalität bedeutet. Indem sie für den Erfolg ihrer Sache arbeiten, wächst ihr Mut und weitet sich ihr Geist.

In dem Maße, wie die Gemeindeversammlungen immer mehr Bürger anziehen, wie ihnen immer mehr Macht zuwächst und sie immer weitere Verbreitung genießen, wird sich diese - partizipatorisch unterstützte - paideia intensivieren. Und doch ist all dies erst der Anfang. Der Kampf für eine *Neugestaltung der Gesellschaft* bildet und stärkt alle, die sich dafür engagieren. Wenn er vorüber ist, werden selbst diejenigen, die von Anfang an dabei waren, politisch gereift sein.

1. Max Horkheimer, Zur Kritik der instrumentellen Vernunft (Frankfurt a.M. 1967) S.130

VOGELFRAI!



Foto: Lyalya Kuznetsova

Zur Geschichte der Wagenburgbewegung

von Bernd Drücke

»Eine neuere Sumpfblüte dieser Gesellschaft und der fehlenden freien Lebensräume ist die Bewegung der Wagenburgen. Ausgestattet mit phantasievollen Namen wie 'Rollheimer', 'Wilder Süden', 'Schwarzer Kanal', 'Kunterbunt', 'KlabautAburg', (...) geben sie einem Lebensgefühl Ausdruck, das sich aus der Enge der Wohnungen und der Wohnungslosigkeit auf die eigenen vier Reifen macht und ausgediente Bauwagen, Wohnmobile, Zirkuswagen, LKWs und alles andere, was sich zum rollbaren Heim umbauen läßt, zu Gebilden zusammenwachsen läßt, die urplötzlich aus dem fast Nichts der Baulücken wuchern.«[1]

Seit hunderten von Jahren ziehen Menschen im Wagen von Ort zu Ort. Nicht selten wurden sie als schwer kontrollierbare, ungeliebte, unverstandene Minderheit beschimpft als »Zigeuner«, »Vogelfreie«, »Asoziale« oder »Illegale« durch Regierungen, Behörden und deren Gesetze kriminalisiert, verfolgt und vertrieben.

Höhepunkt dieser Politik war die Ermordung Tausender Sinti und Roma in den Vernichtungslagern der Nationalsozialisten.

Das Leben auf Rädern in Deutschland ist aber nicht nur die Geschichte der Sinti und Roma.

Die Geschichte von Menschen, die sich im immer mehr industrialisierten und verwalteten Deutschland selbst Wohnraum schafften und versuchten, ihren Alltag gemeinsam zu organisieren, begann - soweit aus historischen Quellen ersichtlich - um 1872. Damals zogen im Arbeit und Hoffnung versprechenden Berlin viele Menschen am Stadtrand zusammen, bauten Holzhütten oder machten sich alte Fuhrwerke zur Unterkunft.[2]

In den zwanziger Jahren gründeten Arbeits- und Obdachlose die Laubenkolonie Kuhle Wampe. Dort wurde zusammen gewohnt, die Menschen begannen, die Versorgung in die eigenen Hände zu nehmen, sich auszutauschen und einander bei Arbeitssuche oder anderen Problemen gegenseitige Hilfe zu leisten. Es entstanden dörfliche Strukturen.[3] Ähnliche Entwicklungen gab es in den fünfziger Jahren in Hamburg (über 1000 Wagen) und anderen infolge des Krieges weitgehend zerstörten Städten.

»In fast allen Fällen wurden die Hütten- und Wagensiedlungen irgendwann kriminalisiert und mit polizeilicher Hilfe zerschlagen.«[4]

In den siebziger Jahren tauchten erstmals wieder mehrere Menschen auf, die in unkonventioneller Weise zusammenwohnen wollten: in Wagen, alten Bussen, LKWs oder in Tipis. In der Bundesrepublik waren die Rollheimer in Westberlin die erste große Ansammlung von WagenbewohnerInnen. Vom Grundstückseigentümer geduldet wohnten auf dem gleichen Gelände fast zehn Jahre lang 40 Menschen, darunter sieben Kinder. Die Vielfalt der BewohnerInnen reichte vom arbeitslosen Lehrer über SchauspielerInnen, HandwerkerInnen, Cafébesitzer bis zu Arbeitslosen und Automechanikern.[5]

Heute leben mehrere tausend Menschen in der Bundesrepublik in Bau-, Zirkus- oder Wohnwagen.[6] Bedingt u.a. durch Wohnungsnot, die Räumung be-

setzter Häuser und das Bedürfnis gemeinschaftlich und selbstbestimmt mit anderen Menschen zusammenzuleben, entstand in den achtziger und neunziger Jahren in der Bundesrepublik neben der HausbesetzerInnenbewegung eine zu großen Teilen libertär ausgerichtete Wagenburgbewegung. Viele Menschen gingen und gehen bis heute dazu über, in Bau- und Zirkuswagen auf gepachteten oder besetzten Grundstücken zu leben. Dabei sind die Wagenburgen für ihre BewohnerInnen meist mehr als nur notdürftig geschaffener Wohnraum. Sie verstehen diese kollektive Wohnweise als Form des Miteinanderlebens, die bewußt im Gegensatz zu in dieser Gesellschaft vorherrschenden Verhältnissen steht.[7]

»Burg kommt ja bekanntlich von bergen im Sinne von geborgen sein. Auch das Wort Bürger leitet sich daher ab. Wagenburgen assoziiert mensch auch mit Wildem Westen, siedeln, Verteidigungsstellung. All dies spielt auch bei den modernen Nachfahr(er)Innen mit. Die Möglichkeit, sich in eine kollektive Wohnform einzuklinken, bzw. diese zu schaffen, bietet den Vorteil, ein Höchstmaß an Individualität mit den positiven Seiten des Zusammenlebens zu verbinden. Dies auch mehr als beispielsweise in einem besetzten Haus, (...). Kommen unlösbare Konflikte auf, verliert mensch nicht gleich das Dach über dem Kopf, denn es kann mitrollen.«[8]

Im Dezember 1990 fand in Hamburg im Rahmen der Internationalen Häusertage (ein Kongreß von HausbesetzerInnen und WagenburgbewohnerInnen) das 1. internationale Wagenburgtreffen statt. Dort konkretisierte sich die Idee eine internationale - vorerst auf die Bundesrepublik und die Schweiz begrenzte - Wagenburgzeitschrift zu machen, die als »Infoaustausch, Diskussionsinfo, Tauschbörse« genutzt werden sollte.[9]

VOGELFRAI

Im Februar 1991 erschien die erste Ausgabe der VOGELFRAI.[10] Als »Fachschrift für Wagenwesen« (Untertitel) wurde sie von mehreren Wagenburggruppen aus verschiedenen Städten während des 2. internationalen Wagenburgtreffens in Wiesbaden produziert.

»Wichtig für uns ist der Infoaustausch, um kontinuierlich voneinander zu hören, sich aufeinander zu beziehen, zu agieren, auf Sachen, die uns alle angehen, zu reagieren (z. B. Räumung).«[11]

VOGELFRAI. Quelle: BD-Archiv, Münster

Mit dem Ziel, andere Plätze und Leute kennenzulernen, sich zu vernetzen, fanden von nun an etwa alle drei bis sechs Monate jeweils auf einem anderen Wagenburgplatz bzw. in einer anderen Stadt, u.a. in Hannover, Kassel, Bremen, Cuxhaven, Heidelberg, Berlin, Münster und Tübingen die Wagenburgtreffen statt. Die VOGELFRAI diente und dient dabei zur Vor- und Nachbereitung der Treffen, aber vor allem dem allgemeinen Informationsaustausch.

Die nicht immer numerierte Bewegungszeitschrift erscheint bis heute mit einem Umfang von 60 bis 68 DIN A4 Seiten, zum Teil mit handschriftlich verfaßten Texten, mit Presseartikeln, vielen Zeichnungen und kopierten Fotos aus den Wagenburgen.

»Der Duft von Freiheit und Abenteuer« (Untertitel Nr. 4, Jan. 1992) legte sich seitdem über das Land und die VOGELFRAI publizierte und publiziert bis heute zahlreiche »Beiträge zur Theorie und Praxis des Wagenlebens« (Untertitel Nr. 5, April 1992). Hier wurde über Räumungen berichtet und zu Demonstrationen gegen drohende Räumungen mobilisiert, hier wurden praktische Tips dokumentiert, etwa zur »Krankheitsbehandlung mit ätherischen Ölen« (Nr. 5, S. 9), zum Bau von »Plumsklos«, zu technischen und juristischen Problemen oder wie und wo Bauwägen oder Traktoren zu beschaffen sind. Vor allem stellten und stellen sich hier die verschiedenen Wagenburgen selbst vor. So zum Beispiel die Münsteraner Wagenburg:

»Irgendwie fing alles im April '91 an. Im jugendlichen Leichtsinn übernahmen fünf Leute eine Bundesbahnwiese zur Pacht und legten sich Wagen zu. Nach heftigem Ausbau und drei Wochen sahen wir uns jedoch Hundefänger, Ordnungsamt, Bullizei und Bahncops gegenüber, die meinten, das es jetzt aber genug sei und Flächennutzungsplan, artgerechte Tierhaltung und überhaupt. Unwissend und blauäugig wie wir waren, sind wir eine Woche nach Räumungstermin zehn Kilometer weitergezogen.«[12]

In jeder VOGELFRAI wurde ein ständig aktualisierter Adressteil veröffentlicht, in dem z. T. über 100 untereinander vernetzte Wagenburgen in Städten und Dörfern im In- und Ausland auszumachen sind.

VOGELFRAI dokumentiert bis heute ein Stück »gelebte Utopie«. Sie ist ein Sprachrohr, mit dem sich »die Geschwister vom frei rollenden Reifen an die innere und äußere Öffentlichkeit wenden, und das A in FRAI steht sicher nicht zufällig im Kreis.«[13]

Anmerkungen

Bei diesem Artikel handelt es sich um einen Auszug aus der von der Philosophischen Fakultät der Universität Münster angenommenen Dissertation von Bernd Drücke, die voraussichtlich im Aug./Sept. 1998 unter dem Titel »Zwischen Schreibtisch und Straßenschlacht? Anarchismus und libertäre Presse in Ost- und Westdeutschland« im Ulmer Verlag Klemm & Oelschläger erscheinen wird, ca. 640 S., 59,80 DM, ISBN: 3-932577-05-1.

1 VOGELFRAI - Spaß dabei, in: Ralf G. Landmesser (Hrsg.), Kalenda Anarchistischer Taschenkalender 1993, Schwarzrotbuchverlag Berlin, 1992, ohne Paginierung.
2 Vgl. Leben auf Rädern, Auszug aus der Diplomarbeit von Heike Kleinke (1993) für den Fachbereich Sozialpädagogik in Frankfurt/Main, in: Klaus Bischoff, Georg Knoll: Tanz aus der Wohnhaft - Leben in Bauwägen, Packpapier Verlag, Osnabrück 1996, S. 6 ff.
3 Ebd.
4 Ebd.
5 Ebd.
6 Ebd.
7 Vgl. Wagenburg Duisburg, Vogelfrai wollen wir sein!, in: VOGELFRAI nicht numeriert, o. O., Januar 1994, S. 30
8 Ebd.
9 Vgl. Vorwort, in: VOGELFRAI Nr. 0, Wiesbaden, Stuttgart u.a., Feb. 1991, S. 2.
10 Vgl. VOGELFRAI, in: na warte! Nr. 3, Münster, Mai 1991, S. 22.
11 Vorwort, in: VOGELFRAI Nr. 0
12 Wagenburg Münster, in: VOGELFRAI Nr. 4, Kassel, Jan. 1992, S. 12.
14 VOGELFRAI - Spaß dabei, o.S.

Staatsschutzermittlungen in Tübingen

In der Ermittlungsakte gegen die 18 TübingerInnen konstruiert das BKA einen direkten Zusammenhang zwischen der Gründung des bundesweiten Treffens antirassistischer Gruppen im Herbst 92 und dem ersten Anschlag auf das Tübinger Regierungspräsidium am 1.März 93 sowie anderer Anschläge und militanter Aktionen in anderen Städten (Berlin, Göttingen, Bonn...) aus dieser Zeit. Die TeilnehmerInnen dieses Treffens hätten "unter Führung des Antirassismus-Büro Bremen" diese "Anschlagserie" gemeinsam geplant. Der Tübinger Anschlag sei der bundesweite Auftakt der "Anschlagserie" und der damaligen "Anti-Lager-Kampagne" gewesen.

Diese skandalöse Verknüpfung zwischen öffentlicher Organisierung gegen den staatlichen Rassismus und militanten Aktionen ist in Tübingen eine Grundlage für die Konstruktion der Verdächtigung von allen Mitgliedern verschiedener in der Öffentlichkeit arbeitender Gruppen.

Staatsschutz - Ermittlungen in Tübingen. Die X-te Episode

Was ist passiert?

Am 14.7.97 wurde ein Brandanschlag auf Fahrzeuge des Tübinger Regierungspräsidiums verübt. Bei der Landespolizeidirektion Tübingen wurde daraufhin eine Sonderkomission eingerichtet. Etwa 14 Tage später gab es in diesem Zusammenhang eine Hausdurchsuchung bei X, einem 35-jährigen Tübinger.

Gefunden wurde nichts, das Verfahren wurde einige Zeit später eingestellt.

Auf beharrliches Drängen seines Anwalts wurde die Akte zum Ermittlungsverfahren gegen X widerwillig ausgehändigt.

Aus den Akten ergibt sich, daß die Sonderkomission zunächst gegen 280 Personen ermittelte, die sie wohl alle dem linken Spektrum in Tübingen/Reutlingen zuordnet. Aus diesen 280 Personen wurden mittels eines Rasters 18 Personen herausgefiltert, von denen die Sonderkommision behauptet "... Bei der verbliebenen Zielgruppe muß es sich um die Tätergruppe handeln."(vgl. Schwäbisches Tagblatt vom 2.5.98). Der einzige aus den Akten hervorgehende Anhaltspunkt für die Erstellung des Rasters war das Bekennerinnenschreiben: Aus der politischen Argumentationsweise und aus der verwendeten Sprache wurden "Täter- und Täterinnen"-Merkmale abgeleitet, so z.B., daß die "Täter bzw. Täterinnen" in den 50er, bzw. 60er Jahre geboren sein müssen. Die Spurenauswertung war noch nicht abgeschlossen, als die Sonderkomission wenige Tage nach dem Anschlag eine Hausdurchsuchung bei den 18 Personen aus Tübingen und Reutlingen durchführen wollte. Unter den 18 Personen befinden sich auch die Anwälte Franz Spindler und Axel Oswald. Axel ist der Anwalt von X. Begründet wurden die Ermittlungen gegen die Rechtsanwälte unter anderem damit, daß sie sich im Asylrecht engagieren. Bei ihren eigenen Vorgesetzten bei der Staatsanwaltschaft erhielten die Sonderermittler eine Abfuhr. Oberstaatsanwalt Weller weigerte sich, beim Amtsgericht eine Hausdurchsuchung bei den 18 Personen zu beantragen.

Offensichtlich war selbst ihm das polizeiliche Verdachtskonstrukt zu diffus und unhaltbar.

Die angebliche "Täter/innengruppe"

Zu den als tatverdächtig eingestuften 18 Personen gibt es jeweils 1 bis 1,5-seitige Kurzdossiers. In ihnen sind fast ausschließlich öffentliche Veranstaltungsbesuche und Demo-Beteiligungen sowie in einzelnen Fällen geringfügige "Straftaten" aufgelistet, die zum Teil 10 und mehr Jahre zurückliegen.

Weiter wird in der Akte ein Zusammenhang zwischen der "Tat" und der Mitarbeit in bestimmten öffentlich arbeitenden politischen Gruppen nahegelegt, nämlich dem "Komitee gegen die Bezirksstelle"(KGB), dem "Projekt Zuflucht", der "Initiative für die Freiheit der politischen Gefangenen" und dem "Bündnis gegen Abschiebehaft". Alternativ zur angeblichen oder tatsächlichen Mitarbeit in einer der genannten Gruppen wird auf ziemlich beliebige Weise das Engagement in den "szenetypischen" Politikfeldern als Verdachtsmoment genannt: Hausbesetzer/innenbewegung, Anti-Atom-Bewegung, Antifa, Kurdistansolidarität, Wagenburg und Kontakt zu politischen Gefangenen.

Höchst interessant fanden wir auch die Behauptung, die 18 Personen bildeten ihrerseits eine feste Gruppe und hätten den Anschlag gemeinsam vorbereitet und durchgeführt. Zitat: "Bei der verbliebenen Zielgruppe muß es sich um die Tätergruppe handeln, der Tatbeitrag der einzelnen Personen ist beim jetzigen Stand der Ermittlungen nicht einzuschätzen." Macht nichts, denn "es dürfte sich jedoch um eine gemeinsam geplante und von allen subjektiv getragene Tat gehandelt haben". Nachdem die obengenannten Kurzdossiers bereits verfaßt waren, holte die Tübinger Sonderkomission vom Verfassungsschutz sowie vom Bundeskriminalamt (BKA) bewertende Stellungnahmen ein.



Foto: Marrie Bot

Der Verfassungsschutz kam dabei zu der "Erkenntnis", daß der "Täter/innenkreis" zumindest teilweise in der "Initiative für die Freiheit der politischen Gefangenen" zu suchen sei. Zur Begründung wird angeführt, daß ein Abschnitt im Bekennerschreiben, der eingeleitet wird mit "Ein paar Anmerkungen zum Schluß" und sich inhaltlich auf RAF, bewaffneter Kampf und militante Linke bezieht, mehr als die Hälfte des Textes ausmache. So einfach ist das. Das BKA stellt in seinem Gutachten demgegenüber die These auf, daß Mitglieder des Komitee gegen die Bezirksstelle für den Anschlag verantwortlich seien. Auf-

grund der Tatsache, daß sich das "KGB" seit 1992 in einem bundesweiten Zusammenschluß antirassistischer Gruppen organisiert, schlußfolgert das BKA messerscharf eine Tatbeteiligung von KGB-Mitgliedern am ersten Anschlag auf Dienstfahrzeuge des Regierungspräsidums Tübingen vom 1.März 1993 und somit auch eine Beteiligung im Juli 1997. So einfach ist das.

In den Akten werden weiter das Cafe Nepomuk, die Schellingstraße/Infocafe und der Provenceweg/Verein für gemeinschaftliche Wohn- und Lebensformen als Szenetreffpunkte erwähnt. Über die Schellingstraße gibt es einen detaillierten Plan in den Akten über die Zu- und Abfahrtswege und die Räumlichkeiten im Haus.

(Ein paar Kostproben aus der Staatsschutzkartei:

"- 28.10.1983: Teilnahme an einer Protestkundgebung und Demonstration gegen die US-Invasion auf Grenada.
- 1987 wurde PKW von Frau X. bei Veranstaltungsreihe "Profan" ("für eine Gesellschaft ohne Knäste") im Raum Tübingen/Reutlingen festgestellt.
- 14.4.89: Beendigung der Stiftskirchenbesetzung in Tübingen am Holzmarkt mit anschl. Kundgebung zum Thema "Hungerstreik". Unter den Teilnehmern dieser Veranstaltung war auch X.
- 9.3.90: Teilnehmer einer Demonstration "Freiheit für Günther Sonnenberg und andere haftunfähige Gefangene.
- 19.5.90: X. war Teilnehmer der Demonstration gegen das neue Ausländergesetz.
- 1995: X. nahm mehrfach an Demonstrationen und Aktionen der autonomen Szene vor der "NPD-Villa" in Eningen teil.
- 15.7.95: Teilnahme an der Demonstration "Bundesweite Aktionswoche gegen die Abschiebemaschinerie - Schließung des Abschiebeknastes" in Rottenburg.
- 1996/97: Leserzuschriften zur Asyl- und Abschiebepraxis "Projekt Zuflucht"
- 25.2.97: Fahrzeug der Mutter von X. wird im Zusammenhang mit Aktionen gegen Castortransport festgestellt.
- 15.7.97: (einen Tag nach der Tat) Abmeldung nach Stuttgart
- X. wohnt in unmittelbarer Tatortnähe.

(das waren einzelne Ausschnitte aus den "Kurzdossiers" über die 18 Personen.)

Wir,

die 18 sogenannten "Tatverdächtigen", stellen zu diesen Vorgängen fest:

Tatsächlich sind wir alle geboren, und ein Teil sogar in den 50er bzw. 60er Jahren. Die Mehrheit von uns arbeitet seit mehr als 10 Jahren kontinuierlich in verschiedenen politischen Gruppen in Tübingen und/oder Reutlingen. Einige auch in den Gruppen, die in den Akten erwähnt sind. Andere wiederum stehen mit diesen Gruppen in keinem Zusammenhang, oder sind schon seit Jahren nicht mehr aktiv. Manche sind später dazugekommen. Manche von uns kennen sich nicht einmal persönlich! So stimmt die Zusammensetzung der "Gruppe von Hauptverdächtigen" noch nicht einmal mit den von der Sonderkomission selbst aufgestellten Rasterkriterien überein, dennoch gehen wir nicht von Zufälligkeiten bei ihrer Zusammenstellung aus.

Aus der Geschichte politischer Ermittlungsverfahren gegen Linke ist bekannt, wie Verfolgungsbehörden Gruppen, sprich "kriminelle Vereinigungen", konstruieren. Der Konstruktion einer solchen Gruppe liegen so gut wie nie juristische Beweise oder Indizien, sondern in den meisten Fällen politische Überlegungen zugrunde. Ziel dabei ist es, linke Politikansätze, Zusammenhänge oder Strukturen zu bekämpfen, zu schwächen, zu lähmen. Je größer das Spektrum derer, die mit Kriminalisierung bedroht und in einen nichtexistierenden Gruppenzusammenhang gepreßt werden, desto genereller die Abschreckung einerseits und desto schwieriger, so das zugrundeliegende Kalkül, die gemeinsame Gegenwehr andererseits. Mit der Wirklichkeit haben diese Gruppenkonstruktionen nichts zu tun. Dies gilt auch für unseren Fall.

Auch wenn es sich in unserem Fall erstmal "nur" um eine beantragte Hausdurchsuchung geht: Die Drohung, die mit diesem Ermittlungsverfahren ausgesprochen wird, ist eindeutig. Es passiert irgend etwas irgendwo in Tübingen und alle oder Teile der 18 Personen sind "dran". Und mit ihnen sollen die Gruppen, in denen sie arbeiten, unter Druck gesetzt und ein Klima der Einschüchterung produziert werden. Die Gruppenarbeit soll durch den Zwang, der Repression entgegenzutreten, gelähmt werden. Die politische Basisarbeit könnte so zerstört werden, lokal in Tübingen/Reutlingen momentan diejenige gegen den Abschiebeknast in Rottenburg, die staatliche Flüchtlingspolitik, die Castortransporte,...- um nur einige Beispiele zu nennen.

Als weiteres Motiv für das Ermittlungsverfahren sehen wir den Erfolgsdruck der Fahndungsbehörden. In den vergangenen zwei Jahrzehnten sind viele militante Aktionen in der Region gelaufen, die bis heute nicht aufgeklärt werden konnten. Immer gab es auch die Auseinandersetzung um verschiedenste Widerstandsformen und um bewaffnet/militant kämpfende Gruppen. Nicht zuletzt deshalb waren in Tübingen 1991/92 zwei verdeckte Ermittler eingesetzt worden. Der damalige Einsatz endete für die Verantwortlichen juristisch und politisch mit einem Schlag ins Wasser. Aber wie '92 bereits von den Betroffenen vermutet, stellen die dabei völlig unkontrolliert angehäuften Datenberge für einige von uns, die damals schon Zielpersonen des Verdeckten-Ermittler-Einsatzes waren, heute eine neuerliche Bedrohung dar.

Und darin liegt allgemein wohl das dritte Motiv der Staatsschützer: Sammeln, sammeln, konstruieren, irgendwann wird's schon mal passen. Der völlig unbewiesene Verdacht von heute wird so zum ersten Ermittlungsansatz Jahre später.

Was tun?

Wir alle werden Antrag auf Akteneinsicht stellen. Außerdem werden wir an die Presse gehen und die Öffentlichkeit informieren.

Diejenigen von uns, die politisch organisiert sind, werden ihre Politik weiterführen.

Wir lassen uns weder bedrohen, noch lassen wir uns den Mund verbieten, noch hören wir auf, uns da zu engagieren wo wir es für notwendig halten.

Was vordergründig uns gilt, gilt in zweiter Linie allen zur Abschreckung.

Macht euch Gedanken darüber, wie ihr euch im Falle einer Hausdurchsuchung oder Zeugen-/Zeuginnenvorladung verhalten wollt. Wir wollen den Teufel nicht an die Wand malen; aber es ist immer besser, sich grundsätzlich Gedanken über diese Fragen zu machen und nicht zu warten, bis der Staatsanwalt vor der Türe steht.

V.i.S.d.P.: TÜV (Tübinger übliche Verdächtige), Im Datenspeicher 1,

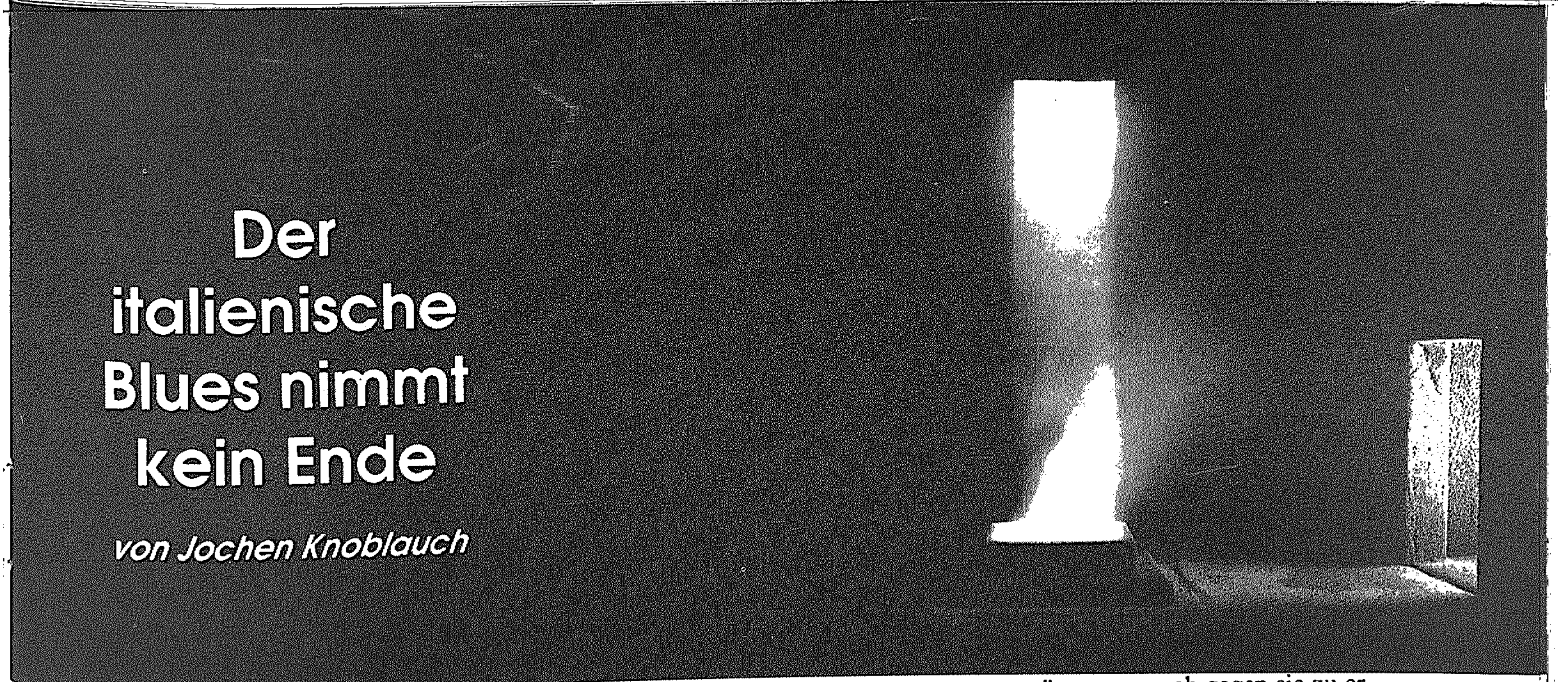


Foto: Thierry Urbain

Der italienische Blues nimmt kein Ende

von Jochen Knoblauch

In Italien drohen neue Verhaftungen

Seit dem 26. 6. 1998 "kursiert" eine Liste mit sechs Namen, gegen die ein Ermittlungsverfahren in Italien wegen "Beteiligung an einer bewaffneten Bande" sowie einer "subversiven Vereinigung mit terroristischen Ziel" eingeleitet worden ist.

In Deutschland weitgehend ignoriert ist diese staatsanwaltschaftliche Aktion nun ein erneuter Versuch AnarchistInnen zu kriminalisieren. Unsere Befürchtungen, daß auch die deutschen hochgerüsteten Anti-Terroreinheiten sich neue Arbeitsfelder suchen könnten, scheinen sich zu bestätigen. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann die Deutschen hier in das Geschehen eingreifen. Eine der sechs Betroffenen, gegen die jetzt in Italien ermittelt wird ist eine gebürtige Deutsche, die lange in Italien lebte, und somit sind nun auch wir in dieses Spektakel der italienischen Justiz involviert, wobei niemand weiß, was denen nicht noch alles einfällt.

Ein kurzer Blick zurück

Seit September 1996, wo ca. 300 Beamte der ROS (Sondereinheit der römischen Carabinierri) in ganz Italien Hausdurchsuchungen und zahlreiche Verhaftungen durchführten, versuchen der Richter Marini und die Staatsanwälte Ionta und Vigna militante Anarchisten zu kriminalisieren, sie als "terroristische Vereinigung" (wofür es nicht einmal einen Namen gibt) u.ä. hinter Gitter zu bringen. Weder Waffen noch größere Mengen von Geld oder Erklärungen/Bekennerschreiben etc. wurden je gefunden.

Dazu kommt eine psychisch-labile Ex-Freundin eines Angeklagten, die sich als Kronzeugin in Widersprüche verstrickt.

Im Juli 1997 taucht bei dem unabhängigen Radio "Black out" ein internes Papier der ROS auf, in dem ziemlich detailiert dargestellt wird, wie diese Sondereinheit die anarchistische Szene in Italien zu kriminalisieren gedenkt. Die Polizei erklärt dieses Papier als gefälscht, die Untersuchungen darüber übernehmen dieselben Beamten, die in dem Papier die Strategie gegen die AnarchistInnen entworfen haben.

Anfang November 97 werden Alfredo Bonanno und Emma Sassosi aus der U-Haft entlassen, später auch Jean Weir. Der Justiz gehen langsam die Beweise aus. Dafür erfolgt nun die neuerliche Offensive. Konstrukte ohne Hand und Fuss, aber mit dem scheinbaren Erfolg die militante Szene in Italien zu verunsichern, zu spalten.

Zur aktuellen Situation

Abgesehen von der Tatsache, daß immer noch Leute im Gefängnis sitzen, der Prozeß immer noch läuft, und, obwohl einige zwischenzeitlich entlassen wurden, aber weiterhin mit Repressionen rechnen müssen, wurden nun gegen sechs Leute Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die betroffenen sind ProzeßbeobachterInnen sowie FreundInnen und Verwandte der Angeklagten. Diese Tatsache scheint der italienischen Justiz zu genügen, um auch gegen sie zu ermitteln. Hier sollen die FreundInnen, Verwandten und UnterstützerInnen kriminalisiert werden um jede Form - und sei sie noch so gering - von Solidaritätsarbeit zu unterbinden. Die meisten der Betroffenen wußten gar nichts davon.

Aus der bisher abgelaufenen Farce und den abenteuerlichen Konstrukten, die, wenn sie nicht so verheerend für die Betroffenen wären, könnten Stoff für einen schlechten Krimi abgegeben, muß das Schlimmste befürchtet werden. Die Hysterie der italienischen Justiz nimmt an Gefährlichkeit zu.

Die anarchistische Öffentlichkeit in Deutschland schweigt bisher zu all diesen Vorfällen, und spielt somit der italienischen Justiz in die Hände. Wir sollten nicht wieder darauf warten, bis wir persönlich betroffen sind.

Ein offener Brief einer Betroffenen

»Liebe GenossInnen,
dass der Prozess in Rom gegen zahlreiche AnarchistInnen kein Prozess gegen die Ideen ist, von dem überzeugt uns die Staatsanwaltschaft Ionta & Co. immer mehr.

Als letztes Beweismittel dafür wurde uns ein neues juristisches Konstrukt vorgelegt, das dieses Mal sogar Familienangehörige und LebenspartnerInnen von Gefangenen miteinbezogen sieht. Diese werden schön in Reih und Glied, neben inhaftieren und (noch) nicht inhaftierte AnarchistInnen gestellt.

Eine Neuigkeit kommt jedenfalls hinzu: dieses Mal wurde ein Ermittlungsverfahren nicht (nur) gegen die

Ideen der AnarchistInnen eingeleitet, sondern auch gegen die Gefühle. Wie wir ja alle wissen, ändern sich die Zeiten. Dies auch in einem Land wie Italien, das für Leute wie mich,die aus nordischer Mentalitaet stammen, "das" Land darstellte, in dem der familiäre Zusammenhalt an erster Stelle stand und oft selbst vom Gesetz gerechtfertigt wurde (man denke dabei an das juristische Verständnis bei Delikten die im Zusammenhang der sogenannten Familienehre stehen, wie das der Fall bei Delikten der Eifersucht usw. ist). Einzelne deutschsprachige GenossInnen würden mich vielleicht darauf hinweisen wollen, dass Italien ein Land ist, in dem das Patriarchat vorwiegend herrscht und daher der Mann sowieso immer im Recht ist. Diese Meinung habe ich jedoch noch nie geteilt, und werde sie auch weiterhin nicht teilen.

Nun wie gesagt, die Zeiten ändern sich auch in Ländern wie Italien. So entdeckt man, dass es zum Delikt wird, oder zumindest sehr verdächtig ist, wenn eine Schwester ihrem Bruder aktiv ihre Liebe zeigt. Wie kommt die gute Frau darauf, ihrem inhaftiertem Bruder moralisch beizustehen? Was für eine Frechheit sie sich dabei herausnimmt! Im übrigen, anstatt ihren Bruder dafür zubestrafen, dass er zu so "bösen" Ideen neigt, fällt ihr auch nichts Besseres ein, als im Gerichtsaal ein paar Worte mit den Leuten zu reden die den Prozessen ihres Bruders beiwohnen, und zu gleichwertig "bösen" Ideen neigen könnten wie er.

Ein Liebesverhältnis zu einer Person mit anarchistischer Identität zu haben,ist das Delikt an sich. Eine Anarchistin oder einen Anarchisten zu lieben bedeutet die Teilnahme an Delikten wie das einer (obendrein nichtexistierenden) bewaffneten Bande, wusstet ihr das nicht? Der Staatsanwalt Ionta, belehrt uns darüber.

Was die drei AnarchistInnen betrifft, die sich zusammen mit Familienangehoerigen und Liebesbeziehungen einzelner Gefangenen mit einem Ermittlungsverfahren wegen "subversiver Vereinigung mit terroristischem Ziel" - "Bewaffneter Bande" und anderen Delikten konfrontiert sehen, kann nur das wiederholt werden, was wir seit Jahren in alle Windrichtungen schreien: eine Anarchistin oder Anarchist, ist zu bestrafen alleine für die Tatsache, dass sie oder er AnarchistIn ist. Naja, dass das nicht ganz so ist, das wissen wir. Es gibt nämlich die "guten" und die "bösen" AnarchistInnen. Die "Guten" sind diejenigen, die sich darauf begrenzen der heldenreichen Vergangenheit nachzutrauern, diejenigen die ganz bewusst die aktuelle (auch repressive) Situation ignorieren, diejenigen die sich am Wochenenden auf einen Drink treffen, um über die überholte Vergangenheit zu theoretisieren. Die "Bösen" hingegen, sind diejenigen die die Frechheit besitzen die aktuellen Schweinereien des Staates publik zu machen. Es sind diejenigen, die den Prozessen gegen die "Bösen" beiwohnen und die es tatsächlich auch noch wagen eine Besuchserlaubnis mit diesen einzuholen...

Für Leute die geistig so armselig sind, wie die StaatsdienerInnen, gibt es nur zwei Gründe warum man daran interessiert sein könnte, eine Genossin oder einen Genossen im Gefängnis zu besuchen. Der eine Grund ist, dass die beiden Individuen wegen der gleichen subversiven Ideen verbunden sind und daher, wer weiss was für "Geheimnisse" austauschen wollen, daher müssen sie erst belauscht und dann bestraft werden. Sollten die beiden Individuen den verdrehten und fantomatischen Erwartungen nicht entsprechen, dann könnte der andere Grund nur der sein, dass sie eine Gefühlsbeziehung haben und gehören somit auch bestraft, wie oben schon dargestellt. In diesem Falle muss ihnen das Leben schwer gemacht werden, dies in der Hoffnung, dass aussenstehende Probleme jegliche affektive Vitalität töten. Dies müsste, mehr oder weniger, den miserablen Ideen der ErmittlerInnen entsprechen.

Es gibt jedoch noch einen dritten Grund, den ich hier sicherlich nicht erklären werde, bewusst darüber, dass jegliche Genossin oder jeglicher Genosse, der über Wuerde und Mut verfügt, ihn selbst kennt und daher weiss, dass es keine Worte dafür gibt für etwas, was nur den AnarchistInnen und RevolutionaerInnen angehört. Ein etwas, dass auf der Suche nach Definitionen nur getötet würde.

Die Bekanntmachung eines Ermittlungsverfahrens als solches, ist an sich nichts, was zur Panik führen muss oder dramatisiert zu werden braucht. Interessant hingegen ist der Aspekt der die Effekte betrifft, die von so einem Verfahren ausgelöst werden. Nicht mehr in ein Land oder eine Stadt gehen zu können, in denen man ein soziales Umfeld und affektive Beziehungen hat, ist eine "andere Form" der Gefangenschaft. Die "Formen" des Gefängnisses Europa, sind nun um einiges subtiler als vorher. Es gibt keine Mauern mehr die sich abreissen oder sprengen lassen. Heute sind die Grenzen, die auf den ersten Blick offen scheinen, nur weniger sichtbar, nicht berührbar und treffen an erster Stelle diejenigen die zur Revolte neigen; dies unabhängig davon, wie bewusst revoltiert wird oder inwiefern sie aus den immer schwierigeren Lebensbedingungen des einzelnen ausgeschlossenen Subjekts entsteht und daher, spontan und emotionell, zu Stande kommt. Subjekte von Italien fernzuhalten zeigt deutlich welchen grossen Störfaktor das Interesse und die Präsenz ausländischer GenossInnen dargestellt hat. Wiesehr es gestört hat, dass das juristische Konstrukt "Marini", die Angelegenheiten in Mailand, Turin und Spanien die jeweiligen Grenzen überschritten hat...

Ich würde mir wünschen, dass wir unsere Projekte nicht von der Repression und ihren Zeiten bestimmen lassen. Es ist mir bewusst, dass mir viele von euch Nahe stehen, also braucht es keine unnötigen Worte. Das was zu sagen war, haben wir schon in tausend Sprachen und tausend Formen gesagt. Wer bis heute noch nichts verstanden hat, will einfach nicht verstehen.

Daniela Carmignani
München, 27.06.98

Solidarität jetzt!

Infos über:
Solidaritätskommitee Italien
c/o LIZ
Karolinenstr. 21 / Haus 2
20357 Hamburg

Zu den Vorfällen in Italien gibt es an Literatur:

Die R.O.S. sind entblösst - Wie ein italienisches SEK eine Anklage konstruiert 48 Seiten / 4,—DM

außerdem die Zeitschrift AUSBRUCH (erhältlich über das Solidaritätskommitee Italien für 3,—DM plus Porto)

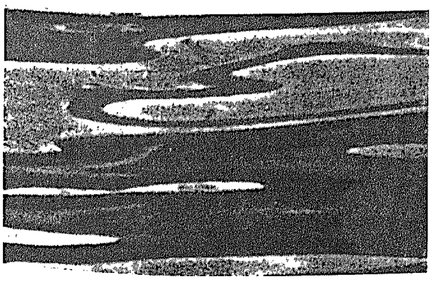
und in gutsortierten Info- und Buchläden gibt es die Broschüre: Alfredo Bonanno; Die bewaffnete Freude. Kolkraben Edition / 44 S. / 6,—DM



Kurzes

Eigentum ist Diebstahl meinteeinmal der französische Anarchist Proudhon, Johann Most beschäftigte sich mit dem Thema in seinem Artikel "Die Eigentumsbestie". Die anarchistische Tradition ist demnach recht eindeutig, trotzdem meinen nun ein paar von der US-Libertarian Party angesteckte sogenannte "Anarcho-Kapitalisten", dass "Eigentum der Schlüssel der Freiheit" sei und gründeten ihre neue Zeitschrift "eigentümlich frei". Ein seltsames Blatt, das vom Anarchismus nur die Staatsgegenerschaft verstanden hat und keine Beachtung verdient, auch wenn es auf den SF hinweist und uns eine bezahlte Anzeige geschickt hat.

woh



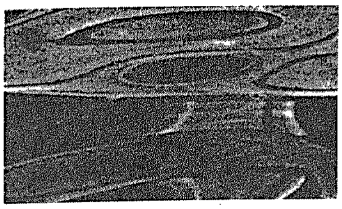
Heinrich Friedetzky, Mitglied der Schwarzen Scharen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus und anarchistischer Spanienkämpfer ist im Mai im Alter von 88 Jahren gestorben. Wir werden in einer der kommenden Ausgaben des SF Auszüge aus einem ausführlichen Interview mit ihm bringen.

woh



Bildungssyndikat der FAU/IAA wird vom 20.-22.11.98 in Berlin gegründet.

woh



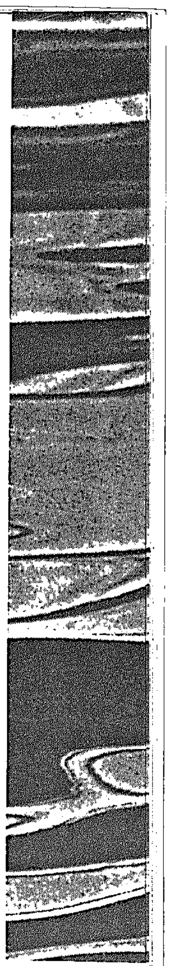
FICEDL-Treffen in Paris: **Anarchie und Film**. Am 9.11.97 fand in Paris das letzte Treffen der anarchistischen Archive und Dokumentationszentren statt. Einziges Archiv aus Deutschland ist leider das Anarchiv Horst Stowassers aus Neustadt (früher Wetzlar). Leider - weil gerade dieses Archiv seit fast 10 Jahren nicht mehr funktioniert, da das gesamte Projekt falsch angegangen wude. Erst soll die ökonomische Basis stehen , dann könnte geöffnet werden. Eine Anspruch, der erst mit dem Projekt A formuliert wurde, da früher das Anarchiv offen war und ab und an sich ein Genosse fand, der etwas systematisierte, andere das Vorhandene bereits nutzen konnten.

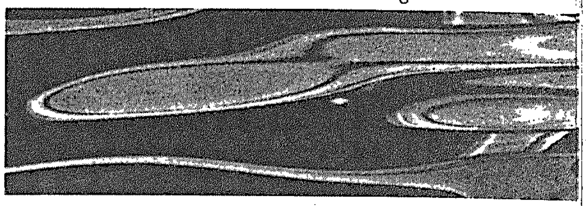
Auch heute sind kleinere anarchistische Archiv in Berlin, Bielefeld und Köln ohne ökonomische Grundlage und ohne ein Angebot eines (oder mehrerer) sicherer Arbeitsplätze wöchentlich zugänglich. So auch im "Ausland". Mit wenigen Ausnahmen krebsen alle Anarchive finanziell durch die Jahre, schaffen es aber, Brennpunkte mit relativer Resonanz darzustellen. Brennpunkte in der Hinsicht, dass einerseits Informationen, Zeitschriften, Bücher, nachlässe, Devotionalien jeglicher Ausprägung eingehen und andererseits BesucherInnen mit gefundenen Informationen, Anregungen, Kontakten von dort wieder weggehen. So nebensächlich anarchistische Bibliotheken scheinen mögen, bilden sie doch mit die dauerhaftesten Infrastrukturpunkte im anarchistischen Blütenstand.

Anarchie und Film war das Schwerpunktthema auf dem letzten Treffen. Ein Pariser Genosse berichtete über die Schwierigkeiten, Informationen über Filme bzw. die Filme selbst, die sich mit anarchistischen Inhalten oder AnarchistInnen auseinandersetzen, für das Archiv zu bekommen. Z.B. forderte SWF 3 DM 5000.- für das Recht, den Rudolf Rocker-Film für die Dauer von 5 Jahren in französisch-sprachigen Ländern verbreiten zu dürfen. Auch ehemalige Medienwerkstätten gehören bisweilen - nach dem Austritt ihrer Gründungsmitglieder - zur Abzockerbranche. Wichtigstes Resümee der Tagung bleibt jedoch, dass alle Interessierten aufgerufen sind, Informationen zu Filmen, Videos etc., die sich explizit oder im weitesten mit Anarchie beschäftigen an einer der folgenden Adressen weiter geben:

CIRA, Av. de Beaumont 24, CH-1012 Hans Lausanne
Publico, 145, Rue Amelot, F-75011 Paris

Hans Müller-Sewing

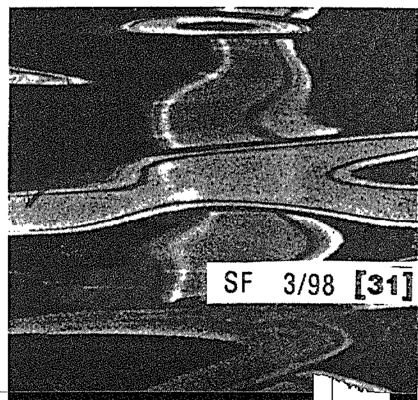




Erich-Mühsam-Tagung in Malente. Vom 22.-24.5. fand die diesjährige Tagung der Erich-Mühsam-Gesellschaft unter dem Stichwort Mühsam und die Boheme statt.

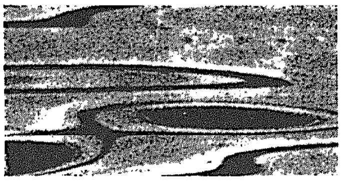
Aus gesundheitlichen Gründen konnte der Traven-Forscher Rolf Recknagel (Leipzig) leider nicht an der Tagung teilnehmen. Ihn vertrat Wolfgang Kroeske (Berlin),der sich in seinem assoziativen Vortrag mit dem Ziegelbrenner, sprich Marut/Traven beschäftigte. Kurt Kreiler (München), beleuchtete, begleitet von Chris Hirte (Berlin), dem Herausgeber der Mühsam-Tagebücher Mühsams Bohemezeit.

Wolfgang Haug (Grafenau) stellte



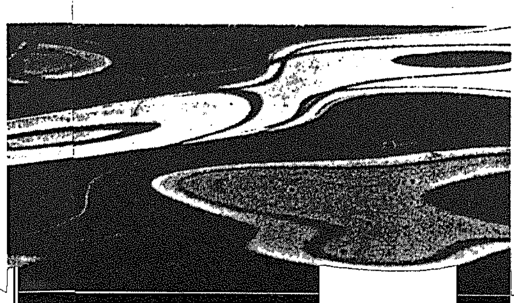
Mühsams Zeitschrift KAIN inhaltlich wie in ihren politischen und finanziellen Rahmenbedingungen vor. Martin Langner erzählte über Mühsams Freundschaft zu Peter Hille und die gemeinsamen Unternehmungen in und für das anspruchsvolle, künstlerische Cabarett. Das Abendprogramm bestritt Klaus E. Diedrich (Berlin) mit seiner satirischen Revue, die Erich Mühsam vorstellt und zitiert. Die Beiträge werden zusammen mit denjenigen des Vorjahres im kommenden Heft der "Schriften der Erich-Mühsam-Gesellschaft" abgedruckt werden. In der 2.Auflage nachgedruckt wurde gerade Heft 3 mit Beiträgen von Hubert van den Berg zu Mühsam und die Frauenfrage und Wolfgang Haug zu Expressionismus und Anarchismus. Kontakt: EM-Gesellschaft, c/o Horst Krause, Am Brink 2, 23564 Lübeck

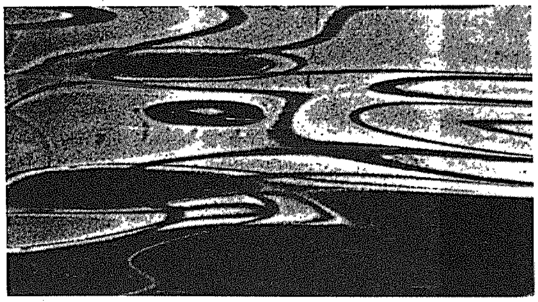
ac



Seit Mai und bis September findet in München die Ausstellung **"Schwabing - Kunst und Leben"** im Münchner Stadtmuseum statt. Diese Ausstellung, aufgeteilt in zwei Bereiche des Stadtmuseums stellt das Leben der Münchner Boheme in der Kaiserzeit vor dem 1.Weltkrieg dar, bezieht Ascona und anderes mit ein und gibt ein überaus lebendiges Bild vom damaligen Leben aller Aussenseiter, ob sie nun Künstlerinnen, Zeichner, Fotografen, Schriftsteller, Maler, Modelle, Schauspielerinnen waren. Anhand von Insiderberichten, nämlich den Tagebüchern von Franziska von Reventlow und Erich Mühsam sowie dem Schwabing-Archiv des Simplicissimus-Zeichners Rolf von Hoerschelmann wurde die Ausstellung aufgezogen. Man spürt die Lust am Leben, vor der Ausstellung sollte mensch sich einige Seiten aus Mühsams Tagebuch aus den Jahren 1911-13 zu Gemüte führen. Zur Erheiterung und aus Gründen der Weltanschauung.

woh

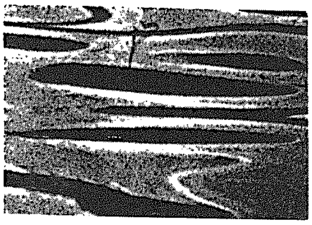




Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen. Ein breites Bündnis von Flüchtlingsgruppen und antrassistischen Initiativen bereitet eine bundesweite Demonstration gegen den immer breiteren rassistischen Konsens in der Gesellschaft vor. Diese "Karawane" wird am 15.August in Bremen starten und bis zu ihrem Abschluß am 20. September in Köln insgesamt 5 Wochen von Stadt zu Stadt ziehen. Geplant sind bisher größere Aktionen in 28 Städten: u.a. im **August** am 18. in Kiel, am 19. in Lübeck, am 26. in Göttingen, am 30. in Büren bei der bundesweiten Demo am Abschiebeknast; im **September** u.a. am 1. in Regensburg, am 3. in München, am 5. in Rottenburg am Abschiebeknast, am 6. in Straßbourg zusammen mit Sans Papiers, am 9./10. in Mainz und Wiesbaden, am 11./12. in Frankfurt, Offenbach (Abschiebeknast) und Hanau. Den Abschluß bildet vom 17.-20. September ein viertägiges Festival mit Aktionen, Kongreß und einer bundesweiten Demo in Köln.

Infos über Verlauf, Termine, Beteiligungen, Flugblätter etc. bei: *Internationaler Menschenrechtsverein Bremen, Kornstr. 51, 28101 Bremen, Tel 0421 - 55 77 093, Fax 55 77 094; e-mail: mail@humanrights.de; Internet: http://www.humanrights.de.*

D.S.



Miet-Frey wohnen in Berlin - weil sie mit ihren Mietzahlungen nicht den DVU-Wahlkampf von Gerhard Frey mitfinanzieren wollen, ruft eine Initiative dazu auf, bis zur Bundestagswahl die Miete in den Frey-Wohnblöcken um 30% zu mindern.

ac



Exile - Kulturkoordination vermittelt Kultur aus Ländern des Südens und Kultur bei uns lebender MigrantInnen, darunter Musikgruppen, Tanzgruppen oder Theaterstücke und Ausstellungen. Zwei Ausstellungen unseres Redakteurs Herby Sachs können über Exile organisiert werden:

Zum einen: Mexiko - Der lange Weg vom Schmerz zur Hoffnung. Fotos und texte zu Chiapas seit dem Aufstand der Zapatisten 1994

zum anderen: Zwischen Würde, Land und Freiheit. Fotos und Texte zu Kultur und Widerstand der Maya heute. Fotografierte Augenblicke und authentische Texte erzählen vom Alltag und Widerstand der Maya. Das Begleitheft zur Ausstellung kann gegen DM 8.- beim *Trotzdem-Verlag, PF 1159, 71117 Grafenau* bezogen werden. Die Ausstellungen bei: *Exile, Friederikenstr.41, 45130 Essen*

woh



Totalverweigerung. Die Situation der Totalen Kriegsdienstverweigerer scheint sich in der BRD wieder einmal zu verschärfen. Am 9.Juli wurde der Totalverweigerer Torsten Froese nach 16 Tagen Haft aus der JVA Weiterstadt entlassen, in die er im Verlauf seines Prozesses wegen der totalen Verweigerung gegen ihn gebracht worden war.

Torsten Froese wurde bereits 1993 zu einer dreimonatigen Bewährungsstrafe wegen Totalverweigerung verurteilt. In der Folge erzwang das Bundesamt für Zivildienst per Gerichtsurteil gegen die Bedenken der Staatsanwaltschaft ein erneutes Verfahren. Die Staatsanwaltschaft hatte ein weiteres Verfahren abgelehnt, da Torsten Froese bereits einmal wegen seiner Gewissensentscheidung verurteilt wurde und es sich somit um eine, nach BRD-Gesetzen nicht zulässige, Doppelbestrafung handeln würde. Dieses gesetzliche Verbot der Doppelbestrafung wird aber bei Totalverweigerern immer wieder umgangen. So letztendlich auch in diesem Fall. Bei seinem Prozeß am 23. Juni wollte sich Torsten Froese von zwei weiteren Totalverweigerern verteidigen lassen, was bereits im Vorfeld des Prozesses abgelehnt wurde. Der Antrag, die beiden Totalverweigerern aus Braunschweig und Jena als Verteidiger zuzulassen wurde dann zu Prozeßbeginn wiederholt, aber von der Richterin erneut abgelehnt. Daraufhin verließ Torsten Froese mit seinen beiden Verteidigern den Gerichtssaal, um gegen die Richterin einen Befangenheitsantrag zu formulieren. Doch dazu sollte es nicht mehr kommen, da die Richterin ihn mit Gewalt in den Gerichtssaal zurückholen lassen wollte und damit eine handgreifliche Auseinandersetzung provozierte in deren Verlauf einer der Wahlverteidiger verletzt wurde. Als Konsequenz wurde Torsten Froese noch im Gerichtssaal verhaftet.

Dieser Haftbefehl ist inzwischen, da gesetzwidrig, aufgehoben worden und Torsten Froese wieder frei.

Auf die Situation der Totalverweigerer in der BRD wird im nächsten SF ausführlich eingegangen. Auch werden wir exemplarisch auf die Verweigerung von Torsten Froese, seine Gründe und die Reaktion der Justiz darauf eingehen.

Weitere Infos über: *DFG/VK, Vogelsbergstr. 17, 60316 Frankfurt; 069 - 43 14 40, Fax 499 00 07; E-mail: dfgvk@t-online.de/VK*

D.S.

Kleinanzeigen

(für 20.-DM)

Fotocollagen in Mischtechnik mit individuell interpretierten Alltagsmotiven. Neben Fotos und Farben finden auch organische Materialien Verwendung. Motive für verschiedene Illustrationen sind vorhanden. Verkauf von Originalcollagen. Übernehme Auftragsarbeiten. Nähere Infomationen: Telefon: *069-37108812 (Uwe Rausch)*

Postkarten gegen Rassismus, Eurozentrismus und allgemeine Menschenverachtung in den Medien und im Alltag (Beispiele aus der Reklame 1992-1997). Collagen. Der Erlös aus dem Verkauf dieser Karten ist für Anti-Rassismus- und Flüchtlingsarbeit bestimmt. 12 Motive f.10.-DM & 2,20 Porto; zu best. bei *T. Boese, c/o Galions e.V., Brunnenstr.3, 36323 Grebenau-Bieben*

Liste Modernes Antiquariat - Restbestände von Büchern aus anarchistischen und linksradikalen Verlagen zu ermäßigten Preisen. Gemeinsame Liste von Anares-Medien-Köln, Anares-Nord in Sehnde und SF/Trotzdem-Verlag. Für DirektkundInnen portofreie Lieferung, für Wiederverkäufer und Buchläden ab 50.-DM Bestellwert 30% Rabatt. *Anares, c/o SF-Redaktion, PF 1159, 71117 Grafenau.* Liste gegen 1,10DM Rückporto.

20 Jahre Trotzdem Verlag – wer sich für unser neues Verlagsprogramm interessiert, mag es anfordern. Gesucht sind 1998 auch wieder EinlagegeberInnen, die mit 1000.-DM die Arbeit des Verlags unterstützen wollen und können und die dafür jedes unserer neuen Bücher als "Zins" erhalten. Nähere Informationen bitte anfragen.
Kontakt: Trotzdem-Verlag, PF 1159, 71117 Grafenau/Württ.

Übersetzungen & Transkriptionen

Und noch ein **Aufruf zur Mitarbeit:** Der SF braucht dringend Unterstützung bei der Abschrift von Tonbandinterviews und bei der Übersetzung von Texten aus dem Französischen, Spanischen und Englischen. Bitte meldet Euch zahlreich bei der Redaktion!!!

C.I.A. – Allstar-Projekt mit Punkveteranen

CHURCH OF INDEPENDENT ASSHOLES

„Das ist der Sinn der Band, daß die verschiedenen Einflüsse irgendwie zusammenkommen." [D.J.]

Bei jedem Deutschpunknostalgiker dürfte das Line-Up der *Church Of Independent Assholes* für leuchtene Augen sorgen: D.J. (Sänger von *Slime*), Marco (Frontmann von *Heiter bis wolkig*), Elf (*Abwärts, Slime, Destination, Targets* und *Elf*), Minne (*Chaos Inferno, Anarchie, Posers, Rubbermaids*), John (*Blue Stories, Mopeds In New Delphi, The Itch*) und Olli (*Stunde X, Abstürzende Brieftauben*). Als Gastmusiker sind beim Debütalbum *'Codename: Freibeuter'* der Deutschpunkveteranen noch Axel (*Wizo*) und Bela B. (*Die Ärzte*) dabei, um ihre Vision vom *'König von Deutschland'* zum besten zu geben. „Der Ansatz dieses Songs war ein Tribut an *Rio Reiser*. Es war klar, daß wir mit verschiedenen Sängern arbeiten werden und sich jeder in seiner Strophe austoben kann. Dann haben wir halt Axel und Bela gefragt, die gesagt haben „Klar, machen wir". Dann sind die halt ohne Text ins Studio gekommen und haben eine Stunde Brainstorming gemacht. Und dieser Irrsinn ist halt dabei herausgekommen", erklärt D.J., und Marco fügt hinzu: „Mit Axel war das Ding, daß wir zuletzt Ende 1994 zusammengespielt hatten. Danach haben wir uns in Stuttgart getroffen und haben gesagt: 'Wir müssen unbedingt mal was zusammen aufnehmen." Und das ist dabei herausgekommen." Dazwischen finden sich außerdem noch eine Coverversion von *Elvis Presley ('In the Ghetto')* und die Fußballhymne *'Fields of Athenry'*.

Insgesamt klingt das Album für mich beim ersten Hören jedoch ziemlich enttäuschend - statt des Punkstils, den man von den genannten Bands erwartet, ist es stark deutschrocklastig. „Klingt alles etwas rockig. Elf setzt ein Gegengewicht und komprimiert das ganze ein bißchen ...klassisch rock'n'rollig", beschreibt D.J. die Musik von *C.I.A.* Marko mischt sich in die Diskussion ein: „Ja klar, es ist kein Politpunk. Elf ist zur Zeit auf einem Rock'n'Roll-Trip, *Chuck Berry* und so. Der meint, das hat so richtig Soul." Dann übernimmt D.J. wieder das Wort: „Ja, und den alten Blues, den richtig alten... Das Rock'n'rollige kommt auch durch den Einfluß von Minne. Das ist doch Rock'n'Roll-Punk." Es wird sich zeigen, wie das Publikum darauf reagieren wird. Zum Zeitpunkt des Interviews hatte die Band ganze zwei Auftritte hinter sich, in noch unvollständiger Besetzung während der Pokomm zusammen mit *Heiter bis wolkig* und mit dem jetzigen Line-Up in einer Dorfkneipe - „Der Gasthof war am wackeln" (D.J.). C.I.A. wird auch kein Kurzzeitprojekt bleiben, wie man vielleicht vermuten könnte. Es sollen mindestens 3 CDs herausgebracht werden.

Während draußen die Sonne scheint, sitze ich im Büro von *Modern Music* und unterhalte mich mit Marco und D.J., die gerade aus dem Hotel gekommen sind. Zu den Bands, in denen die beiden gespielt haben bzw. spielen, muß auch noch etwas gesagt werden: Häufig wird der Hardcore-Comedy-Gruppe *Heiter bis wolkig* der Vorwurf gemacht, daß sie zu dem Vergewaltigungsvorwurf, der gegen ein Bandmitglied die Runde macht, keine Stellung bezogen haben. Marco erklärt daraufhin: „Das haben wir, nur hat keiner Notiz davon genommen. Es ist die dämlichste Geschichte, die in den letzten Jahren aufgekocht worden ist. Die Vorwürfe sind in jeder Beziehung total banal und hat mit dem, was wir machen, überhaupt nichts zu tun." Das nächste *HBW*-Album soll im Oktober oder November erscheinen.

Weiter zu D.J.: Für mich persönlich war an *Slime* der Titel ihres vorletzten Studioalbums *'Viva la Muerte!'* lange Zeit ein Rätsel. Der Songtitel ist identisch mit dem Schlachtruf der Mauren, die während des Spanischen Bürgerkrieges auf Seite der Faschisten gekämpft hatten. D.J. entgegnet darauf: „Das war auch der Schlachtruf der Anarcho-Syndikalisten. (*C.N.T./F.A.I.* - Anm. d. Autors). Das ist eine zwiespältige Geschichte, die uns auch bekannt ist. Das ganze war ja schon fast ein Konzeptalbum zum Abgefeiere von 500 Jahren Columbus. Das ist das beherrschende Thema, und so sind wir dann zwangsläufig auf einen spanischen Titel gekommen. Wir haben aber auch erst hinterher erfahren, daß es auch der Schlachtruf der Faschisten war, was ich nicht so schlimm finde. Ich meine, da kann man ja irgendwie die Kurve kriegen..." An dieser Stelle unterbricht Marco und erklärt seine Meinung zum Thema, bevor D.J. noch mal weitermacht: „Um es noch mal aufzugreifen: Wir wußten es vorher nicht, und haben es im Studio vom jetzigen



Basser der *Ärzte* erfahren. Rod [der Mixer bei der letzten *Slime*-Tour war], der die Scheibe produziert hat, ist ja Schwede und hat den Bezug zum Spanischen. Wir haben darüber diskutiert und waren ziemlich schnell einig, daß wir den Titel belassen."

Zum Thema Auflösung von *Slime* erklärt D.J. an anderer Stelle: „ Es war genau der richtige Zeitpunkt. Musiker und Fußballer müssen eine hohe Sensibilität für den Zeitpunkt des Aufhörens haben, sonst behältst du sie in schlechter statt in guter Erinnerung - siehe *Lothar Matthäus*, wobei seine Pässe aus'm Stand... Wir sind - wenn man mal vom Livealbum absieht - mit der besten Platte *'Schweineherbst'* abgetreten. Das war der absolut richtige Zeitpunkt."

Bevor wir auf das Thema *Rio Reiser* zu sprechen kommen, schweifen die beiden eine Weile ab und erzählen lustige Anekdoten über Rods Macken und kopflose Hühner. Über *C.I.A.* im allgemeinen stellt D.J. noch fest: „Die Band bietet auch mal den Rahmen und den Platz, um über Gefühle zu singen, während wir bei *Slime* dieses Thema immer ausgeklammert haben. Polit, Polit, Polit - *Slime* war *Slime*. Diese Band ist eine Möglichkeit, auch mal über Liebe, Ficken, Schmerz, Leid und nicht nur über Politik zu singen." Das ist übrigens die wahre Hamburger Schule - nicht so'ne Abiturientenscheiße wie *Tocotronic*. Viele Texte drehen sich bei *C.I.A.* um Seemannsthemen - *Störtebecker*, Klabautermänner...

D.J.s große Fußballbegeisterung für die Vereine St. Pauli und Celtic Glasgow dürfte ebenfalls bekannt sein. Stolz erzählt er, daß das Stadion von St. Pauli weitestgehend hool- und nazifrei sei. Bereits als Zehnjähriger wollte er Fußballreporter werden. Von Anfang bis zum Ende war er bei dem St. Pauli-Fanzine *Müllabfuhr* dabei. 1980 brachte er eine zeitlang das Fanzine *Brandstifter* heraus, in dem auch eine Anleitung zum Bauen von Molotow-Cocktails abgedruckt war. Das einschneidendste Ereignis für die beiden älteren Herren war aber der Aufenthalt auf dem Grundstück in der Nähe der dänischen Grenze, wo *Rio Reiser* gestorben ist und seine Asche vergraben wurde. Begeistert erzählen die beiden von dem Flügel, an dem *Rio Reiser* spielte und daß er in diesem Haus allgegenwärtig ist. Der Einfluß der *Scherben* auf die einzelnen Bandmitglieder ist natürlich unterschiedlich. Für D.J. und Marco ist er sehr groß. D.J. erklärt, daß er durch die *Scherben* zum ersten Mal dieses Lebensgefühl vertont hörte: „Bei mir war es klassisch. Ich bin aufgestanden, habe die *'Keine Macht für Niemand'* aufgelegt und Knüppel und Helm geputzt." Marco pflichtet dem bei und ergänzt, daß er es schade findet, daß *Rio* immer nur auf die politische Ebene eingeengt wird. Er nennt zudem die Homosexualität als Triebfeder für *Rio Reiser* und erzählt, wie er *Rio Reiser* und *Marianne Rosenberg* auf einem „Rock gegen Rechts"-Konzert sah, wie sie zusammen das *'Traumlied'* sangen. Zum Abschluß des Gesprächs kommen wir noch auf die *Schlumpf*-Technofassung des *Slime*-Klassikers *'Bullenschweine'* zu sprechen, und D.J. erzählte, daß sie gerne mal mit der Band zusammenspielen würden.

Chaos Maurice

ANARCHIST ACADEMY

Kritisch ist, wer kritisch ist zu dem, worin er steht.

Anläßlich der Veröffentlichung ihres neuen Albums *'Rappelkistenkinder'* waren *Anarchist Academy* auf Tour. Gleich am zweiten Tag kehrten sie ins Berliner *Tacheles* ein. Das folgende Interview entstand im Tourbus kurz vor dem Soundcheck, während der Fahrer in Seelenruhe seine Schuhe putzte. Begeistert und ungläubig lasen die Bandmitglieder das Interview mit Hannes im *Wahrschauer* #21.

Die Geschichte der anarchistischen Akademie beginnt im März 1992, als Hannes, der für das Konkret einmal einen Artikel über Sexismus in der HipHop-Szene geschrieben hat, und Bomber zusammentreffen. Bereits nach dem ersten Konzert bekommt die Band für Lüdenscheidt ein Auftrittsverbot, was der CDU-Jugendstadtrat mit jugendgefährdenden Texten begründet. Deadly T und Baback sind von dieser Frage nach dem Verbot ziemlich gestreßt - „Vielleicht sollten wir es samplen", kommentierte Deadly, und Baback erzählte: „Wir wollten schon einen einstellen, der für uns die Geschichte erzählt."

Für die Texte nennt die Band zwei Haupteinflüsse: den linken Liedermacher *Franz Josef Deggenhardt*, von dem der Titel *'Spiel nicht mit den Schmuddelkindern'* stammt, und *Ton Steine Scherben*. Moses Z vom *ZAP* bezeichnete die Band in seiner Kritik zum ersten Demotape als „Slime des HipHops", und die *taz* machte später aus *Anarchist Academy* „Hausbesetzer-Rapper". Auf dem noch jungen Düsseldorfer Punklabel *Wolverine* erschien das Debütalbum, und es folgten Konzerte mit Bands aus allen Bereichen, darunter viele Punkbands wie *Slime, Chumbawamba* (Clubtour), *D.O.A.* u.ä. Die Academy wechselte in der Zwischenzeit das Label und ist bei *Community/Tribehaus* gelandet, wo auch zwischendurch das Soloalbum *'Die Hyänen lachen solange, bis der Löwe erwacht'* von Rapper Deadly T. erschien. Die erste Veröffentlichung der Band auf diesem Label war die Maxi *'Solingen...Willkommen im Jahre 4'*, die prompt vom BGS wegen des „Verdachtes auf volksverhetzende Texte" an der Grenze zur Tschechei zurückgehalten wurde.

Das Publikum der Band ist sehr gemischt. Es reicht von HipHop-Kids über Punks bis hin zu Normalos. Den Anspruch, Politik in ihren Texten zu transportieren, stellt sich die Band selber nicht, doch es geschieht nach Babaks Meinung dadurch, daß sie fünf politische Menschen sind. In erster Linie wollen sie Musik machen.



Bevor wir endlich zum Interview kamen, betrat ein Bandmitglied meckernd den Bandbus: „Hier schnorren die dich sogar um Dope an!" Nachdem dann noch geklärt wurde, wie es mit dem Soundcheck läuft, unterhielt ich mich mit Baback (Organisation) und Deadly T (Vocals, Co-Produzent) über das *Tacheles* und die Kommerzialisierung des Clubs. „Wir sind mittlerweile auch eine Kommerzband geworden. Das ist das Business, das harte Überleben in Deutschland. Uns in ein PC-Licht zu stellen, ist okay", erzählte Baback, bevor wir erneut unterbrochen wurden - „Wo ist denn die Fernbedienung?", fragte sich ein weiteres Bandmitglied, das ich namentlich nicht zuordnen kann. Bei der Erzählung der Bandgeschichte blieben wir beim Thema Label hängen...

Wahrschauer: Ist es denn anarchistisch, bei einem Label unterzukommen?

Baback: Inwiefern nicht?

Na, Anarchismus hat für mich auch was mit Selbstverwaltung zu tun. Bei einem Label hast du immer den Druck.

Baback: a) Es kommt drauf an, auf welchem Label du bist wegen dem Druck, und b) kannst du immer noch selbstverwaltet arbeiten, je nachdem, was du für einen Vertrag hast, und das hat nichts mit anarchistisch oder nicht anarchistisch zu tun. c) Wir bewegen uns eh in einem Kommerz-Pop-Feld, weil wir Musik machen und die verkaufen wollen und die an den Mann bringen wollen. Wir sind eh in einem Geschäft, und sprich: die Platte wird vermarktet, und du findest auch ein Vermarktungskonzept...

Wieso habt ihr überhaupt das Label gewechselt?

Baback: Wie gesagt, das erste Album ist auf dem Punklabel *Wolverine* rausgekommen. Dann hatten wir vor, eine weitere Platte rauszubringen, und da hatten wir ein besseres Angebot von *Tribehaus*.

Deadly T: Bei *Wolverine* haben ein paar Sachen halt nicht geklappt - nicht so geklappt, wie wir es wollten. Da sind Sachen gelaufen, von denen wir gar nichts wußten. Das hat mich auch gestört. Dann kam halt das Angebot von *Tribehaus/Community*.

Baback: Wir wollen natürlich gute Musik machen - gut produzierte. Das Angebot war einfach besser - es war nicht lukrativer in Sachen Millionenvertrag. Die Möglichkeiten waren größer. Wir konnten Maxis herausbringen, wie wir wollten - mehr Selbstbestimmung, wenn du es so haben willst. Vom Artwork bis zur Musikproduktion haben wir größere Möglichkeiten gehabt. Von daher der Wechsel.

Ihr wurdet auch mal als „Slime des Raps" bezeichnet.

Deadly T: Ziemlich fälschlicherweise.

Baback: Wir hatten damals ein Demotape fertig gehabt. Damit sind wir beim Punklabel gelandet. Weil wir großen Zuspruch im Hardcoremagazin *ZAP* hatten, waren wir auch in der Hardcoreszene sehr angesagt. Da kamen halt gleich die Vergleiche: *Slime* des Raps, *Public Enemy* meets *Slime*, was insofern Schwachsinn ist, da wir uns textlich auch schon damals von *Slime* - von *Slime*s Einfachheit - unterschieden. Unser Ding war zwar auch sehr parolengeprägt und extrem, aber technisch schon etwas anderes. Bei uns war es etwas fundierter.

Deadly T: Damals hat der Vergleich ein bißchen gepaßt, aber heute nicht mehr.

Auf einer Homepage habe ich gelesen, daß sich die *Fantastischen 4* mal geweigert haben, mit euch zu spielen.

Baback: Das war noch ganz am Anfang.

Deadly T: Das war unser vierter Auftritt bei uns irgendwo in 'ner Kuhdisko. *Fantas* haben halt gespielt. Der, der das organisiert hat, hat auch uns gefragt, aber der Manager von den *Fantas* hat dann gesagt: Nee, nee, nicht!

Auf dem neuen Album ist ein Track drauf, der heißt *'Grün-Groß-Deutschland'*. Was soll das sein?

Baback: Es gibt dafür verschiedene Interpretationen. Es hängt davon ab, wie die Leute darauf reagieren und was sie sich rausnehmen: daß Großdeutschland jetzt auch mit den Grünen möglich ist, *'Grün-Groß-Deutschland'* wegen Bullenstaat oder ein wachsendes Großdeutschland.

Deadly T: Daß Großdeutschland im Frühling steht.

Baback: Es gibt es einige Interpretationen. Unsere eigentliche Idee war, daß Großdeutschland auch mit den Grünen möglich ist. Aber die anderen passen sowohl textlich als auch begrifflich hinein.

In einem Lied heißt es „..wie das letzte Hippieschwein". Ihr scheint ja nicht gerade viel von Hippies zu halten.

Baback: Hippies sind halt Hippies.

[...]

Wer ist *Degenhardt?*

Baback: Das ist eigentlich ein ziemlich bekannter Liedermacher - ein politischer Liedermacher aus den 60ern -, ist extrem geil. Der ist jetzt inzwischen 65 und immer noch aktiv. Da kamen wir auf die Idee, ihn zu sampeln. Dann haben wir Kontakt aufgenommen, um die Erlaubnis zu bekommen, haben ihn kennengelernt, haben uns zusammengesetzt, die Erlaubnis erhalten, ihn zu sampeln - hat ihm ganz gut gefallen, hat uns eingeladen, bei seinem Geburtagskonzert zu spielen. Der Kontakt ist geblieben.

Wie steht es mit den anarchistischen Theoretikern - *Bakunin, Kropotkin* -, beschäftigt ihr euch damit?

Baback: Das ist eine Sache, die mit Vorsicht zu genießen ist - dieser Anspruch, der an die Band gestellt wird, weil wir auch nicht aufgepaßt haben. Wir sind fünf unterschiedliche Leute, die extrem unterschiedlich politisiert sind, sich unterschiedlich stark für Politik interessieren und nicht gleich politisch-theoretisch in der Materie drin sind. Hannes zum Beispiel setzt sich extrem mit der Theorie auseinander.

Die Band plant bereits das nächste Album, das sie mit befreundeten Bands, wie zum Beispiel *Fischmob*, einspielen will.

Chaos Maurice

Rausgerissen aus Wahrschauer, Nr.35, Sommer 1998

Chile

In den 80er Jahren setzte eine tiefgreifende Umstrukturierung des kapitalistischen Weltsystems ein, in dessen Verlauf sich der Neoliberalismus als neues hegemoniales Projekt und weltweites Paradigma herauskristallisierte. Bemerkenswert ist, daß der Neoliberalismus zwar theoretisch in den USA entwickelt wurde, seinen Siegeszug jedoch in einem Land der Peripherie antrat. Damit wurde erstmals ein Land der Peripherie zu einem weltweiten Modell - auch für die kapitalistischen Zentren.

Am 11. September 1973 putschten die chilenischen Militärs mit der Unterstützung der USA gegen die sozialistische Regierung Salvador Allendes und errichteten eine 17 Jahre andauernde Militärdiktatur. Im Gegensatz zu anderen Militärdiktaturen setzte die chilenische Junta jedoch nicht auf die Wiederherstellung der alten Verhältnisse, sondern sie führte eine kapitalistische Revolution durch. Mittels brutalster Repression, Terror, dem Verbot von Gewerkschaften und der Ausschaltung jeglicher demokratischer Prozesse schufen die Militärs den ÖkonomInnen der Chicagoer-Schule um Milton Friedman quasi-sterile Laborbedingungen zur Durchführung des ersten neo-liberalen Großexperimentes.

Ab 1975 verordneten die sogenannten "Chicago-Boys" Chile ein Schockprogramm, welches tiefgreifende Strukturveränderungen in der chilenischen Gesellschaft einleitete, die bis heute ihre Gültigkeit besitzen. Unter den autoritären Bedingungen der Diktatur wurde das System der Preise liberalisiert, die Rolle des Staates in der Wirtschaft beschränkt, die Arbeitsbeziehungen dereguliert und der inländische Markt für ausländisches Kapital geöffnet. Gemäß dem Theorem der "komparativen Kostenvorteile" wurde eine, auf der Ausbeutung von billiger Arbeitskraft und Naturressourcen beruhende, Exportwirtschaft aufgebaut.

Chile ein neoliberales Lehrbeispiel ...

Von marktradikalen ÖkonomInnen und technokratischen PolitikerInnen wurde Chile als Modellprojekt mit weltweitem Vorbildcharakter postuliert. Das Exportmodell Chile wurde selber zum Exportschlager. So sind heute in praktisch allen Ländern Lateinamerikas und der Karibik, mit Ausnahme Kubas, die grundlegendsten neoliberalen Forderungen umgesetzt worden. Und selbst die CEPAL (UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik), dereinst Hochburg der Dependenztheorie und Vertreterin des Konzepts der importsubstituierenden Industrialisierung, hat sich der neoliberalen Hegemonie gebeugt. Zudem liest sich die "freiwillig" vollzogene ökonomische Schocktherapie im Modell-Land Chile wie eine Vorwegnahme der Strukturanpassungsprogramme, die der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbank den Ländern des Trikonts - vor allem seit Mitte der 80er Jahre - aufzwingt.

Nach dem Kollaps der staatssozialistischen Ländern des Ostblocks und dem Fall der Berliner Mauer im Jahre 1989 stand der globalen Hegemonie des Neoliberalismus nichts mehr im Wege. Dementsprechend wurden die Ökonomien der ehemaligen Ostblockländer, unter dem Diktat von IWF und Weltbank, straffen Strukturanpassungsprogrammen unterzogen in deren Zentrum die Privatisierung der Staatsbetriebe, Deregulierung und eine strenge Austeritätspolitik standen. Als explizites Beispiel für die Transformation der vormals sozialistischen Ländern wird das "Modell" Chile genannt. So ist in einer Broschüre des BMZ (Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit) zu lesen: "Andererseits bietet Chile gerade durch sein Lehrbeispiel für in diesem Zusammenhang typische Probleme, Ansatzpunkte, Instrumente und Erfolgsbedingungen: Darauf wird nicht nur immer wieder Bezug genommen, wenn vom Handlungsbedarf in anderen lateinamerikanischen Ländern die Rede ist, sondern das chilenische Vorbild wird auch den östlichen Reformländern als Orientierungshilfe empfohlen."

Jedoch hat das neoliberale Experiment in Chile ebenso Rückwirkungen auf die Länder des Zentrums. An erster Stelle sind die besonders marktradikalen Umstrukturierungen in Großbritannien und in den USA, im Kontext des Thatcherismus und der Reaganomics, zu nennen. Aber auch unter christdemokratischen, wie Belgien, bzw. sogar sozialdemokratischen Regierungen, Spanien, trat der Neoliberalismus seinen weltweiten Siegeszug an.

In der Bundesrepublik setzte ein neoliberal orientiertes Projekt mit der, eine ökonomische und moralische "Wende" proklamierenden, christdemokratisch-liberalen Koalition unter der Führung von Kanzler Kohl im Jahr 1982 ein. Insbesondere nach der Wiedervereinigung und der nachfolgenden dritten Amtszeit von Helmut Kohl gewannen die neoliberalen Strukturen immer stärker die Oberhand. So ist ein deutlicher Abbau des Sozialstaates festzustellen, der von der faktischen Abschaffung des Asylrechts und Kürzungen bei AsylbewerberInnen über Einschnitte beim Kranken-, Arbeitslosen-, und Kurzarbeitergeld bis hin zu Verschlechterungen in den Bereichen der gesetzlichen Krankenversicherung und der Altersvorsorge reicht.

Auf dem ideologischen Feld hat der Neoliberalismus weltweit eine nahezu absolute Hegemonie erreicht. Der neoliberale Diskurs bestimmt, was als wahr, normal, richtig und wissenschaftlich zu gelten hat - alles was außerhalb seines Ordnungsschematas liegt, wird stigmatisiert und aus politischen sowie sozioökonomischen Debatten ausgeschlossen. Der Markt wir zum idealen, naturgegebenen Ordnungsprinzip für die gesamte Gesellschaft erklärt, während mögliche Alternativen als widernatürliche Manipulationen diffamiert werden.

Diese Diktatur des Marktes, sowohl epistemologisch als auch praktisch, führte zu der Proklamation des "Endes der Geschichte". Die Entpolitisierung der Politik und das Fehlen gesellschafts-

vom Lehrbeispiel zum Lehrstück

von Olaf Kaltmeier

politischer Visionen sind die Folge. Politik wird einzig als, der Ökonomie untergeordnete Teildisziplin konzeptualisiert, die technokratisch zu funktionieren hat. Deshalb ist, besonders auch in Chile und der BRD, eine Implosion des Parteiensystems festzustellen - es besteht ein breiter, parteiübergreifender inhaltlicher Konsens über die grundsätzliche Verwaltung von Politik, nur die Verpackung unterscheidet sich von Partei zu Partei.

... oder ein brechtsches Lehrstück?

Die neoliberalen gesellschaftlichen Verhältnisse werden oftmals als unveränderbar erfahren und gerade auch im linken Spektrum ist eine deutliche Lähmung auszumachen. Angesichts der überwältigen Dominanz des Neoliberalismus und der Technokratisierung der Parteipolitik besteht die Gefahr, sich den verheerenden sozialen, ökologischen und demokratischen Verwüstungen der neoliberalen Projekte zu fügen, die Proklamation des "Endes der Geschichte" zu akzeptieren und nach individuellen Überlebensmöglichkeiten zu suchen.

Um dem entgegen zu wirken geht es gerade jetzt darum, das chilenische Lehrbeispiel als brechtsches Lehrstück zu sehen. Bertolt Brecht schreibt zu seinem Stilelement der Verfremdung: "das 'Natürliche' mußte das Moment des Auffälligen bekommen. Nur so konnten die Gesetze von Ursache und Wirkung zutage treten." Die Realität der neoliberalen Realität in Chile zeigt in derart verstärkter Weise die verheerenden Auswirkungen der unbeschränkten Herrschaft des Marktes, daß die daraus resultierenden Folgen markant und auffällig hervorstechen.

Als erstes ist sicherlich das dramatische Auseinanderdriften der Schere zwischen Arm und Reich zu nennen. Der Aufstieg des Neoliberalismus zur hegemonialen Theorie und Praxis ist mit gewaltsamen Umstrukturierungsprozessen und tiefgreifenden gesellschaftlichen Fragmentierungen verbunden. So ist eine strukturelle Verschiebung der Einkommensverteilung festzustellen, jedoch nicht mehr im Sinne einer ausgleichenden Redistribution, sondern als Umverteilung von unten nach oben. Dementsprechend haben sich die prozentualen Armutszahlen in Chile zwischen 1970 und 1990 verdoppelt. Lagen 1970 20% unter der Armutsgrenze, so waren es in der Hochphase der Militärdiktatur (1983) 48% und 1990, mit dem formalen Ende der Diktatur, hat sich diese hohe Armutszahl mit 40% konsolidiert. 1996 sank die Zahl der Armen zwar auf 23,2%, doch dessen ungeachtet driftet die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Das Gesamteinkommen der oberen 5% der Haushalte, 540.000 Personen, ist genau so groß wie das der 10,3 Millionen Menschen, die die 75 untersten Prozent der Einkommenspyramide bilden. Damit ist Chile das Land in Lateinamerika in dem, nach Brasilien, die soziale Polarisierung am weitesten voran geschritten ist. Doch ist diese gesellschaftliche Spaltung kein chilenischer Sonderweg, vielmehr ist diese verschärfte Polarisierung unter der Regie des "natürlichen Regulativs Markt" ein Strukturprinzip neoliberaler Politik, das sich weltweit finden läßt - auch vor der eigenen Haustüre.

Besonders deutlich nagt der Verfremdungseffekt an den Pfeilern der chilenischen Exportwirtschaft. 90% der gesamten Exporte Chiles beruhen auf der Ausbeutung von endlichen Naturressourcen. Diese Endlichkeit der Naturressourcen steht aber in krassem Widerspruch zu dem vermeintlichen Ende der Geschichte im Stadium des globalen Neoliberalismus. Allein ein Bericht der chilenischen Zentralbank kommt schon zu dem Schluß, daß die letzten chilenischen Naturwälder, bei Beibehaltung der gegenwärtigen Forstpolitik, im Jahre 2025 abgeholzt sein werden. Un andere Elemente der verschiedenen Ökosysteme werden im Kontext des neoliberalen Wachstums- und Entwicklungsmodells ebenso schnell vernutzt und verschmutzt.

Doch mittlerweile organisieren sich in Chile wieder Menschen, die diese Prozesse nicht als 'natürlich', sondern als höchst auffällige Phänomene betrachten. Sie widersetzen sich an den verschiedensten Konfliktzonen den neoliberalen Gewalten. So kämpfen Mapuche gegen Forstunternehmen und deren zerstörerische Abholzungspolitik, für die Erhaltung ihrer Landrechte. FischerInnen in dem Dorf Mehuìn widersetzten sich dem Bau eines Abwasserrohres einer Zellulosefabrik, und verteidigen ihre subsistenzorientierte Lebensweise. StudentInnen protestieren gegen die weitere Kürzungen in der Bildungspolitik. Und bei den Parlamentswahlen im Dezember letzten Jahres, verweigerten sich mehr als 40% der theoretisch wahlberechtigten ChilenInnen dem aus der Diktatur gewachsenen, politischen System. 1,5 Millionen Jugendliche ließen sich erst gar nicht in die Wahlregister eintragen. Während die Wahlberechtigten dadurch ihre Ablehnung zeigten, daß sie trotz Wahlpflicht ungültig bzw. überhaupt nicht wählten.

Diese Widerständigkeiten können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß Chile meilenweit von einer gesellschaftlichen Mobilisierung wie in der Allende-Zeit entfernt ist. Andererseits wird aber auch deutlich, daß es den einen Widerstand im Sinne des Klassenkampfes - der die verschiedensten Konfliktzonen als Nebenwidersprüche, unter der Herrschaft des Hauptwiderspruches des Klassenantagonismus deutet - nicht mehr gibt....

Damit es aber angesichts des globalen Kapitalismus zu einer größeren Kraftprobe kommt, müssen sich die vielfältigen Widerständigkeiten und individualisierten Wünsche nach Veränderung auch weltweit austauschen, Differenzen und Gemeinsamkeiten thematisieren sowie Wege für konkrete Utopien eröffnen.



Foto: Sabine Streich

BUKO schlug Rat

Heiko Möhle

Seit 1977 existiert der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, kurz BUKO, als Zusammenschluß von Drittweltinitiativen, Länder- und Solidaritätskomitees, Aktionsgruppen, Weltläden und anderen Organisationen. Das Jahr 1998 brachte für den BUKO zwei Neuerungen: Erstmals fand der namensgebende jährliche Kongreß nicht statt, dennoch gab es ein Ende der seit Jahren andauernden und partiell die Kongresse lähmende Strukturdebatte. Denn: Auf einem BUKO-Ratschlag Anfang Mai beschloß der BUKO neben neuen Arbeitsschwerpunkten auch ein neues Organisationsmodell. Nachfolgend dokumentieren wir mit einem leicht gekürzten und veränderten Auszug aus dem letzten BUKO Rundbrief den Weg des BUKOs aus seiner Krise.

Mit neuen inhaltlichen Schwerpunkten und einer handlungsorientierten Organisationsstruktur geht der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) nach Jahren der Flaute wieder auf Kurs. Auf dem 1. bundesweiten Ratschlag der BUKO-Mitgliedsgruppen wurden mit der Bildung thematischer Koordinierungskreise sowie eines SprecherInnenrates Instrumente geschaffen, die es in Zukunft ermöglichen sollen, politische Entscheidungen im Einvernehmen mit den Mitgliedsgruppen zügig zu fassen und zu veröffentlichen.

Die Krise der Internationalismusbewegung hatte dem bundesweiten Netzwerk, dem zur Zeit rund 180 Mitgliedsorganisationen angehören, zu schaffen gemacht. Der BUKO drohte seine Handlungsfähigkeit zu verlieren, da es seit 1995 nicht mehr gelungen war, genügend Mitgliedsgruppen für die Besetzung des häufig überlasteten Koordinierungsausschusses (KA) zu finden, der den Verband zwischen den jährlich stattfindenden Bundeskongressen politisch repräsentierte. Um die Leerstelle zu füllen, wurde im Herbst 1997 ein Umstrukturierungsprozeß eingeleitet, dessen erstes Resultat die Schaffung des "Ratschlags" als neuer Entscheidungsinstanz war. Diese Vollversammlung der Mitgliedsorganisationen wird ein- bis zweimal jährlich zusammentreten. Aufgaben des Ratschlags sind es, grundlegende BUKO-Positionen zu diskutieren, politische Mandate an Themenschwerpunkte zu vergeben und zu diskutieren, den Austausch unter den verschiedenen BUKO-Strukturen und Mitgliedsgruppen zu ermöglichen, die Kongreßvorbereitungsgruppe zu wählen, das Thema für den nächsten Kongreß festzulegen, sofern das beim vorhergehenden nicht beschlossen worden ist, und über BUKO-Strukturen zu entscheiden.

Ziel des ersten Ratschlags, der Anfang vom 30. April bis 3. Mai 1998 in Düsseldorf tagte, war nicht weniger, als die Strukturreform wenigstens zu einem vorläufigen Abschluß zu bringen. Da organisatorische Strukturen aber in erster Linie Ausdruck der inneren Verfassung einer Bewegung sind, stand im Mittelpunkt der Debatte eine Bilanz internationalistischer Arbeit und die Positionierung des BUKO in Hinblick auf zukünftige Politikfelder.

Alles neu macht das MAI: Welthandel im Großen ...

Aktuellen Anlaß, das internationalistische Selbstverständnis zu reflektieren, bot das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI). Referenten von den Organisationen „Weltwirt-

schaft, Ökologie und Entwicklung (WEED)" und „Play Fair Europe" (Aachen), letztere als Vertreter des Peoples Global Action Networks (PGA), entwickelten ihre Kritik am MAI, stellten aber auch ihre unterschiedlichen Handlungsansätze vor. WEED ist zwar nicht grundsätzlich gegen ein internationales Investitionsabkommen, hält aber den vorliegenden Entwurf für nicht verbesserungsfähig. Hier würden Rechte für Unternehmen und Pflichten für Staaten festgelegt, was in einem für WEED vorstellbaren Entwurf andersherum sein müßte. Eine Debatte um Sozial- und Umweltstandards innerhalb des MAI sei unsinnig, da es für die Einhaltung dieser Standards keine Kontrollmöglichkeiten gebe.

Öffentlichkeitsarbeit und gewaltfreie Aktionen stehen im Zentrum der Aktivitäten des Peoples Global Action Networks, das sich klar von lobbyistischen Politikansätzen abgrenzt. Während die originellen und teils spektakulären Aktionen des PGA viel Interesse fanden, entzündete sich in der Diskussionsrunde Kritik an der Darstellung des MAI, die einigen TeilnehmerInnen zu plakativ erschien. Eine verkürzte Kapitalismuskritik, die zudem sehr stark personalisiert, könnte rechten Kreisen in die Hände spielen. So unterschiedlich die Politikansätze von WEED und PGA sind, so weisen beide doch gemeinsame Schwächen im wenig reflektierten Verhältnis zum Nationalstaat auf. Den teilweise positiven Bezug auf den starken Staat können wir nicht teilen. Die beiden PGA-Vertreter betonten, daß PGA als Basisnetzwerk die Förderung lokaler Ökonomien und Selbstbestimmungsprozesse betreibe. Eine Beteiligung des BUKO am PGA würden sie sehr begrüßen. Ob es soweit kommt wird, ist noch unklar. Sicher ist dagegen, daß es innerhalb des BUKO eine Vernetzung geben wird, die sich mit dem MAI und verwandten Themen beschäftigt. Vertreter vom Lateinamerika Komitee Nürnberg und vom Allerweltshaus Köln werden gemeinsam mit weiteren Mitgliedsgruppen den neuen Arbeitsschwerpunkt "Weltwirtschaft" auf die Beine stellen (1).

... und im Kleinen

Vernetzen wollen sich auch einige AktivistInnen aus dem alternativen Handel, die sich in ihrer Arbeitsgruppe unzufrieden mit einigen Tendenzen im "Fair Trade" Bereich zeigten. Sie kritisierten die mit der zunehmenden Professionalisierung einher gehende Entpolitisierung der Arbeit. Grundlegende Konsumkritik habe in der marktorientierten Szene keinen Platz mehr. Der neue Arbeitsschwerpunkt "Alternativer Handel" (2) will außerdem diskutieren, wie sich die faktische Beschränkung auf den Import von "Kolonialwaren" auswirkt. Trägt der faire Handel damit zur Zementierung kolonialer Handelsstrukturen bei?

Das Verhältnis von Professionalisierung und Politikverständnis prägte auch die Debatte der Arbeitsgruppe "Kampagnenarbeit und Lobbypolitik". Mit der Zielsetzung, Fehler im System zu beheben, würden Lobbyansätze das System als reformwürdig, aber eben nicht als falsch anerkennen. Im Gegensatz zu anderer politischer Arbeit erhebe der Lobbyismus nicht den Anspruch, Machtverhältnisse zu verändern oder eine Gegenmacht von unten aufzubauen. Dennoch sei es vorstellbar, Lobbyarbeit als Teil einer breiteren politischen Öffentlichkeitsarbeit zu sehen, wobei sie den Zweck habe, durch ihre Erfolge motivierend für Prozesse der Aneignung von Macht zu wirken. Was in der MAI-Debatte bereits anklang, wurde hier deutlich: Trotz aller Vorbehalte gehört die Lobbypolitik mittlerweile zum festen Bestandteil der Arbeit vieler Mitgliedsgruppen und BUKO-Kampagnen. Da die Debatte noch längst nicht erschöpft ist, wurde entschieden, sie in Form eines Seminars (Seminar „Lobbyarbeit und Dritte Welt Bewegung", Bonn, 30. Oktober bis 1. November 1998) fortzuführen.

Eine dritte Arbeitsgruppe traf sich zum Thema "Ländersolidarität zwischen der Unterstützung von Befreiungsbewegungen und Projektepolitik". Hier mühten sich vor allem VertreterInnen von länderorientierten Solidaritätsgruppen um ein neues Selbstverständnis. Mit der Krise der Befreiungsbewegungen Anfang der 90er Jahre geriet auch die Lateinamerika-Solibewegung in die Krise. Der Traum vom Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft durch den Sieg der Befreiungsbewegungen wurde ausgeträumt. Da das ein Problem aller Lateinamerika-Länder-Solidaritätsgruppen ist, erstand die Idee, ein gemeinsames Seminar zur Landfrage zu veranstalten, da dieses Thema für alle zentral ist und sich ein neues Selbstverständnis darüber eventuell finden läßt (Strategieseminar zur Landfrage in Mittelamerika, Wuppertal, 4. bis 6. Dezember 1998).

Mitgliedsgruppen aktivieren

Mit der Neubildung der Arbeitsschwerpunkte "Alternativer Handel" und "Weltwirtschaft" wird einem zentralen Element der BUKO-Strukturreform bereits Rechnung getragen. Das politische Mandat soll dezentralisiert und künftig an thematische Schwerpunkte vergeben werden, von denen sechs bereits seit längerem bestehen: Agrarpolitik, Antirassismus, Kurdistan, Nachhaltigkeit, Pharma/Gesundheitspolitik, Rüstungsexporte. Die beiden neuen Arbeitsschwerpunkte wollen offene Diskussionsforen sein, aber auch die Aktivitäten des BUKO zu Themen wie dem MAI oder hinsichtlich der 1999 in Köln geplanten Gipfeltreffen der EU und der G8 vorbereiten. Die Themenschwerpunkte besitzen für ihr

jeweiliges Thema das politische Mandat. BUKO-Kampagnen und -Arbeitsschwerpunkte sind Bestandteile der Themenschwerpunkte, die für weitere Gruppen und Personen offen sind.

Da bei weitem nicht alle für den BUKO relevanten Themen durch eigene Arbeitsschwerpunkte abzudecken sind, beschloß der Ratschlag die Bildung eines neuen Gremiums, das die Beteiligung der Mitgliedsgruppen in politischen Fragen fördern soll. Ein fünfköpfiger, für ein Jahr gewählter SprecherInnenrat kann zukünftig Stellungnahmen auf Basis der Positionen von Mitgliedsgruppen verabschieden - allerdings nur zu Themen, die nicht durch einen der Arbeitsschwerpunkte abgedeckt sind. Dies soll es dem BUKO ermöglichen, schnell und kompetent auf aktuelle Anfragen zu reagieren. Wie alle BUKO-Strukturen, ist auch der SprecherInnenrat dem Ratschlag gegenüber rechenschaftspflichtig. Zudem soll er die Geschäftsstelle auf Anfrage beraten. Er trifft sich zusätzlich zu Kongreß und Ratschlag zweimal im Jahr und öfter - je nach Bedarf.

Der Bildung des SprecherInnenrates vorausgegangen war eine intensive Diskussion über das Selbstverständnis und die politische Positionierung des BUKOs innerhalb der entwicklungspolitischen und Internationalismusbewegung. Grundlage für diese Diskussion bildeten die beiden Referate „Der BUKO in der Neuen Unübersichtlichkeit" und „Perspektiven der Internationalismus-Bewegung und Krise des BUKOs", die in der BUKO-Zeitschrift alaska abgedruckt sind (3).

Soziale Bewegungen im Zentrum

Bei allen strukturellen Veränderungen bleibt doch der jährliche Bundeskongreß das zentrale öffentliche Ereignis. Über das Spektrum der Mitgliedsgruppen hinaus hat sich der Kongreß in den vergangenen Jahren zum politischen Diskussionsforum der außerparlamentarischen Linken und der sozialen Bewegungen entwickelt. Der kommende BUKO 22 wird sich vom 13. bis 16. Mai 1999 in Hannover kritisch mit der geplanten Expo 2000 auseinandersetzen.

Neue inhaltliche Akzente will der BUKO mit einem längerfristigen Aktions- und Veranstaltungsprogramm setzen, in dessen Mittelpunkt der Kampf für soziale Menschenrechte im Zeitalter der Globalisierung steht. Nach dem Motto "BUKO on the road" werden lokale Veranstaltungen mit BUKO-Mitgliedsgruppen in verschiedenen Teilen der Republik geplant.

In einem Punkt bleibt der BUKO bewußt unmodern: Den Schwenk zu einer alternativen Politikberatung, die "Befreiung" und "Basisbewegung" durch "Nachhaltige Entwicklung" und "Zivilgesellschaft" ersetzt, ohne Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen anzugreifen, will der BUKO auch weiterhin nicht vollziehen. Zentraler politischer Bezugspunkt bleiben die Handlungsperspektiven der sozialen Bewegungen gegen Rassismus, Patriarchat und Neoliberalismus und für ein gleichberechtigtes Existenzrecht.

Weitere Beschlüsse des BUKO-Ratschlags:

Die FÖRDERMITGLIEDSCHAFT im BUKO für Einzelpersonen ist ab sofort möglich (Jahresbeitrag 70,—DM). Die Einzelmitglieder können zum ermäßigten Beitrag an Kongressen und Seminaren teilnehmen. Die Geschäftsstelle wird mit der Werbung um Fördermitglieder beauftragt. Die Vorbereitungsgruppe des nächsten Ratschlages erarbeitet einen Vorschlag für die Regelung bezüglich des Stimmrechts für Einzelmitglieder, über den auf dem nächsten Ratschlag abgestimmt werden soll. Dieser BUKO Ratschlag findet vom 20. - 22. November 1998 in Dortmund statt und wird sich den Themen „Nachhaltige Entwicklung und Agenda 21" widmen.

Für 1999 wurden die folgenden Seminare geplant (vorbehaltlich ihrer Finanzierbarkeit) beschlossen: 10 Jahre nach dem Fall der Mauer - Gemeinsamkeiten und Unterschiede des Internationalismus in den alten und neuen Bundesländern; Das G8-Treffen 1999 in Köln im Kontext der weltwirtschaftlichen Entwicklung; Migration und „Kein Mensch ist illegal"; Was tun mit der "radikaldemokratischen Anregung" aus Chiapas? Globalisierung und soziale Rechte; Fairer Handel im Tourismus.

Weitere Informationen zu den vorgenannten Terminen wie zur Einzelmitgliedschaft sind bei der BUKO Geschäftsstelle (Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel 040 - 39 31 56, Fax 040 - 390 75 20, e-mail: buko@cl-hh.cl.sub.de) erhältlich.

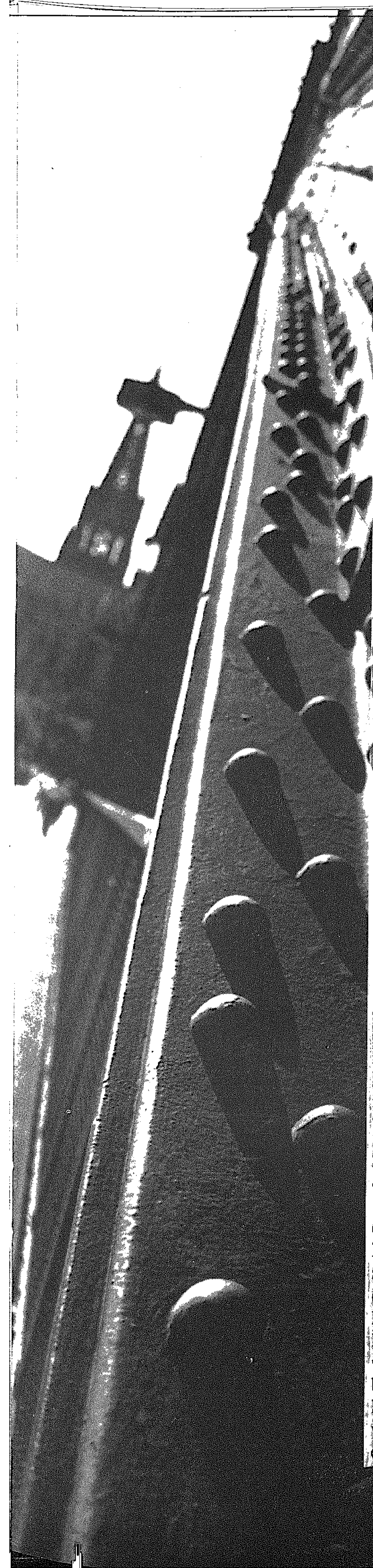


(1) Wer Interesse an einer Mitarbeit im Arbeitsschwerpunkt "Weltwirtschaft" hat, melde sich bitte bei Ralf Berger im Allerweltshaus Köln: Körnerstr. 77-79, 50823 Köln, Tel 0221 - 5103002.

(2) Kontaktadressen für den Arbeitsschwerpunkt „Alternativer Handel" sind: Andreas Riekeberg, Hauptstraße 16, 38471 Rühen, Tel/Fax 05367 - 1843 (ab 21 Uhr) und Martin Klupsch c/o Weltladen Bonn, Maxstraße 36, 53111 Bonn, Tel/Fax 0228 - 697052.

(3) Alaska. Zeitschrift für Internationalismus, Heft 220 „Neue Weltmännlichkeiten: Globalisierung als (Re-) Maskulinisierung", Juni 1998, Preis 8 DM, Bezug: Redaktion alaska, Bernhardstraße 12, 28203 Bremen, Tel/Fax 0421 - 72034.

Foto: S. Orge/version



Gegenöffentlichkeit heute - Krieg um den richtigen Stallgeruch?

Polemischer Ausblick aus Anlaß der Gründung des Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten im Jahr 1973

Setzen wir den Beginn einer deutschsprachigen Gegenöffentlichkeit in Form von Medien mit dem Beginn des Münchner Stadt-Blatts und des Frankfurter überregionalen ID an, so ist sie ein Vierteljahrhundert alt, und so wird 1998 gefragt: wo kommen wir her, wo stehen wir heute.

Medien sind aller Leute liebstes zweit-wichtigstes Thema, war der melancholische Lieblingsspruch des JournalistInnengewerkschafts-Vorsitzenden im San Francisco der frühen 80er Jahre, und wenn es damit nicht abgehandelt war, kam die seufzende Fortsetzung: Dafür packen die Menschen, wenn sie dann doch mal über Medien diskutieren, alle Übel der Welt mit hinein.

Probe auf's Exempel: wirf heute, 25 Jahre nachdem ein schlicht gemachtes Heft von gehefteten Blättern mit dem genial augenzwinkernden Titel «unterbliebene» Nachrichten (nämlich keines-wegs dramatisch «unterdrückte», sondern: das Böse geschieht banal) den Versuch einer solchen von Kapital und Großorganisationen unabhängigen, nur den sozialen Bewegungen verbundenen Öffentlichkeit machte, das Stichwort unterbliebene Nachrichten in einen beliebigen Haufen alter und junger Linker. Was passiert? Der eine vermißt eine faire Berichterstattung über die politischen Leistungen der PDS, sprich der «Partei des Demokratischen Sozialismus» für lernfähige SED-Umwandler, die andere findet die Machenschaften der Flughäfen zur Waldabholzung unterrepräsentiert, der nächste findet beklagenswert wenig in der Tagesschau über Abschiebungen, Fremdenfeindlichkeit, Todesschüsse an den europäischen Außengrenzen, wieder einer wünscht sich weitaus mehr Informationen über Ausmaß und Perspektiven der wachsenden Arbeitslosigkeit, inklusive Konzepte neuer Arbeit, und die letzte spricht unweigerlich: was wollt ihr denn, der Markt ist doch entscheidend; woran das Publikum Interesse hat, das wird auch gedruckt oder gesendet oder «downgeloadet», und wenn es niemand hinter dem Ofen vorlockt, ist es dann wirklich die Aufmerksamkeit wert? Schließlich haben wir doch im Gegensatz zu den «bleiernen Zeiten» heute Medienüberfluß, Informationsflut, viel zu viel anstatt zu wenig, und die unendliche Beredsamkeit des Internet gibt uns den Rest.

Wie weise damals, der «anarcho-maoistische» Spruch zu Beginn des wöchentlichen ID-Bulletins aus Flugblättern, Briefen, Aufrufen und ja, auch Artikeln/Features/Reportagen/Kritiken: «Die Nachrichten gehen vom Volk aus und kehren zum Volk zurück». Das war nach zwei Richtungen gesagt: gegen die damals, in den 70er Jahren, grassierende traditionalistische Parteipresse in historischen Kostümen, deren - zu Recht vergessene - Kommunistische Volkszeitung, Roter Morgen (in diversen Linien-Varianten) etc. pp. in Riesen-Auflagen gedruckt wurden, aber vom theatralischen «Oben» der StudentInnenparteien-Avantgarden belehrend nach unten zielten. Und zweitens gegen den Journalismus als Berufstradition, der sich anmaßte, zu entscheiden, was Nachricht sein darf und was nicht. Der «hinterwäldlerische» Kampf der Bauern im badischen Wyhl gegen ein Atomkraftwerk, das doch den friedlichen Fortschritt der Menschheit verkörperte,

war ebensowenig einer Berichterstattung wert wie der «querulatorische» Streit eines sogenannten unpolitischen Knakkis, also eines Gefangenen, der irgendwas - am Ende gar «Unpolitisches» ausgefressen hatte und jetzt den Luxus eines Besuchs seiner Brieffreundin ohne Trennscheibe oder Wachpersonal einklagte. Hätten die Gründer und Gründerinnen der Gegenöffentlichkeit von 1973 bestritten, daß der Markt wirksam ist, und daß die Gehirne nicht von einer Staatsmacht ferngelenkt werden? Hätten sie sich grundsätzlich anders verhalten, wenn es das heutige «Überangebot» an Information und Kommunikation gegeben hätte? Dagegen spricht beim ID der biographische Augenschein: Enikö Balla, die ebenso wie Gabor Altarjay aus Ungarn kam und die Panzer von 1956 erlebt hatte, saß, so angenommen werden kann, keinem ideologischen linken Wahnsystem auf; auch beim Dritten im Bunde, Walter Spruck, sprach gerade die listig-subversive Formel vom «Unterbliebenen» für ein genaues Urteil. Ganz sicher gab es mehr Unterdrückung als heute, wir brauchen nur an den Herbst 1977 und alle Paragraphen zu erinnern, die immer noch (radikal ist das bekannteste Beispiel, aber auch viele kurdische Publikationen können ein Lied davon singen) solche Veröffentlicheungen kriminalisieren, die angeblich gewalttätige Vereinigungen fördern. Aber so sehr die Gegenöffentlichkeit das wahrnahm und bekämpfte: sie definierte sich nicht insgesamt paranoide als eine Aktivität, die sich in diktatorischen, autoritären, gar totalitären Zusammenhängen wähnte, auch nicht in fetischisierter Kulturkritik einen gespenstischen Kokon universaler Verblendung aufbrechen zu müssen meinte und sich dadurch den Nimbus des heroischen Widerstands aufsetzte. Sie baute gerade auf die Möglichkeit, in einem Markt, nicht in einem Gefängnis, etwas in Gang zu setzen und zu verändern. Einem Markt allerdings, der durch Konzentrationsbewegungen, die Anti-Springer-, Anti-BILD-Kampagne hatte das 1968 deutlich ausgedrückt, existentiell bedroht ist. Heute, im Zeichen des Überflusses, verhält sich das nebenbei genauso: oft sprießen ja die vielen kleinen Gewächse hauptsächlich deshalb aus dem Boden, weil nebenan Wüste dörrt oder schnurgerade Plantagen gezogen werden - es reicht ja nicht, Titel zu zählen, sondern die erdrückenden oder winzigen Reichweiten machen Medien-Macht aus. Sind Kirch&Kohl&Bertelsmann&Clement noch relativ harmlos, dann zeigt ein Rückblick auf Berlusconis Ara als politischer Machthaber und Medienzar in Italien, daß daraus blitzschnell lebensgefährliche Konstellationen werden können. Auf der anderen Seite ist dieser Markt durch entschlossene Initiativen oder Bewegungen, Einzelne oder Gruppen, Denkprozesse oder Diskurse entschieden beeinflußbar. Denn trotz aller Dummheit, die Alf Mayer von der Medien-Reflexions-Zeitschrift medium (die evangelische Kirche hat sie leider eingehen lassen) konstatierte, ist Journalismus ganz ohne intellektuelle Tätigkeit noch nicht die Regel; hier hinkt der Vergleich mit dem Markt für die (generell weit sympathischeren) Joghurts. Dieser Markt ist außerdem äußerst sensibel für Rahmenbedingungen: Wissenschaft zählt dazu, das ID-Gründungstrio hatte sich nicht zufällig in einem Seminar bei Dieter Prokop in der Frankfurter Universität kennengelernt, wo neben Theodor W. Adorno und Walter Benjamin, Jürgen Habermas Strukturwandel der Öffentlichkeit von 1961 eine Rolle spielte. Kunst, Literatur, Musik zählen zu diesen intellektuellen Rahmenbedingungen, und selbstverständlich politische Organisationen ebenso wie die sozialen Bewegungen und BürgerInnen-Initiativen, die sich jetzt mehr und mehr Nichtregierungsorganisationen nennen lassen (ein bisschen verschroben, denn richtig besehen müßten die Regierungen erst mal als legitimationsbedürftige «Nichtgesellschaftsorganisationen» firmieren und sich fragen lassen, was sie der Gesellschaft und den BürgerInnen als Service bringen, und nicht die NROs sich an den Regierungen messen lassen). Hier wie so oft ist der Markt ein nützlicher Begriff zur Betonung demokratischer Massenlegitimität gegen arrogantes kulturelles Elitedenken wie auch gegen stattsallmacht-fixierte Paranoia. Aber damit hört es auch auf: politischer und publizistischer Wille kann den Markt mitformen, ist ihm nicht ohnmächtig ausgeliefert.

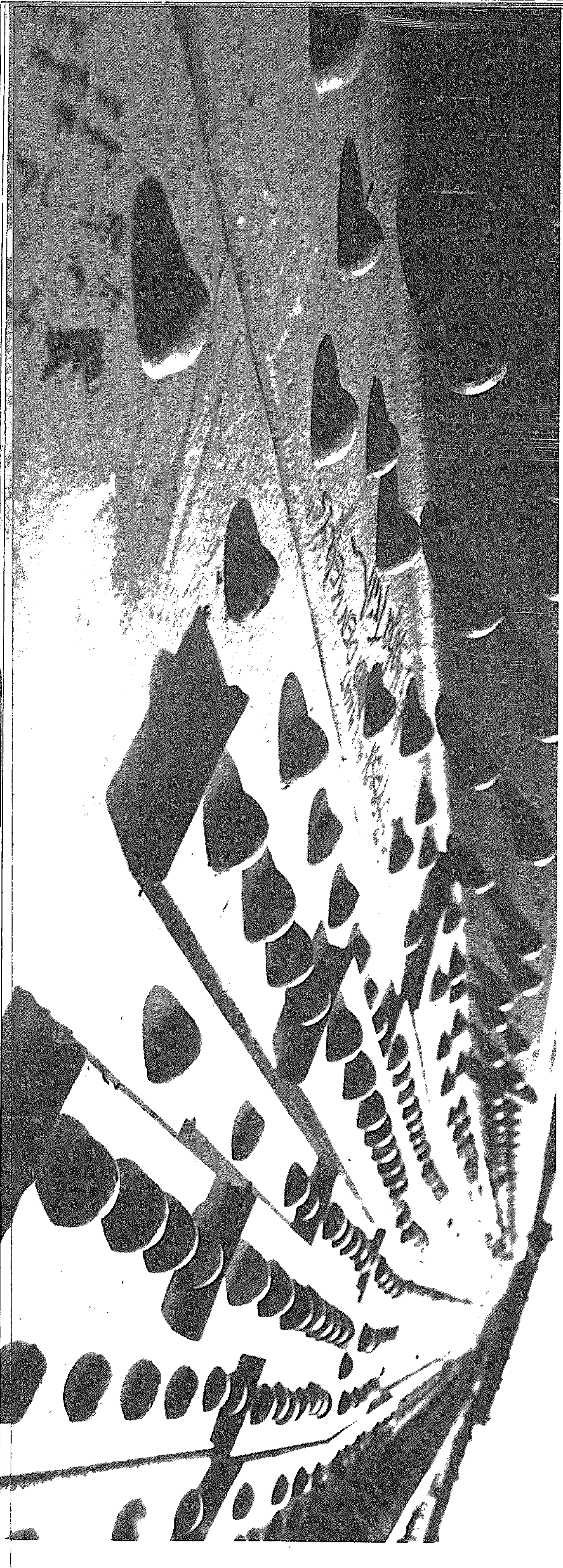
Zwei Probleme sind heute auffällig, gerade wenn vom Markt der Medien die Rede ist: das Generationsproblem der - im weitesten Sinne - «Achtundsechziger» gegenüber den heute «nachwachsenden» Aktiven, und die geradezu unglaublich sträflich nichtgeführte Werbungsdiskussion.

Die GründerInnen-Riege der klassischen Alternativmedien in den siebziger Jahren wie ID, Blatt, Kölner Stadtrevue, Hamburger Rundschau, Radio Dreyeckland, Courage, Emma, schließlich die tageszeitung, waren zwar nicht in dem Maß als Generation mit dem Nimbus der «Jugendrevolte» definiert wie die Achtundsechziger der großen Demonstrationen, Teach-ins und der «Szenenentstehung in den Großstädten: die 70er Jahre hatten ja etwas von Unternehmensgründungsgeist, und das Wort von den «neuen Geschäftsführern» machte als Dominanz-Vorwurf die Runde. Alteingefärbte Linke wie Hermann L. Gremliza von konkret, für den das Wiener publizistisch-literarische Allroundtalent Karl Kraus mit seiner Fackel einziger Maßstab war, machte die taz als «Volontariat der Nation» - für andere hieß das: Klippschule derselben - herunter. Das waren Anspielungen auf die schnellen und zahlreichen Durchmärsche von blitzschnell eingestiegenen JournalistInnen, die anschließend zu höheren Ehren der ZEIT, des SPIEGEL, des Deutschlandfunks oder des Senders Freies Berlin, vielleicht auch der Vogue für Männer aufrückten. Bald gab die taz-Belegschaft ihrerseits die herablassenden Vergleiche nach «unten» weiter, im Sinne des Stolzes auf die eigene vergleichsweise Professionalität; einige von denjenigen Stadtillustrierten, die nach der großangelegten Übernahme- und Zerstörungs-Attacke des Prinz noch überlebten, fühlten sich ähnlich. Heute gibt es bei den «Zwischen-Etablierten», wie eine Vertreterin von Radio Dreyeckland die taz einmal etikettierte, kaum ein Gespür für die Logik und Notwendigkeit des Generationswechsels. Was an - kein Wunder: alle Mal wortradikaleren-Publikationen sozusagen nachwächst, wird

nicht begrüßt mit einem «Wie wir damals - nur heute». Sondern die interims und Bahamas und hibiskus/diskus und Radio F.R.E.I. und Jungle Worlds werden oft mit der leicht arroganten Skepsis einer Generation beurteilt, die hegemoniale Ansprüche erhebt, die keine Kontinuität des Wandels sieht - und jedenfalls keinen Wandel, der ihr Abtreten einschließt. Einrichtungen zur kontinuierlichen Weitergabe von Kenntnissen, Erfahrungen, Fertigkeiten gibt es nicht, werden kaum erwogen; das «Learning by doing» setzt in der Regel immer voraus, daß die Neuen sich mit der vorgefundenen «Betriebsfamilie» arrangieren, besser: identifizieren. Ein «Gemeinschaftswerk der alternativen Publizistik» (der Name wäre dem «Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizitik» abgeguckt, wo viele linke JournalistInnen ihr Handwerk gelernt und weitere Infrastruktur-Dienste genutzt haben) steht nicht einmal auf dem Wunschzettel.

Weitergehend läßt sich auch fragen: Wäre es vielleicht mal an der Zeit, diesem Sandkasten- oder Durchlauferhitzer-Status der alternativen Medien als Übungsfeld für die Etablierten nicht nur hinterherzulamentieren, sondern, immerhin nach Jahrzehnten, durch «Netzwerk» Rechnung zu tragen? So daß zwischen denjenigen, die separate Gegenöffentlichkeit von unterschiedlicher Radikalität der politischen Kritik aufrechterhalten, und denen, die in etablierten Redaktionen sitzen, ein kontinuierlicher Austausch abläuft? Das kann heikel sein. Vielleicht weniger an den propagandistisch sichtbaren Stellen, wenn jemand von der Redaktion ARD-aktuell, der unter anderem die Tagesschau obliegt, mit einer vom Kurdistan-Info zusammensitzt, die ihn des Rassismus wegen Fahndungsfotos von Asylbewerbern bezichtigt. Eventuell eher zwei Stunden später, wenn mit Peinlichkeit zutage tritt, daß sich Leute mit Längenunterschieden des Portemonnaies von 1:6 oder 1:15 schlecht auf eine gemeinsame Kneipe einigen werden. (Die Lektüre der ersten Gehaltsabrechnung von tazlerInnen, die bei etablierten Verlagen nach der deutschdeutschen Vereinigung eingekauft waren, brachte einige solche augenschwindelnmachenden Effekte.) Bei vielen, gerade im linksradikalen oder anarchistischen Grüppchen, werde ich Widerspruch ernten (und hoffentlich Diskussion in Gang setzen), wenn ich ein generalisiertes «Verrats»-Geheul als unzutreffend, abgeschmackt und selbstzerstörerisch bezeichne. Nichts anderes steht auf der Tagesordnung als daß Leute, die bei irgendwelchen Stadtblättern angefangen haben, die sich bei der taz Tschernobyl-Aufklärungs-Verdienste erworben haben, wodurch der SPIEGEL auf sie aufmerksam wurde, und die heute dessen vielfach größeren Recherche-Spielraum nutzen, in einen kontinuierlichen Prozeß des Gebens und Nehmens mit den «separatistischen» Öffentlichkeits-Aktivisten zu bringen. Diese innere Gegenöffentlichkeit in den etablierten Redaktionen ist zahlenmäßig hundertmal stärker als die separatistische, und auch wenn die radikalere Opposition als Innovations-Anregung heruntergehandelt wird, auch wenn eine Anzahl tatsächlich - Verrat oder nicht - bei reaktionären Positionen gelandet ist: alles konzediert, ist es doch ein großes und wichtiges Potential, und den Kontakt nicht zu stabilisieren, heißt einfach kulturell-politische Arbeit entwerten, vernichten, verschleudern. In aller Offenheit subversive Prozesse verstärken - darauf kommt es an.

Über die All-Macht oder Ohn-Macht der Reklame gibt es das erstaunlichste Schweigen im weiten Bereich oppositioneller Öffentlichkeit. Einerseits will sich selbst das aufrechteste Stadt-Blatt wenigstens die Möglichkeit der Werbefinanzierung offen halten, um das Überleben zu sichern, wie es treuherzig heißt. Andererseits fehlt es den entschieden Werbefreien, etwa den Freien Radios, an genauen Argumenten, um die schädlichen Einflüsse der Werbung auf die publizierten Inhalte nachzuweisen. Die ökonomischen Gründe, wonach die Werbung die Verbrauchspreise erhöht, wie sie von den Publizistik-Professoren Kleinsteuder (Hamburg) und Pöttker (Dortmund) gebetsmühlenhaft vorgetragen werden, lassen sich von den dynamisch (anstatt nur statisch) rechnenden WirtschaftsexpertInnen schnell kippen. Übrig bleibt, daß durch bestimmte Formen der Reklame (besonders das bei uns noch herrschende Verbot vergleichender Werbung) eine aggressive VerbraucherInnen-Publizistik unterbleibt. Zum Beispiel könnte der gegenwärtige Fahrrad-Boom eine Preis/Umwelt/Qualitäts-



lenweit entfernte öffentliche Diskussion über Konsum und lustvollen Verzicht, Lebensgenuß und -qualität, Ökologie, Ökonomie und Ästhetik, kurz: was, unter Reklameherrschaft zum «Lifestyle» verkommen, das «gute Leben» hätte sein sollen. Statt dessen verstieg sich selbst die immerhin auf vornehme Werbungs-Distanz (mehr notgedrungen als aus eigenem Drive) achtende taz kürzlich dazu, ausgerechnet zum Wohle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks!, die Werbung als Garantie des Demokratischen in der Öffentlichkeit hoch zu preisen. Ohne Werbung verkomme ein Medium zum Elitären, Minderheits-Fixierten! Oh nein, selbst die als dumpf verschriene Glatzenmehrheit hat noch einen Rest Bewußtsein von Qualität bewahrt; die erfolgreiche Werbung für Werbefreiheit bei Privaten (Pay TV = la Premiere) beweist es. Aber den Weg zur Qualität müssen die JournalistInnen schon selber finden.

Damit sind wir beim Thema der professionellen Deformation. In seinen zu Unrecht unbekannt gebliebenen Büchern hat der unbekannt gebliebene Autor Guido Bröer psycho-analytisch fundiert anzusprechen versucht: Wenn JournalistInnen die lebendigen Verhält-nisse zwischen Menschen als fertig verpackte Routineprodukte, als Waren zu verkaufen suchen, bestreiten sie eine «nekrophile», am toten Haben statt am lebendigen Sein orientierte Tätigkeit (Journalismus als Lebensform, Münster: Agenda Verlag, 1994). Ein Mitglied des größten Kassetten-Verlags für Drit-te-Welt-Musik schilderte vor Jahren, seine Freundin habe sich verbeten, daß er Journalisten Zum Essen mitbringe: «Was du auch erzählst, wenn es gut war, zücken sie ihr Notizbuch, kreischen Geil, das biet ich dem xy-Funk an, no-tieren die Telefonnummer und essen verzückten Blicks und mit gespitzten Ohren weiter». Keine pure, naive Romantik, wenn es 1973 beim ID hieß: «Baut keinen linken Journalismus auf, sondern laßt die Betroffenen zu Wort kommen». Auch wenn wir verwahrlostes Betroffenen-Gestammel heute (als Fälle unterlassenere Hilfeleistung) entschieden hinter uns gelassen haben und auf journalistischem Beistand zwecks Qualität betsehen - immer geht es um eine Brückenfunktion zwischen lebendigen Menschen und medialer Öffentlichkeit. Bröer zeigt die schlimmsten Folgen journalistischer Deformation an der Recherche-Verweigerung in der Berichterstattung über die rassistischen, fremdenfeindlichen Gewalttaten in Deutschland. Eine analytische Ergänzung zu den aktionistischen Vorschlägen etwa der autonomen a.f.r.i.k.a.-Gruppe (Medienrandale).

Zurück zu der eingangs zitierten Chaos-Diskussion. (Sie hat übrigens wirklich stattgefunden - Juni 1998, in Frankfurt am Main, im linken Traditions-Club Voltaire, unter Teilnahme von Emil Carlebach, der als Gründer der Frankfurter Rundschau in selbstverwalteter Verfassung unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg so viel Lob bekam wie er als Stalinist verdiente Prügel einstecken mußte.) Aus verschiedensten Richtungen und Erfahrungen schälte sich dann doch ein Konsens heraus: Zukunft der Arbeit, Terror der Ökonomie, Freiheit & Glück mit selbstbestimmter Kooperation - an der Lösung dieser Probleme scheint man der Gegenöffentlichkeit und der «verschränkten» Öffentlichkeit (mit dem kritischen Ferment im journalistischen Establishment) Lösungsbeiträge zuzutrauen oder jedenfalls zuzumuten. Das hat mit Reflexions- und Recherche-Vermögen, auch mit neuerlicher Theorie-Anbindung viel zu tun. Die Brükkenschläge zu den Unterprivilegierten verstehen sich dabei von selbst. Und die inneren Kooperationsverhältnisse der Öffentlichkeits-Betriebe oder -Projekte bekommen neue, authentische Bedeutung. Es gibt noch zu tun - für die nächsten fünfundzwanzig Jahre. Manche alten Kontroversen bleiben aktuell auszutragen, aber auf zukunftsfähigem Niveau, nicht als Stallgerüche von vorgestern.

ID/Projekt Alltag: Richard Herding

Foto: Ute Moschner/Version

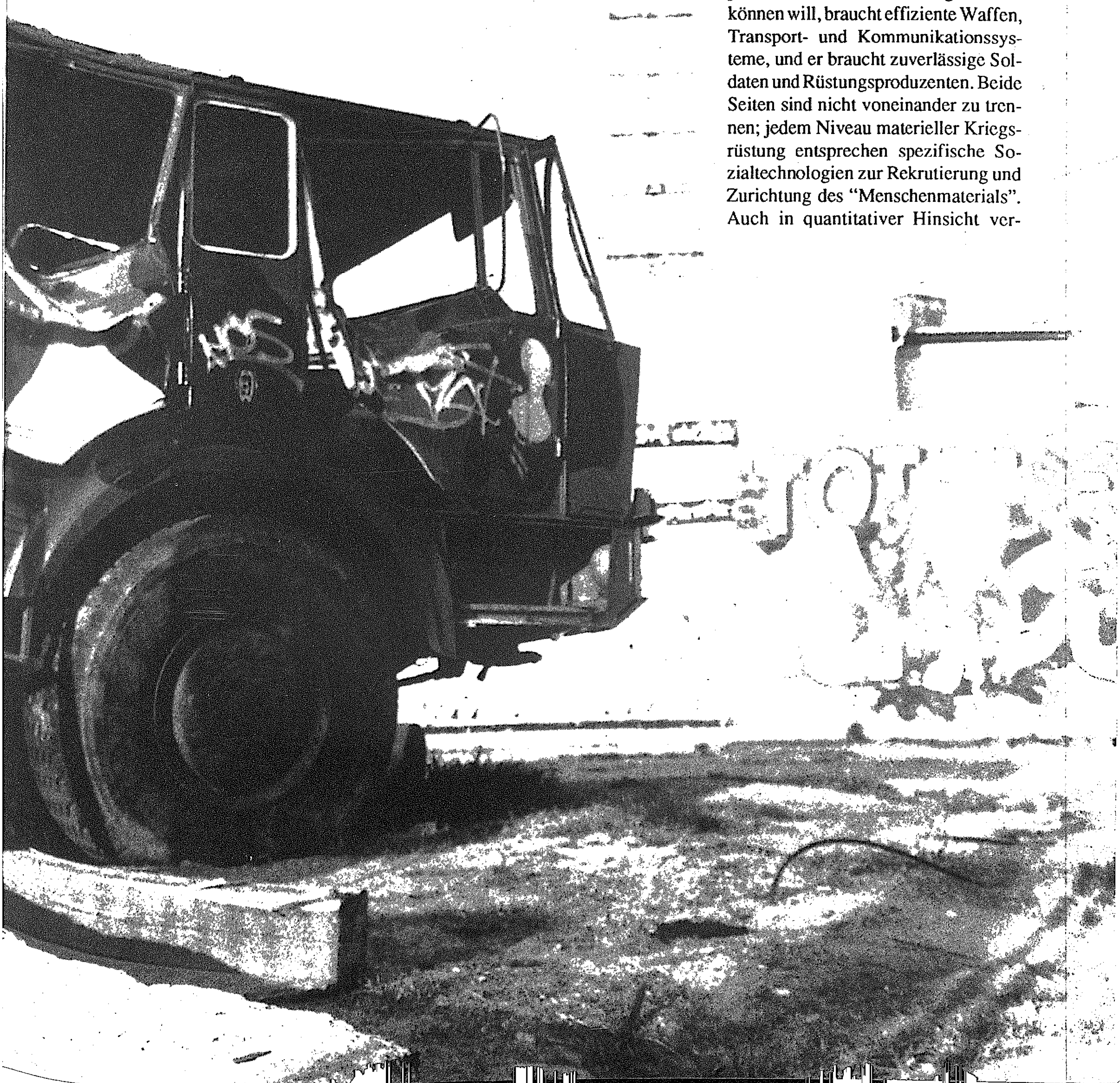
Ulrich Bröckling

Sand im Getriebe?

Kriegsdienstverweigerung nach dem Ende der Massenheere

Alle Fotos: Jan Jacob Hofmann

Militärische Rüstung, der kontinuierliche Herrschaftsakt der Aneignung gesellschaftlicher Ressourcen und ihrer Umformung in Kriegsmittel, besaß und besitzt stets eine materielle und eine personelle Seite. Wer Kriege führen können will, braucht effiziente Waffen, Transport- und Kommunikationssysteme, und er braucht zuverlässige Soldaten und Rüstungsproduzenten. Beide Seiten sind nicht voneinander zu trennen; jedem Niveau materieller Kriegsrüstung entsprechen spezifische Sozialtechnologien zur Rekrutierung und Zurichtung des "Menschenmaterials". Auch in quantitativer Hinsicht ver-



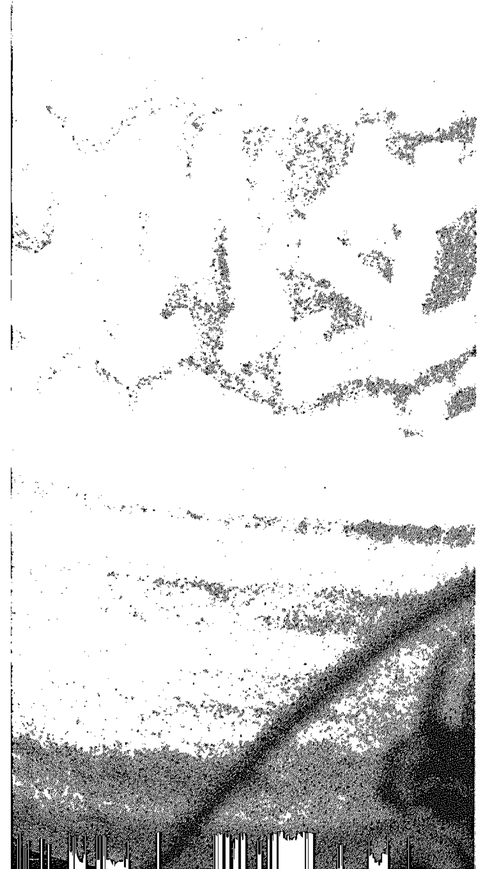
schiebt sich das Verhältnis von Personal und Material: Erzeugte die Industrialisierung des militärischen Gewaltpotentials seit Mitte des letzten Jahrhunderts zunächst auch einen gesteigerten Bedarf an Menschen, so haben die Potenzierung der Vernichtungskapazitäten und die parallele Automatisierung der Kriegführung inzwischen Massenheere zumindest unter dem Gesichtspunkt militärischer Effizienz entbehrlich werden lassen. In den Jahren des Ersten Weltkriegs, in der Aufrüstungsphase nach 1935 und erst recht während des Zweiten Weltkrieges erreichte trotz forcierter Ersetzung von Menschen durch Maschinen auch die Mobilisierung der personellen Ressourcen ein bis dahin nicht gekanntes Ausmaß. Niemals wurden mehr Soldaten auf die Schlachtfelder geworfen, niemals wurden auf ihnen mehr getötet als zwischen 1939 und 1945. Erst die Entwicklung der "totalen Waffe" und ihr Einsatz in Hiroshima und Nagasaki machten einen totalen Krieg ohne totale Mobilmachung der Gesellschaft möglich. Ein Minimum an Personal reicht aus, um ein Maximum an tötender Gewalt zu erzeugen und ganze Gesellschaften, wenn nicht die menschliche Gattung insgesamt auszulöschen. Nachdem die Feldzüge jahrtausendelang von bewaffneten Männern geführt wurden und danach für ein halbes Jahrhundert bemannte Waffen das Kriegsgeschehen dominierten, ist jetzt die Epoche der unbemannten, vermeintlich "intelligenten" Waffen angebrochen. Angesichts von Overkill-Kapazitäten und Echtzeit-Technologien erscheint die Gestalt des Soldaten antiquiert - ein Spezialfall jener Antiquiertheit des Menschen, die Günther Anders in seiner Anthropologie des Atomzeitalters diagnostiziert hat.

Während die Entwicklung der Kriegstechnik zu immer größeren Geschwindigkeitseffekten führt, wirkte Antimilitarismus, wenn er praktisch wurde, stets als Bremse, als Unterbrechung der Militärmaschine. Davon zeugen Metaphern wie die vom "Sand im Getriebe", davon zeugt auch das Symbol des zerbrochenen Gewehrs, und das Kampfmittel des Anarchosyndikalismus par excellence, der Generalstreik, war, um Paul Virilio zu zitieren, "eine Barrikade in der Zeit". Was Widerstand gegen Krieg und Militär heute schwierig macht, läßt sich unter diesem Blickwinkel auf eine einfache Formel bringen: reduzierte Brems- und Unterbrechungsfähigkeit der Antimilitaristen bei potenzierter Beschleunigungskraft des Militärs. Die Hoffnung etwa, die Kriegführungsfähigkeit mittels massenhafter Dienstverweigerung entscheidend schwächen zu können, ist an der technischen Rationalisierung des Kriegshandwerks zerstoben, - weshalb man sich staatlicherseits den Verweigerern gegenüber toleranter zeigen konnte. Umgekehrt hatten die organisierten Pazifisten - zumindest in Deutschland - sich erst dann dazu durchgerungen, zur Kriegsdienstverweigerung aufzurufen, statt an die Staaten zu appellieren, doch bitte abzurüsten, als diese Waffe bereits stumpf zu werden drohte. So hatte bereits 1931 der Radikalpazifist Kurt Hiller seinen friedensbewegten Gesinnungsgenossen vorgehalten: "Jene Sektion des Kriegsgegnertums, die in der Dienstverweigerung das Allheilmittel gegen den Krieg sieht, humpelt hinter der Entwicklung her - hinter der Entwicklung der Kriegs-Technik und der politischen Theorie. Nieder die Wehrpflicht! Es lebe die Dienstverweigerung! So rufe ich noch heute. Aber mit dem Kampf gegen die Wehrpflicht und mit einer selbst grandios glückenden Propaganda der Dienstverweigerung wird ein Krieg, der einmal ausgebrochen ist, umso weniger erschwert oder gar zum Abbruch gebracht werden, als, aller Voraussicht nach, der Zukunftskrieg gerade in seinen aggressivsten Formen durch technische Elitetruppen geführt wird, die sich aus Freiwilligen zusammensetzen. Nicht etwa aus Schein-Freiwilligen, wie es die 'Einjährig-Freiwilligen' des Zweiten Reiches waren (...), sondern aus wahrhaft Freiwilligen, nämlich Fanatikern des Kriegs oder sportlichen Enthusiasten des Kriegs. Der Appell zur Dienstverweigerung erreicht die Menschen dieses Typus wohl, aber depotenziert sie nicht. Im Gegenteil: er fordert ihren Protest heraus und steigert so ihren kriegerischen Willen."

Bis 1945 waren Verweigerer ent-



weder kriminalisiert, pathologisiert oder als Vaterlandsverräter geächtet worden. Dienstunwillige hatten untertauchen, das Land verlassen oder Krankheit vortäuschen müssen, um nicht zum Dienst gezwungen zu werden oder für ihre Verweigerung harte Strafen bis hin zur Todesstrafe erleiden zu müssen. Fürstliche Toleranzedikte, die in der Zeit des Absolutismus Angehörige pazifistischer Glaubensgemeinschaften gegen eine jährliche Geldzahlung vom Militärdienst freigestellt hatten, waren im 19. Jahrhundert abgeschafft, eine Verurteilung religiös motivierter Kriegsdienstverweigerer aber meist dadurch umgangen worden, daß man diesen die Möglichkeit zum waffenlosen Sanitätsdienst eingeräumt hatte. Während des Ersten Weltkriegs waren die militärischen Behörden in der Regel davon ausgegangen, "ein Soldat, der sich angesichts der Notlage unseres Vaterlandes aus angeblichen religiösen oder moralischen Gründen zur Dienstverweigerung entschliesse und der auf dieser Weigerung auch noch nach Bekanntgabe der schweren seiner wartenden Strafe beharre, müsse geisteskrank sein". Entsprechend hatte man die kleine Zahl der Verweigerer den Psychiatern zur Begutachtung überstellt, die dann religiöse Wahnvorstellungen, "verschrobenen Fanatismus" oder Fixierung auf eine "überwertige Idee" diagnostizierten. In der Zeit des Nationalsozialismus schließlich fiel Kriegsdienstverweigerung unter den Straftatbestand der "Wehrkraftzersetzung" und wurde mit dem Tode bestraft.



Noch unter dem Eindruck der NS-Greuel wurde nach 1945 das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in der Verfassung der Bundesrepublik verankert. Artikel 4,3 des Grundgesetzes bestimmt: "Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden." Von ihrem Zustandekommen her war die Entscheidung, dem Staat zwar weiterhin das Recht zuzubilligen, alle männlichen Bürger zu den Waffen zu rufen, gleichzeitig aber eine individuelle Ausnahmeregelung mit staatlicher Gewissensprüfung und obligatem zivilen Ersatzdienst zu schaffen, zweifellos eine Reaktion auf die terroristische Rekrutierungspraxis und totale Militarisierung vor dem und während des Zweiten Weltkriegs. Daß man das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung im gleichen Artikel wie die Glaubens- und Gewissensfreiheit und das Recht auf ungestörte Ausübung der Religion ansiedelte, deutet darauf hin, daß vor allem daran gedacht war, eine strafrechtliche Verfolgung religiöser Minderheiten wie der Zeugen Jehovas zu vermeiden. Entsprechend bemühte sich die Regierung Adenauer, als im Zusammenhang mit dem im Juli 1956 verabschiedeten Wehrpflichtgesetz die rechtliche Regelung der Kriegsdienstverweigerung akut wurde, um eine restriktive Auslegung des Artikels 4,3. Angesichts der Widerstände gegen die Remilitarisierung befürchtete man, ein erheblicher Teil der dienstpflichtigen jungen Männer werde von ihrem Grundrecht Gebrauch machen, und baute aus diesem Grund zahlreiche Hürden auf: Die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer erfolgte nur auf schriftlichen Antrag; die Antragsteller hatten sich dann einem staatlichen Prüfungsverfahren zu unterziehen, in dem nur diejenigen Gewissensgründe geltend machen konnten, die aus religiösen oder ethischen Prinzipien grundsätzlich jede Beteiligung an einem Krieg ablehnten. Schließlich wurden die Kriegsdienstverweigerer verpflichtet, einen zivilen Ersatzdienst abzuleisten, bei dem zunächst an Aufgaben im Luft- und Zivilschutz gedacht war. Wenn das Ersatzdienstgesetz vom Januar 1960 auch die Priorität auf den "Dienst in Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten" legte, so blieb es doch bei einem staatlichem Zwangsdienst, dessen Einbindung in ein Konzept militärisch-ziviler Gesamtverteidigung schon daraus ersichtlich war, daß die Ersatzdienstpflicht im Verteidigungsfall unbefristet sein sollte.

Unabhängig von den Intentionen der "Verfassungsväter und -mütter" und trotz aller Klagen militärischer Kreise über hohe Verweigererzahlen und zunehmende "Wehr-Verneinung" erwies sich die Legalisierung der Kriegsdienstverweigerung allerdings als durchaus kompatibel mit den Erfordernissen zeitgemäßer Militärorganisation. In den Verhandlungen des Parlamentarischen Rates hatte der spätere Bundespräsident Theodor Heuss bereits darauf hingewiesen, das Problem des Kampfes mit der Waffe und damit auch das seiner Verweigerung sei "heute völlig obsolet geworden, weil das Herstellen von Bomben oder die Arbeit an Panzerwagen in viel höherem Maße eine Kriegsdienstleistung ist, als wenn einer mit einer Knarre an der Brücke herumsteht". Die hochtechnisierte Kriegführung ersetzte menschliche durch maschinelle Destruktionskraft und erlaubte nicht nur, sondern forderte geradezu den Abschied von personalintensiver Rüstung. Der Staat brauchte längst nicht mehr alle jungen Männer als Soldaten, und er brauchte im Rahmen seiner Rüstungsanstrengungen junge Männer auch an anderer Stelle als in der Armee. Es erschien daher allemal opportuner, potentielle "Störer und Versager" gar nicht erst in die Kasernen gelangen zu lassen, als aus ihnen mit großem disziplinarischem Aufwand und möglicherweise erfolglos effiziente Soldaten machen zu wollen. Die Waffen-, Transport- und Kommunikationssysteme waren zu empfindlich und kostspielig, um ihre Bedienung und Wartung einem widerwilligen und deshalb unzuverlässigen Personal zu überlassen. Das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung fungierte als ein Filter, der diejenigen fernhielt, die in der Bundeswehr zum "Sand im Getriebe" hätten werden können.

Der Vordenker der «Inneren Führung», Wolf Graf von Baudissin formulierte das Kalkül pädagogisch und hielt es für sinnvoller, die militärischen Verbände von denjenigen "zu entlasten", "die offensichtlich überhaupt

nicht oder nur schwer für die Dienstleistung zu motivieren sind": "Sie stören die Entwicklung eines förderlichen Betriebsklimas und machen vor allem die Grundforderung nach prinzipieller Vertrauensvorgabe fragwürdig. (...) Vorgesetzte (sind) weder nach Vorbildung noch aus zeitlichen Gründen in der Lage, zugleich den 'Schwierigen' wie der Führung ihrer Einheit gerecht zu werden. Militärische Verbände sind keine Schule der Nation. Ihre Ausbildungs-, Erziehungs- und Bildungsarbeit ist allein auf die Erfüllung der militärischen Funktion gerichtet."

Erschien der Verzicht auf Zwangsrekrutierung und Kriminalisierung, sofern sich die Dienstunwilligen an das gesetzlich vorgegebene Procedere hielten und den staatlichen Prüfern ihren Gewissenskonflikt glaubhaft machen konnten, schon aus militärinterner Perspektive angezeigt, so entsprach das Recht zur Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen erst recht den allgemeinen Integrationsanforderungen einer funktional differenzierten Gesellschaft. Der Artikel 4,3 des Grundgesetzes erwies sich als probates Mittel sozialer Planung. Er trug zur funktionalen Stabilisierung der Gesamtordnung bei, indem er ein Äquivalent für die Ableistung des Wehrdienstes installierte und auf diese Weise die Entstehung von Märtyrern und Dissidenten verhinderte. Deren Verfolgung hätte die rechtliche Integration der Gesellschaft mit unnützen Reibungsverlusten belastet und zudem erhebliche Kosten verursacht. Die amtlich geprüften Kriegsdienstverweigerer standen dagegen dem Staat weiterhin als Zivildienstleistende zur Verfügung. Und diese brauchte er im Zeitalter gesamtgesellschaftlicher Rüstung und expandierender Staatsfunktionen nicht weniger als die Diener im Waffenrock - als billige Arbeitskräfte im sozialen Bereich, im "Verteidigungsfall" für Hilfsdienste an der Heimatfront. Die gewissensentlastende Alternative Wehr- oder Zivildienst gewährleistete so zugleich eine sinnvolle Verteilung der Kräfte. Der (auf den männlichen Teil der Bevölkerung beschränkte) gesetzliche Zwang zu dienen blieb bestehen, aber an die Stelle der alternativlosen Nötigung zum Militärdienst trat die Nötigung, zwischen alternativen Diensten zu wählen. "Wilde" Verweigerung wurde und wird weiterhin streng geahndet. Wer nicht bereit ist, überhaupt einen staatlichen Zwangsdienst zu leisten oder den zuständigen Organen in der vorgeschriebenen Form und mit den von der Rechtsprechung anerkannten Argumenten seine Glaubwürdigkeit zu demonstrieren, hat in der Regel eine Haftstrafe zu gewärtigen. Bis 1990 bestand die Möglichkeit, sich durch Übersiedlung nach Berlin dem Zugriff der Bundeswehr und zugleich der Einberufung zum Zivildienst zu entziehen. Dieses von zahlreichen Dienstpflichtigen genutzte Schlupfloch - Schätzungen sprechen von rund 50.000 Berlin-Flüchtlingen - wurde allerdings mit der Aufhebung des Viermächtestatus der Stadt im Rahmen der Wiedervereinigung geschlossen.



Noch Mitte der sechziger Jahre stellten weniger als ein Prozent der Wehrpflichtigen einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer. Seit 1968 stieg die Zahl der Anträge; inzwischen ist die Ableistung des Militärdienstes "längst nicht mehr die Regel

und die Verweigerung nicht mehr die Ausnahme." Etwa ein Drittel der Wehrpflichtigen eines Musterungsjahrgangs verweigert den Dienst bei der Bundeswehr. Die schikanösen Prüfungsverfahren mit ihren inquisitorischen Befragungen der Antragsteller wurden weitgehend abgeschafft. In der Regel reicht eine schriftliche Begründung des Antrags; lediglich "Spätverweigerer", die sich erst nach ihrer Einberufung, bei der Bundeswehr oder als Reservisten zur Kriegsdienstverweigerung entschließen, müssen sich noch einer Gewissensprüfung unterziehen. Standen in der Anfangszeit kaum Zivildienstplätze zur Verfügung, so sind die "Zivis" heute im Sozialsystem der Bundesrepublik eine fest einkalkulierte Größe, ohne deren Einsatz insbesondere die Versorgung alter, kranker und behinderter Menschen kaum mehr gewährleistet werden könnte. Entsprechend ihrer Schlüsselstellung im bundesdeutschen Sozialwesen stellen die freien Wohlfahrtsverbände auch die größte Zahl der Zivildienstplätze. Mit der für jeden Krankenhauspatienten, Heimbewohner oder Bezieher von "Essen auf Rädern" unmittelbar einsichtigen Bedeutung des sozialen Engagements der Zivildienstleistenden hat sich auch die gesellschaftliche Wertung der Kriegsdienstverweigerung gewandelt. Aus den entweder des politischen Radikalismus verdächtigten oder als empfindsame Seelen belächelten "Drückebergern", die noch in den siebziger Jahren vielerorts Anfeindungen ausgesetzt waren, sind im öffentlichen Bild allseits anerkannte Sozialhelfer und Krankenpfleger auf Zeit geworden. Der gesellschaftliche Nutzen ihrer Tätigkeit leuchtet häufig weit eher ein als jener des Dienstes als Soldat.

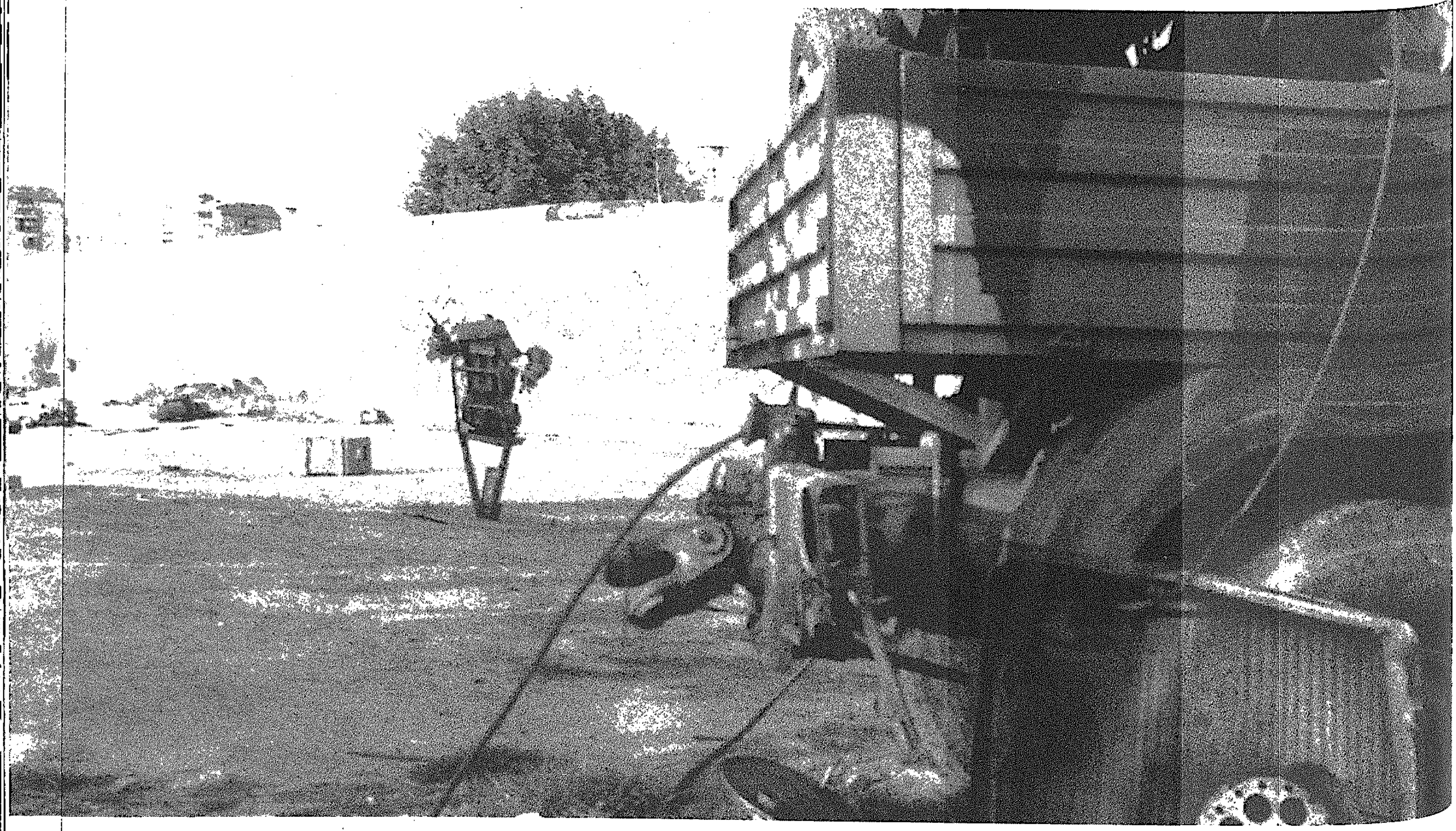
Die Hoffnung antimilitaristischer Gruppen im Umfeld der Neuen Linken, daß steigende Verweigererzahlen auch die radikale Opposition in der Bundesrepublik stärken würden, hat sich allerdings nicht erfüllt. So sympathisch wie wirklichkeitsfremd klingt aus der historischen Distanz von dreißig Jahren beispielsweise die Stellungnahme des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer zur geplanten Anti-Bundeswehr-Kampagne des SDS: "Es gilt, den ethisch-pazifistischen Naturschutzpark, den die Herrschenden den a priori als sektiererische Spinner diffamierten Kriegsdienstverweigerern als Alibi für ihre Liberalität nur allzu gern eingeräumt haben, zu sprengen, indem wir die Kriegsdienstverweigerung als Mittel der massenhaften Politisierung und Aktivierung einer politischen Entscheidung auffassen." In der individuellen politischen Sozialisation markierte die Kriegsdienstverweigerung oftmals zwar einen wichtigen, aber eben auch einen nur individuellen Schritt; eine Politisierung der Verweigerung selbst blieb die Ausnahme. Auch in der Anti-Nachrüstungsbewegung der frühen achtziger Jahre spielten organisierte Kriegsdienstverweigerer so gut wie keine Rolle. Wer den Kriegsdienst verweigerte, wollte selbst kein Soldat werden, war aber nicht unbedingt ein prinzipieller Gegner des Militärs oder bundesdeutscher Militärpolitik. Daß massenhafte Dienstverweigerung ein probates Mittel sein könnte, um die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr zu schwächen, mochte auch von den Verweigerern kaum einer glauben. Die friedensbewegte Parole "Stell' dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin", die zahllose Hauswände zierte, entsprach nicht mehr dem technischen Niveau einer Kriegsrüstung, die immer weniger auf die Bereitschaft "hinzugehen" angewiesen war.

Der Prozeß der Individualisierung hat sich seit den sechziger Jahren zweifellos verstärkt, und in der Frage der Kriegsdienstverweigerung haben inzwischen andere Selbststeuerungsmechanismen dem Gewissen den Rang abgelaufen. Bei der Wahl zwischen Bundeswehr und Zivildienst spielen Gewissensgründe im herkömmlichen Sinne jedenfalls nur noch eine untergeordnete Rolle. Auf religiös oder politisch motivierte pazifistische Grundüberzeugungen berufen sich am ehesten noch die Totalverweigerer, die sich in keiner Weise zum Werkzeug staatlicher Rüstungsplanungen machen lassen wollen und deshalb auch die Ableistung des Zivildienstes ablehnen. Die Mehrzahl der Wehrpflichtigen entscheidet sich dagegen nach einem individuellen Kosten-Nutzen-Kalkül, bei dem die erwarteten Vor- und Nachteile für die weitere Lebensplanung, Dienstdauer und -ort oder Chancen zur beruflichen Qualifikation im Vordergrund stehen. Nicht weniger wichtig sind die Wünsche und Befürchtungen, die sich für die Jugendlichen an Bundeswehr oder Zivildienst heften: Ist für die einen die Aussicht auf kasernierte Zwangsgemeinschaft, Uniformierung, Gehorsamspflicht, Waffenausbildung und Geländemärsche ein Graus und Grund allemal genug, eine Tätigkeit im Krankenhaus oder Altersheim vorzuziehen, so liegt für andere gerade in den (realen oder imaginierten) Härten des Militärdienstes die Herausforderung, die diesen als männliches Initiationsritual und willkommene Unterbrechung des zivilen Alltags attraktiv erscheinen läßt. Die Entscheidung korrespondiert zugleich häufig mit den politischen Orientierungen der Jugendlichen: Die Rechten (aber nicht nur sie) zieht es zu den Waffen, verkörpert doch die Bundeswehr nicht nur ein Modell autoritärer



Vergesellschaftung, sondern erteilt vor allem auch eine Lizenz zur Anwendung von Gewalt. Linke Jugendliche (und natürlich auch viele, die sich nicht der einen oder der anderen Seite zuordnen lassen wollen) meiden dagegen eher dieses Exekutionsorgan und Kollektivsymbol staatlicher Gewalt und dienen lieber in Zivil. Wenn schließlich politische Ereignisse wie der Golfkrieg die Verweigererzahlen sprungartig in die Höhe schnellen lassen - 1991 verdoppelte sich im Vergleich zum Vorjahr die Zahl der Anträge auf mehr als 150.000, darunter viele Reservisten und Soldaten -, so macht das deutlich, in welchem Maße die individuelle Wehrdienstbereitschaft davon abhängt, ob der Jugendliche, der sich zwischen Militär- und Zivildienst zu entscheiden hat, fürchtet, als Soldat zu einem Kriegseinsatz abkommandiert zu werden.

Parallel zur gesellschaftlichen Integration der Kriegsdienstverweigerung mehrten sich seit den siebziger Jahren Fälle, in denen radikale Pazifisten und Antimilitaristen die Einbindung des Zivildienstes in die staatlichen Konzepte zivil-militärischer Gesamtverteidigung kritisierten und daraus die Konsequenz zogen, auch diesen zu verweigern. "Alle Wehrpflichtigen, die den Ersatzdienst leisten bzw. geleistet haben", heißt es in der Plattform der "Gruppe Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Militarismus", einem 1976 gegründeten Zusammenschluß von Totalverweigerern, "können im Kriegsfall (ebenso wie Soldaten) zu einem Dienst unbegrenzter Dauer einberufen werden (§ 79 Zivildienstgesetz). Der Ersatzdienst ist wie der Kriegsdienst ein staatlich verordneter Zwangsdienst und wird daher nie dem Kriegsdienst entgegenstehen. Durch die Veränderung der modernen Waffentechnik sind die Ersatzdienstleistenden mit in die strategischen Überlegungen eingegangen und somit auch notwendiger geworden. Die Armee braucht immer weniger Soldaten, da komplizierte Massenvernichtungsmittel nur noch wenige Spezialisten erfordern. Die Reichweite der Waffen macht es unmöglich, einen Krieg nur noch exterritorial zu führen und erfordert deshalb eine kriegsbeständige Infra- und Sozialstruktur. Diese wird durch einen militärisch strukturierten Ersatzdienst mit vielfältigen Einsatzmöglichkeiten (Versorgung im zivilen Bereich, Zivilschutz, Hilfskrankenhäuser u.a.) gestärkt. Durch Einsatz von Ersatzdienstleistenden im zivilen Bereich werden Kräfte für den Militärdienst frei." Mit dem Alltag der Zivildienstleistenden hatten solche Argumente wenig zu tun, die Kritik der Totalverweigerer antizipierte vielmehr den "Ernstfall", den die Bundeswehr durch ihr Abschreckungspotential zu verhindern behauptete. Während der Krieg im Bewußtsein der Soldaten wenn nicht verschwand, so doch in den Hintergrund gedrängt wurde und die Ausbildungsoffiziere immer größere Mühe hatten, den Wehrpflichtigen den militärischen Sinn ihres Dienstes zu vermitteln, insistierten die radikalen Kriegsdienstgegner darauf, daß Abschreckung Kriegsbereitschaft voraussetzt und zu diesem Zweck auch ihre Arbeitskraft eingeplant sei. Ihre Verweigerung richtete sich nicht in erster Linie gegen die konkrete Tätigkeit im Krankenhaus oder Altersheim, sondern demonstrierte - gewissermaßen in vorauseilendem Ungehorsam -, daß mit ihnen auch als zivile Vaterlandsverteidiger nicht zu rechnen sei. In den Bekenntnisschriften der Totalverweigerer taucht allerdings häufig noch ein weiteres Motiv zur Verweigerung des Zivildienstes auf: seine Funktion als "Jobkiller" im Sozialbereich. Obwohl ihr Einsatz den gesetzlichen Vorschriften nach "arbeitsmarktneutral" sein sollte, sind die zwangsverpflichteten "Zivis" erheblich billiger als tariflich bezahlte Arbeitskräfte, und ohne ihren Einsatz könnten zweifellos Kranken-



häuser, Altersheime oder Pflegedienste ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen.

Unter dem Begriff Totalverweigerung wurden dabei durchaus unterschiedliche Verweigerungsformen von der Erfassungs- und Musterungsverweigerung über die Weigerung, sich dem KDV-Verfahren zu unterziehen, bis hin zur Nichtaufnahme oder zum Abbruch des Zivildienstes zusammengefaßt. Selbst Bundeswehrreservisten oder ehemalige Zivildienstleistende, die den zuständigen Behörden mitteilten, künftig weder einer Einberufung zu Wehrübungen noch einer Dienstverpflichtung im Krisenfall Folge leisten zu wollen, bezeichneten sich als Totalverweigerer. Gemeinsam war all diesen Formen die (zu welchem Zeitpunkt auch immer getroffene) Entscheidung, der Wehrpflicht fortan in keiner Weise mehr zu genügen. Die Totalverweigerer begriffen ihre Entscheidung als einen Akt zivilen Ungehorsams und suchten die politische Öffentlichkeit. Immer wieder sorgten sie mit spektakulären Aktionen für Aufsehen: Sie verbrannten ihre Wehrpässe, sorgten dafür, daß bei ihrer Festnahme Pressevertreter anwesend waren, und nutzten den Gerichtssaal als Forum für ihre Überzeugungen. Unterstützergruppen organisierten Mahnwachen, Briefkampagnen und andere Solidaritätsaktionen für inhaftierte oder unter Disziplinararrest gestellte Totalverweigerer. Von den traditionellen KDV-Organisationen in der Bundesrepublik, die noch gegen das "Drückeberger"-Image der legalen Kriegsdienstverweigerer ankämpften, wurden ihre Aktionen zunächst ebenso mißtrauisch beäugt wie von den marxistisch ausgerichteten Gruppen und Parteien, die vom «Umdrehen der Gewehre» schwadronierten, als individualistisches Märtyrertum belächelt. Genaue Angaben über die Zahl der Totalverweigerer sind - schon wegen der verschiedenen Verweigerungsformen - schwer zu ermitteln. Schätzungen gehen von einer Gesamtzahl zwischen 1500 und 2000 seit Einführung der Wehrpflicht aus; die Zahlen stiegen seit 1978 von knapp 30 auf derzeit zwischen 100 und 200 pro Jahr. Verurteilt werden die Totalverweigerer zu einer Geldstrafe oder zu einer Hafstrafe bis zu einem Jahr, die in vielen, aber längst nicht in allen Fällen zur Bewährung ausgesetzt wird. Vereinzelten Freisprüchen stehen nicht wenige Fälle verurteilter Totalverweigerer gegenüber, die nach Abbüßung ihrer Strafe und fortgesetzter Dienstverweigerung erneut angeklagt und bestraft wurden.

Welche Konsequenzen sich aus den militärischen Weichenstellungen und Probeläufen seit 1989 für die Rekrutierung von Soldaten und Zivildienstleistenden ergeben werden und was das für eine Praxis des radikalen Antimilitarismus bedeuten könnte, das ist bis jetzt nur in Umrissen erkennbar. Daß in der Bundesrepublik anders als in anderen NATO-Staaten an der gesetzlichen Zwangsaushebung - noch? - festgehalten wird, hat andere Gründe als die militärischer Effizienz. Jenseits des Mythos, sie sei "das legitime Kind der Demokratie", demonstriert die allgemeine Wehrpflicht das souveräne Recht des Staates über Leben und Tod und fungiert zunächst als Indikator dafür, was dieser seinen Bürgern zumuten kann. Wichtiger für ihren Fortbestand ist vermutlich noch ein anderes Kalkül: Fiele die Wehrpflicht, gingen dem Staat auch die Zivildienstleistenden verloren, auf die das soziale Versorgungssystem mehr denn je angewiesen ist. Die Alternative einer allgemeinen Dienstpflicht, der Männer wie Frauen wahlweise in der Armee oder in zivilen Einsatzstellen nachzukommen hätten, findet allerdings in der Öffentlichkeit eine wachsende Zahl von Fürsprechern. Bezeichnend für die Diskussion ist dabei, daß die meisten Kritiker des Status quo zwar die Wehrpflicht, nicht aber einen staatlichen Zwangsdienst als solchen ablehnen, diesen vielmehr noch auf den weiblichen Teil der Bevölkerung ausdehnen wollen. Die staatliche Nötigung, Soldat zu werden, mag antiquiert erscheinen, die gesetzliche Verpflichtung, dem Staate zu dienen, steht außer Frage.

Antimilitaristische Praxis hätte nicht zuletzt diesen Anspruch zu demontieren. Unter dem Niveau der militärpolitischen Verhältnisse bleibt jedenfalls, wer sich auf die Forderung nach Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht oder Abschaffung der Wehrpflicht beschränkt. Der Historiker Michael Geyer hat darauf aufmerksam gemacht, daß «in den Phasen des Aufbruchs und der Veränderung (...) die deutsche Militärkritik noch stets die Fehler und Mängel der Vergangenheit bekämpft (hat), während die Herrschaftseliten und das Militär bereits eine neue Herrschaftsordnung schufen.» Es wäre fatal, sollte sich diese Diagnose auch als Prognose erweisen.

Bröckling, Ulrich: Diziplin. Soziologie und Geschichte militärischer Gehorsamsproduktion. München: Fink, 1997. 364 S., 68 DM

Bröckling / Sikora (Hg): Armeen und ihre Deserteure. Vernachlässigte Kapitel einer Militärgeschichte der Neuzeit. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1998. 322 S., 48 DM.

Günther Anders: Die Antiquiertheit des Menschen, 2 Bde. München 1956/1980.

Paul Virilio / Sylvère Lotringer: Der reine Krieg, Berlin 1984

Kurt Hiller: Der Sprung ins Helle. Leipzig 1932.

Ekkehard Lippert: Die Debatte um die Wehrpflicht, in: Eckart Opitz/Frank S. Rödiger: Allgemeine Wehrpflicht. Geschichte, Probleme, Perspektiven. Bremen 1995

Gruppe Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Militarismus (Hg.): Widerstand gegen die Wehrpflicht. Texte und Materialien. Kassel 1982.

Agrarfrage und Bauernbewegung

80 Jahre Russische Revolution, ein Datum, das zu neuer Beschäftigung mit der einflußreichsten Revolution Anlaß geben sollte, nach dem Ende des Ost-West-Blockdenkens nach der Eingliederung der DDR in die BRD mit all ihren Auswirkungen auf die Westlinke (Privatisierung, Desillusionierung, Ohnmachtsgefühle) und die Ostlinke (Anti-Ideologie-Einstellung, PDS-Dominanz).

Wir bieten zwei Beiträge an, die sich mit diesem Ereignis beschäftigen. Der zweite Beitrag versucht die Bedeutung der Sozialen Revolution herauszuarbeiten und zeigt die eher konterrevolutionäre Rolle der Bolschewiki auf. Eine geschichtliche Tatsache, die sich in der Spanischen Revolution in drastischer Form wiederholen sollte. Der erste Beitrag entstand in der Folge des zweiten. Uns schien im Beitrag von Gerhard Hanloser manches an Wissen vorausgesetzt zu werden, das nicht unbedingt bei allen LeserInnen vorhanden sein muss. Wenigstens an einem Punkt sollten mehr Grundinformationen geboten werden. Wir haben uns für die Agrarfrage und die Bauernbewegung entschieden, u.a. auch deshalb, weil diese in der kommunistischen Geschichtsschreibung zumeist als konterrevolutionär falsch dargestellt wurden und sich nicht zuletzt an der Machno- und Zapata-Bewegung gerade in der Bauernbewegung das libertäre Moment stärker durchsetzen konnte. Wir versuchen die Vorgeschichte für die Bauernbewegung darzustellen, d.h. die Zeit des Krieges und der Februarrevolution, um ein Verständnis für den politischen Standort der Bauernschaft vor der Oktoberrevolution zu schaffen.



Foto: Romualdas Rakauskas

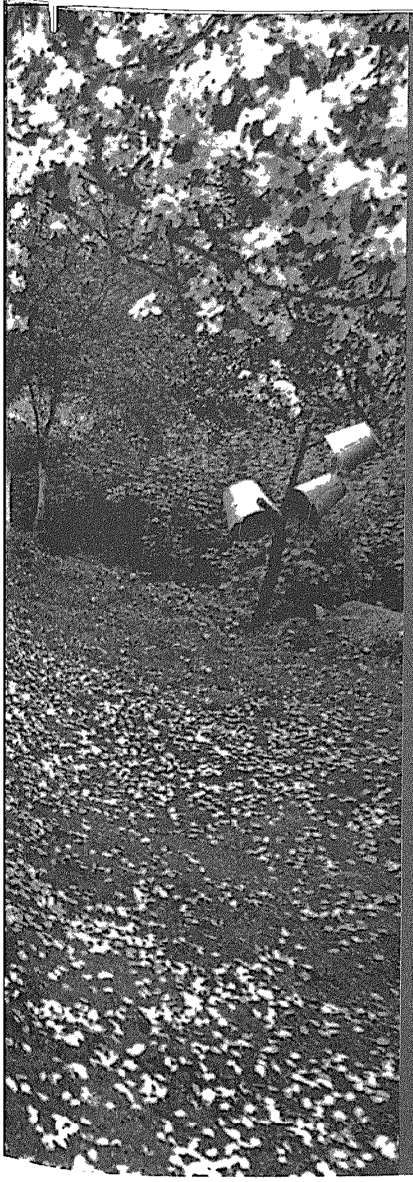
Auswirkungen des Krieges auf dem Land

Die hohe Arbeitslosigkeit auf dem Land ging bei Ausbruch des Krieges zurück und führte zunächst vordergründig zur Entspannung der Probleme. Als im Lauf des Krieges jedoch 50-60% aller kriegsverwendungsfähigen Bauern eingezogen wurden, spitzte sich die soziale Lage vor allem vieler kleiner Bauern zu; viele Höfe mussten von den Frauen und Kindern bewirtschaftet werden. Da das zaristische System zudem gerade bei den kleinen Bauern auch die Arbeitspferde an die Front requirierte, ging die Bewirtschaftung der Anbauflächen und damit der Ernteertrag drastisch zurück. Viele reiche und mittlere Bauern kauften unbewirtschaftetes Land auf und betrieben ihre Höfe billig mithilfe von Kriegsgefangenen, die die Regierung stellte. Bis zu 600.000 Kriegsgefangene wurden vom Zarenreich auf solche Höfe geschickt.

Trotzdem war die Lage für die Bauern noch nicht völlig aussichtslos: 1917 gab es 31% kleinste Höfe, von denen die Hälfte noch über ein Pferd verfügten; 54% mittlere Höfe konnten zu 75% über wenigstens 1 Pferd verfügen und besaßen immerhin 58% aller Milchkühe; 14% der Höfe konnten als groß eingestuft werden, sie besaßen 33% aller Arbeitspferde. Die ersten Nahrungsmitteldefizite 1916 und 1917 waren trotz der Einschränkungen weniger ein Anbauproblem, sondern ein Transportproblem.

Die Teilnahme an der Februarrevolution

Die ersten Nachrichten über den Sturz des Zaren lösten in der Bauernschaft Verwirrung aus. Die Möglichkeit, nun ihr politisches Schicksal selbst zu be-



80 Jahre Russische Revolution

von Wolfgang Haug

stimmen, war für die Mehrzahl völlig neu. In der obschtschina hatten sie vor allem ihre direkten wirtschaftlichen Angelegenheiten geregelt. Die Bauern besaßen keine überregionalen politischen Organe. Sie waren immer von der zaristischen Zentralgewalt über lokale Behörden (meist einem ortsansässigen Adligen), die z.B. den Pachtzins eintrieben oder staatliche Gesetze durchsetzten, gelenkt worden.

Wenn die Bauern in den ersten Monaten auf die Februarrevolution reagierten, wandten sie sich vor allem gegen diese verhassten Behörden und Adligen. Sie besetzten die Stellen aus ihrer eigenen Mitte, verweigerten den Pachtzins und trieben ihr Vieh teils auf die Grundstücke der Großgrundbesitzer. In einigen Gebieten organisierten die Bauern auch Selbstverwaltungsstrukturen, bildeten Kommissionen oder gaben die Kompetenzen des Dorfältesten an ein von der Dorfversammlung gewähltes Exekutivkomitee weiter. Man kann sagen, dass es bei diesem Ausbau der bäuerlichen Selbstverwaltungseinrichtungen blieb. Nur in der Nähe größerer Städte wurden auch andere Berufsgruppen in das Exekutivkomitee gewählt, solche Ausnahmen gingen dann auch öfter über die praktischen Alltagsfragen hinaus und beschäftigten sich mit politischen Fragen.

Eine weitergehende Organisation der Bauern wurde meist von außen, also von den diversen politischen Gruppierungen und Parteien oder von den Arbeiter- und Soldatenräten gefordert.

Die Rolle der Sozialrevolutionäre in der Bauernschaft

Die Partei der Sozialrevolutionäre war als einzige Partei in der Bauernschaft verankert. 1917 verdiente sie jedoch den Namen Partei eigentlich nicht mehr, sie bestand aus zahlreichen Richtungen, die sich gegenseitig oft sehr deutlich widersprachen. So wollte die rechte PSR vor allem die Möglichkeit des Verkaufs von Land beseitigen, Kollektivierungen sollten erst in fernerer Zukunft ein Ziel sein. Das Bewußtsein der Bauern spräche dagegen, die Landwirtschaft sollte also weiter individuell betrieben werden, solange bis die Vorteile kooperativer Arbeit sich erwiesen hätten und die Bauern freiwillig daran teilnahmen. Die Linken verdächtigten die Rechten, dass sie das Ziel bereits aufgegeben hätten und sich bei der Regierung (Tschernov, Kerenski) nicht dafür einsetzten. Einigkeit bestand lediglich in der entschädigungslosen Enteignung der Großgrundbesitzer und der Verteilung - auch der Staatsgüter - an die produzierenden Bauern zu gleichen

Fortschritt, Entwicklung, soziale Revolution -

von Gerhard Hanloser

»Das Ende der Ausbeutung ... ist keine Beschleunigung des Fortschritts mehr, sondern der Sprung aus dem Fortschritt heraus. Das Rationale ist nie vollständig deduzierbar. Es ist in der geschichtlichen Dialektik überall angelegt als der Bruch mit der Klassengesellschaft.«
(Max Horkheimer)

"Gesellschaft als Käse, revolutionäre Theorie als Molkerei-Wissenschaft."

Für Generationen von Linken war die Russische Revolution ein positiver Bezugspunkt, wenn nicht sogar Leitbild von Befreiung und Fortschritt. Das Bild von dem Sturm auf das Winterpalais wurde zum Inbegriff von sozialer Revolution. Die Versprechungen der Französischen Revolution - »Freiheit und Gleichheit« -, die 1789 nicht im Sinne des freien Vereins freier Produzenten eingelöst worden waren, sondern in deren Verlauf sich nur die Freiheit der Warenbesitzer durchsetzten sollte, hätten nun in der Russischen Revolution tatsächlich vollendet werden sollen. Der Bolschewismus und Marxismus-Leninismus waren für viele orthodoxe und dogmatische Marxisten - wie für ihre feindlichen Brüder der bürgerlichen Geschichtsschreibung - die Bewegung und die Theorie, die für die soziale Revolution in Rußland verantwortlich gewesen sein sollen.

Die bürgerliche. Geschichtsschreibung führte den stalinistischen Terror zurück auf den roten *terreur* von 1917, wobei sie - typisch deutsch möchte man fast sagen - an den Bolschewiki heimlich oder offen bewunderte, aus dem »Chaos« der Revolution einen Staat gemacht zu haben.

Der Stalinismus erschien vielen Linken dabei lediglich als »Entartung«, »Verbürokratisierung«, oder man war mit dem Bild des »Thermidor der Revolution« bei der Hand. Die meisten Linken suchten innerhalb der bolschewistischen Bewegung nach *lost causes* und verloren sich in Geschichtsschreibung im Konjunktiv. Im Zuge der 68er-Bewegung und in der Folge einer kritischen Marx-Lektüre und einer Wiederentdeckung des Anarchismus wurde dann aber auch sehr schnell dieser Rahmen verlassen und es entstanden Berge von kritischer Literatur über den Bolschewismus, die russische Sozialdemokratie.

Sozialer Fortschritt war dennoch für die meisten Metropolenlinken gekoppelt an den Fortschrittsbegriff, der aus einem Holz geschnitzt war mit demjenigen des Marxismus-Leninismus. Ein Lebensalter nach dem Datum, das für die soziale Revolution in Rußland stehen soll, und sechs Jahre nach dem Ende des sowjetischen Entwicklungsmodells sollte der Schutt, der sich theoretisch angehäuft hat, beiseite geräumt werden, um den Blick auf die *soziale Revolution* freizubekommen. Denn soziale Befreiung und die bolschewistische Vorstellung und Praxis einer militanten nachholenden Modernisierung sind zwei gänzlich verschiedene Paar Schuhe.[1]

Jahrelang hat sich die orthodoxe Linke einen fatalen historischen Bezugspunkt gewählt. Von der starren Fixierung auf den historischen Bolschewismus hat man sich freilich rasch verabschiedet, doch die fatale Erbschaft besteht in den Entwicklungs- und Fortschrittsvorstellungen der Linken, die ihre Heimat in der Sozialdemokratie haben und die deren Auslegung des Marxismus geschuldet sind. Auch unter den Marxisten, die vorgeben, Marx kritisch zu rezipieren, ist dies zu beobachten: Genauso wie auf das Frühjahr der Sommer folge, müsse dem Kommunismus der Kapitalismus, eine Gesellschaftsform entfalteter Warenverhältnisse, vorausgehen. Die nachholende Modernisierung leninistisch-jakobinischer Prägung sei unvermeidbares Zwischenstadium im »Reifungsprozeß der Gesellschaft«. Gesellschaft als Käse, revolutionäre Theorie als Molkerei-Wissenschaft.



Obwohl es bemerkenswerte Kritiken des Bolschewismus gab, hat die Linke es verpaßt, den Blick in der Beschäftigung mit der russischen Revolution zu schärfen und den Unterschied zwischen der »Fortschrittlichkeit« der Industrialisierung als vorherrschendem Entwicklungsmuster und der Fortschrittlichkeit der sozialen Revolution zu erkennen. Kommunismus war - in den Augen der meisten metropolitanen Linken - nicht die reale emanzipative Bewegung, sondern Endpunkt einer geschichtlichen Fortschrittstendenz, die durch und durch technizistisch begriffen wurde und gegen die schon Philosophen wie *Walter Benjamin* ihr Wort erhoben. Das war jedoch kein Zufall und ganz unschuldig war die marxisti-



che Revolution

Foto: Antanas Sutkus

sche Gemeinde dabei nicht. Denn die Deutlichkeit, in der Marxisten Blindheit gegenüber dem kritischen und subversiven Gehalt der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie bewiesen, ist erschreckend. Aus dem Revolutionär Marx, der in Briefwechseln seine Begeisterung für die bewaffnete, »populistisch«-sozialrevolutionäre Stadtguerilla »Narodnaja Wolja« bewies, blieb nur noch der Fortschrittssozialist übrig, der Marx sicherlich auch war, nur eben nicht in dem Maße, in dem ihn die Marx-Orthodoxie darzustellen pflegt und gar noch zu überflügeln trachtet.

Durch das Joch des Kapitalismus ?

Geschichte ist keine Ideengeschichte, sondern Geschichte ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Deshalb müssen wir den theoretischen Diskussionen, die zwischen den beiden größten Gruppen der antizaristischen Opposition, zwischen den Populisten und den russischen Marxisten, und Marx/Engels selbst Ende des 19. Jahrhunderts geführt wurden, den Platz zuweisen, der ihnen gebührt: die Diskussionen spiegeln den sozialen Antagonismus in Rußland wider, sie zeigen aber auch die zwei völlig unterschiedlichen Vorstellungen von gesellschaftlichem Fortschritt.

Thema der hitzig geführten Debatten war die Zukunft Rußlands und die Frage der Kapitalisierung Rußlands. Die russischen Marxisten befanden sich im Widerstreit mit den Populisten. Letztere behaupteten, daß der Sozialismus unmittelbar aus der russischen Dorfgemeinschaft, die stark gemeinschaftsorientiert strukturiert war, erwachsen könne. Dabei waren viele Vertreter der Populisten keineswegs »konservativ«, sondern es wurde ernsthaft diskutiert, ob das Massenelend des Dorfes dadurch überwunden werden könne, indem westliche Technologien verwendet würden, ohne einer kapitalistischen Entwicklung folgen zu müssen und ohne die egalitären Kollektivstrukturen der Dorfgemeinschaft dadurch zu zerstören. Den russischen Marxisten war das seit den 1860er Jahren in Rußland aktive Weltkapital und die Kapitalisierung der Landwirtschaft Beweis für die Unmöglichkeit einer kommunistischen Entwicklung der Dorfgemeinschaft und sie setzten in sozialdemokratischer Tradition auf ein Stufenmodell, wonach auch Rußland durch die »Schule des Kapitalismus« zu gehen habe, um sich dem Kommunismus zu nähern. Die bäuerlichen Strukturen müßten zuerst aufgelöst oder zerstört werden. Dies sah beispielsweise der Anarchist Alexander Herzen ganz anders, der einen direkten Übergang der russischen Dorfgemeinschaft, der *obschtschina*, in eine egalitäre und kollektive (Re)produktionsstruktur ohne den Umweg des Kapitalismus propagierte.[2]

Sicherlich behielten die russischen Marxisten in dem ideologischen Meinungsstreit, ob der Kapitalismus der »slawophilen Seele« wesensfremd sei, wie es allen Ernstes die bauernseelige Fraktion der Volkstümler behauptete, Recht: mit der staatlichen Forcierung des Eisenbahnbaus waren die Schienen für eine Industrialisierung und Kapitalisierung in Rußland gelegt. Ebenso war die obschtschina keinesfalls »heil« geblieben, unbeleckt von der westlichen Zivilisation, sondern befand sich in einem gewaltigen Auflösungsprozeß.

Doch Rußlands Wirklichkeit war weit davon entfernt, der Ideologie der russischen Marxisten zu entsprechen, die meist im Exil waren und ihre Erkenntnisse mehr aus einer bigotten Marx-Lektüre denn aus einer genauen Studie Rußlands gezogen hatten. Die marxistischen Sozialdemokraten nahmen die

breite Widerstandsfront der Bäuerinnen und Bauern gegen die Kapitalisierung gar nicht wahr. Bauern galten als rückständig, konservativ und konterrevolutionär. Der bäuerliche Traum von der »schwarzen Umteilung«, die revolutionär-kollektivistischen Umteilungsforderungen von Grund und Boden, wurden von den meisten Marxisten nicht als Potenz einer kommunistischen Bewegung begriffen. Vielmehr wurde von den russischen Sozialdemokraten mit Verachtung auf die chiliastischen und millenaristischen Vorstellungen hinabgeblickt, die die Forderungen oftmals begleiteten.[3]

Bereits in den Diskussionen zwischen Populisten und russischen Marxisten zeigte sich bei letzteren ein Vorschein des sozialdemokratischen Fortschrittsglaubens, der angesichts peripherer und revolutionärer Blockaden von den Bolschewiki jakobinisch radikalisiert werden sollte. Lenin selbst hob in seiner Schrift *»Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland«* die historische »Mission« des Kapitalismus hervor: *»Die fortschrittliche historische Rolle des Kapitalismus kann man in zwei kurzen Thesen zusammenfassen: Hebung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit und Vergesellschaftung der Arbeit«*. Die viel beschworene Hebung der Produktivkräfte hatte dann in der Taylorismus-Debatte, – also den breit geführten Debatten, wie der Mensch als Anhängsel der Maschine am produktivsten arbeiten könne, – und dem bolschewistischen Technikfetischismus seinen deutlichsten Ausdruck und die Vorstellung von der Vergesellschaftung der Arbeit sollte in der staatlichen Arbeitsdiktatur sein wahres Gesicht offenbaren. Lenin ist somit der legitime Nachfolger der russischen Marxisten. Den Fortschrittsfetischismus meinten diese ebenso wie Lenin mit ihrem Altmeister legitimieren zu könne. Nicht nur an Hand der linearen Geschichtsphilosophie Marx', die die »zivilisatorische Seite des Kapitals« betont und dem Bild verhaftet ist, wonach die menschliche Gesellschaft von der Sklavenhaltergesellschaft und dem Feudalismus über den Kapitalismus hin zum Sozialismus und schließlich zum Kommunismus drängt: Sie fanden darüberhinaus bei Marx in dem Kapitel des »Kapitals« über die ursprüngliche Akkumulation, das die Entstehung des Kapitalismus in England beschreibt, eine überhistorische Handlungsanweisung wie sie von Marx nicht intendiert war. In Briefwechseln mit der im Genfer Exil sitzenden Marxistin Vera Sassulitsch räumt Marx das Mißverständnis aus, er habe mit der Beschreibung der ursprünglichen Akkumulation, als gewaltsame Schaffung einer Arbeiterklasse durch die Expropriation der Bauern, eine auch für Rußland geschichtsnotwendige Entwicklung beschrieben. Er habe nur die geschichtliche Entwicklung im Westen nachgezeichnet: *»Bei dieser Bewegung im Westen handelt es sich um die Verwandlung einer Form des Privateigentums in eine andere Form des Privateigentums. Bei den russischen Bauern würde man hingegen ihr Gemeineigentum in Privateigentum umwandeln müssen. Die im Kapital gegebene Analyse erhält also keinerlei Beweise - weder für noch gegen die Lebensfähigkeit der Landgemeinde, aber die Spezialstudien, die ich darüber machte und wofür ich die Materialien in den Orginalquellen geschöpft habe, haben mir die Überzeugung verschafft, daß diese Landgemeinde der Stützpunkt der sozialen Wiedergeburt Rußlands ist...«*

Industrialisierungsbemühungen in Rußland

Die materielle Korrellation zu diesen Diskussionen waren die kollidierenden Ansprüche, Interessen und Bedürfnisse, die sich in Rußland artikulierten.

Der Kapitalismus fraß sich in Rußland in die Sozialstrukturen hinein. In Rußland fand eine verschärfte etatistische Kapitalisierung und Industrialisierung statt. Die Dorfgemeinschaft wurde unter einen unheimlichen Druck gesetzt. So war die »Bauernemanzipation« von 1861 keinesfalls dem guten Willen philantropischer Menschen geschuldet, sondern folgte dem Kalkül, ohne die in Europa zu beobachtenden Folgen der »ursprünglichen Akkumulation« - Verelendung & »soziale Frage« (was soviel heißt wie Meuterien, Aufruhr, revolutionäre Bedrohung) - ein Proletariat zu schaffen. So war diese »Bauernbefreiung« reichlich halbherzig und setzte nicht die Arbeitskraft frei, die für eine forcierte Industrialisierung von Nöten gewesen wäre. In diesem Kontext ist auch Rosa Luxemburgs Bemerkung in ihrer *»Einführung in die Nationalöko-*

nomie« zu verstehen über das »merkwürdige Beispiel eines Landes (...), wo scheinbar die Geschichte einen ganz anderen Lauf genommen hat, wo nämlich der Staat nicht gewaltsam das bäuerliche Gemeineigentum zu zerstören, sondern gerade umgekehrt es mit allen Mittel zu retten und zu konservieren suchte. Dies Land ist das zaristische Rußland.«

Und tatsächlich wurde die obschtschina als Umteilungsgemeinde konserviert und die Zuteilung des Bodens nach Kopfzahlen brachte nur Bevölkerungswachstum und die Stärkung großfämiliärer Strukturen hervor.

Der Bindung der Dorfmitglieder an die obschtschina und der Subsistenzausrichtung der Landwirtschaft ungeachtet, wurde auf der anderen Seite *»seit Beginn der 60er Jahre ein gigantisch eskalierter Werttransfer aus den agrarischen Unterklassen Rußlands und des Balkans herausgepreßt und in die Kapitalakkumulation der europäischen Metropolen eingespeist«*, wie das Autorenkollektiv der *Materialen für einen neuen Antiimperialismus Nr.4* in ihrem empfehlenswerten Rußlandbuch schreiben.

Rußland wird so zur »Kornkammer« Europas als weltgrößter Getreideexporteur. Von staatlicher Seite wurde die Bauernökonomie künstlich monetarisiert und eine Forcierung des Getreideexports betrieben. Die Aussage des zaristischen Finanzministers Wischnegradski Ende der 80er Jahre *»Wir müssen exportieren und wenn wir verhungern«*, zeigt, in welchem Maße Werte aus der Landwirtschaft herausgepresst wurden und regelrechte Hungerexporte stattfanden. Doch die bäuerliche Parzellenwirtschaft war außerstande die Entwicklung einer nationalen Industrie zu fördern.

So setzten nun unterschiedliche Industrialisierungsstrategien an. Finanzminister S.Ju. Vitte verfolgte ein rigorose Steuerpolitik, die die Dorfgemeinschaften unheimlich belastete, und leitete mit dem forcierten Eisenbahnbau die Industrialisierungsbemühungen in Rußland ein. Diese gingen einher mit einem starken Konzentrationsprozeß der Kapitalgüterindustrie. Gerade die Waffenproduktion (Flottenbauprojekte) und der Ausbau des Eisenbahnnetzes stehen für das spezifisch russische etatistische Regulationsmodell. Dem staatlich forciertem Eisenbahnbau kommt eine entscheidende Rolle in der Industrialisierung zu, gaben doch die massiven Investitionen in den Eisenbahnbau den Anstoß zum Wachstum der Metallindustrie. Der Eisenbahnbau war das Fanal des organisierten Kapitalismus in Rußland. Durch den Streckenneubau sollten vor allem für den Agrarexport weite Gebiete, z.B. der Südosten und Mittelsibirien erschlossen werden. Diese Politik des Industrialisierungsbemühungen und der Kapitalisierung der subsistenten Landwirtschaft sollte nach der revolutionären Welle und der Bauernunruhen von 1905 von den Stolypinschen Agrarreformen mit anderen Mitteln fortgesetzt werden. Im Winter 1906 fand dieser weitere Angriff auf die Dorfgemeinschaften statt: Das Kollektiveigentum der obschtschina sollte aufgelöst werden. Stolypin wollte auf der einen Seite eine bäuerliche Mittelklasse schaffen und auf der anderen ein rekrutierbares Proletariat freisetzen. Doch auch gegen sein Wüten erwies sich die obschtschina als erstaunlich stabil.

Das Dorf wird revolutionär

Den Anforderungen der staatlich forcierten Industrialisierung stand nämlich die völlig fremde Welt des Dorfes entgegen. Hier wird - das möchte ich unbedingt vorausschicken - verständlich, was Marx mit dem Ausdruck »Idiotie des Landlebens« meinte: die Dorfgemeinschaft mit ihren autoritär-kollektivistischen Zügen garantierte die kollektive Steuerhaftung, sie war in der Tat eine »Steuerdruckmaschine« (R. Luxemburg). Personale Abhängigkeiten, patriarchale Unterdrückung und Armut kennzeichneten darüberhinaus die Situation auf dem Land. Daher kann es auch nicht darum gehen, sich erneut an die Kuhstallwärme heranzuschmiegen, die sich in den Diskussionen der legalen Narodniki Ende des 19. Jahrhunderts breitmachte, deren Nähe zur reaktionären Bauerntümelei augenscheinlich ist.

Doch aus der bäuerlichen Rigidität entwickelte sich eine Haltung, die noch im heutigen Rußland als »akkumulationsfeindlich« gebrandtmarkt wird. Im vorrevolutionären Rußland spitzte sich diese Rigidität revolutionär zu. Der Bauer wurde dann revolutionär, als er kein Bauer mehr war. Der starke Druck auf das Dorf und der Auflösungsprozeß der obschtschina hatte Folgen: Die Kollektivstrukturen der Dorfgemeinschaft (die eben auch spezifische Strukturen zur Aufrechterhaltung der



Foto: Alexandras Matsiyaukas

Steuerhaft und der ruralen Wertschöpfung waren) bekamen ein völlig anderes Gesicht: Die Überlebensgarantien, die das Dorf gab, entwikelten sich zu einer »moral economy«, die militant verteidigt wurde und Triebfeder der bäuerlichen Erhebungen und Aneignungen war. [4]

In Rußland war durch die partielle Auflösung der Subsistenzwirtschaft und die subjektive Aufsprengen und das Sich-Herauslösen aus der Enge des Landlebens eine Figur entstanden, wie sie auch aus anderen stark bäuerlich geprägten Gegenden bekannt ist: der Bauern-Arbeiter, die Bauern-Arbeiterin. Diese Figur war hochmobil, wanderte zeitlich begrenzt in die Städt, um in den Fabriken zu arbeiten und blieb mit der Dorfgemeinde verbunden, in die sie immer wieder zurückkehrte. Diese Bauern-Arbeiter, und vorallem Bäuerinnen-Arbeiterinnen, bildeten auch den widerständigsten Teil des Proletariats. Denn für die Lebens- und Erfahrungswelt russischer Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen ist nicht nur die Großfabrik mit hoher Arbeitskräftekonzentration kennzeichnend, sondern auch das überwiegend nichtstädtische, ländliche Milieu, in dem sie angesiedelt war.

Entgegen der Doktrin Lenins, wonach das Proletariat - in der Fabrik zu revolutionärer Disziplin erzogen - Vorkämpfer des Umsturzes in Rußland sein soll, war das die Revolution tragende Subjekt gerade nicht der durch die Fabrik disziplinierte Arbeiter: »Die Anpassung, die Teile der westlichen Arbeiterklasse bis 1890 schon an Zeittakt, Arbeitsnorm und Maschinenrythmus geleistet hatten, blieb dem Bauern-Arbeiter fremd, genauso wie die Beschränkung seines emotionalen und kulturellen Lebens auf die mit der Industrialisierung entstehenden Kleinfamilie«, schreibt Angelika Ebbinghaus in einem Essay in der Zeitschrift 1999.

Diese Bauern-Arbeiter und Arbeiterinnen waren das dynamische Moment, das der Organisationserfahrenheit der qualifizierten Arbeiterinnen und Arbeiter nicht entgegenstand, sondern ergänzte. Und die Bauern-Arbeiter trugen nicht nur den revolutionären Prozeß, sondern auch Waffen: Über die Rekrutierung von bäuerlichen Soldaten für den Japankrieg 1904 fanden die Bauern-Arbeiter Zugang in die Armee, zu den Waffen. Eine Tatsache, die für die Mobilisierung der Bauern wie für den Verlauf der Revolution nicht unwichtig war.

Die Bolschewiki hechelten diesem Subjekt lediglich hinterher. Lenin wunderte sich im September 1917: »In diesem Bauernland ... wächst ein Bauernaufstand heran. Dies ist unglaublich, aber es ist eine Tatsache.« Und auch Trotzki hatte in der Konfrontation mit der stalinistischen Konterrevolution Ende der 20er Jahre einen erstaunlich offenen Blick auf die Anfänge der Revolution: »Die Tatsache bleibt also bestehen, daß die Februarrevolution von unten begann nach Überwindung der Widerstände der eigenen revolutionären Organisationen, wobei die Initiative von dem am meisten unterdrückten und unterjochten Teil des Proletariats, den Textilarbeiterinnen, unter denen, wie man sich denken kann, nicht wenige Soldatenfrauen waren, spontan ergriffen wurde.«

Es knallt !

»Die Revolution wird von der Geschichte gemacht, aber in der Revolution macht man Geschichte.« (Isaak Steinberg, linker Sozialrevolutionär)

Angefangen hat es nicht wirklich im Februar 1917. Nichteinmal 1905. Die Entwicklung der Russischen Revolution läßt sich nur im Zusammenhang mit der Volksverehrung des revolutionären »Banditen« Pugatschew, die uralte Hoffnung auf eine 'schwarze Umteilung' auf dem Land und dem »Gang ins Volk« von revolutionären jungen Intellektuellen im Frühjahr 1874 diskutieren.

Doch durch den Krieg wurde die Situation in Rußland endgültig »reif« für eine Revolution. Die Demonstrationen häuften sich im Februar 1917, die zunächst als Hungermärsche gegen die Verknappung der Lebensmittel gerichtet waren. Bemerkenswert ist, daß Trotzki von einer »Weiberrevolution« im Jahr 1917 spricht. Er beobachtete, daß die Textilarbeiterinnen die Initiative für die Februarrevolution von unten gaben. Am Internationalen Frauentag des Jahres 1917, dem 23. Februar (8. März), bestreikten die Petrograder Textilarbeiterinnen einige Fabriken und gaben somit den Initialzünder für das Revolutionsjahr 1917. Die Frauenmacht läßt sich noch an institutionalisierten Veränderung in der Geschlechterbeziehung ablesen: beispielsweise wurde 1920 die Abtreibung legalisiert und Volkskantinen wurden eingerichtet, um die Frauen von der Hausarbeit zu entlasten.

Zu mehreren Hungermärschen im Februar traten Streiks hinzu - die gerade in der Munitionsfabrikation für große Beunruhigung sorgten. Dies steigerte sich zu einem allgemeinen Aufstand, in dem nach dem Muster von dem Revolutionsversuch 1905 ein Exekutivkomitee der Arbeiter- und Soldatenräte gegründet wurde. Auch auf dem Land vollzog sich der Prozeß der sozialen Revolution. Richard Lorenz über den Klassenkampf auf dem Land: »Der Sturz der Autokratie, der zum Verfall der administrativen Autorität auf dem Lande führte, bot den Bauern die Möglichkeit, ihren alten Traum von der Schwarzen Umteilung, d.h. der spontanen Landnahme, nun

endlich zu verwirklichen. Im Frühjahr und Sommer 1917 breitete sich die Bauernbewegung immer weiter aus, wobei jetzt oftmals heimkehrende Soldaten an ihre Spitze traten. Die Bauern gingen jetzt immer häufiger dazu über, die Höfe und Ländereien der Gutsherren selbst in Besitz zu nehmen.«

Als Mitte Februar 1918 das Gesetz über die Sozialisation des Landes erlassen wurde, war die Sozialisation des Landes schon längst von den Bäuerinnen und Bauern besorgt worden. Dieses Gesetz war ohnehin im Geiste des sozialrevolutionären Agrarprogramms gehalten, das die Bolschewiki im Herbst 1917 lediglich übernommen hatten - damit ihnen die Felle gerade auf dem Lande nicht davonschwimmen.

Dieses von den Bolschewiki eingebrachte Gesetz zur Sozialisation des Landes war nämlich mehr der Taktik geschuldet, die zu der Zeit sehr starken linken Sozialrevolutionäre, die sich in der Regierungskoalition mit den Bolschewiki befanden, bei der Stange zu halten.

In der Zeit vor der Oktoberrevolution gab es eine starke Linksverschiebung im russischen politischen Spektrum, im November 1917 bildete sich die »Partei der **Linken Sozialrevolutionäre**«, die sich von der politisch sehr heterogenen neo-populistischen Sozialrevolutionären Partei abgespalten hatten. Denn in der Sozialrevolutionären Partei hatte 1917 die rechte, restaurative Fraktion das Sagen:

»Nun zeigte sich, daß die PSR (Partei der Sozialrevolutionäre) unter dem Einfluß des rechten Flügels entgegen ihrem Programm und ihren langjährigen Forderungen eine radikale Umwälzung der agrarischen Besitzverhältnisse zu verhindern suchte; daß sie die spontane Selbsthilfe der Bauernschaft in Form der »schwarzen Umteilungen«, die sie zwölf Jahre zuvor angespornt hatte, einzudämmen trachtete. Die PSR hatte aufgehört, die militante Avangarde der Dorfarmut, die kompromißlose, Gewalt nicht scheuende Vorkämpferin für die spontane Agrarrevolution zu sein, als die sie angetreten war«, bemerkte der Spezialist für die Geschichte der Sozialrevolutionäre Manfred Hildermeier.

Die neu gebildeten linken. Sozialrevolutionäre konnten daher einen starken Zustrom verbuchen. Auch Leo Trotzki, führender Bolschewik an der Spitze der Roten Armee, spricht von



Foto: Vyacheslav Tarnovetsky

einer Linksverschiebung noch vor der Oktoberrevolution und gesteht ein, daß der linke Flügel der Sozialrevolutionäre von dieser Entwicklung gestärkt wurde. Doch Trotzki analysiert auch sehr genau, daß sich in den Städten in der Regierung die restaurativen Momente erhalten konnten: »Die Bauernmassen waren sich an vielen Orten recht wenig klar über das, was in Petrograd und Moskau vorging. Sie stimmten für »Land und Freiheit« und stimmten für ihre Vertreter in den Landkomitees, die meistens unter dem Banner der 'Narodniki' standen. Damit aber stimmten sie für Kerenski und Awxentjew (Rechtssozialrevolutionäre), die dieses Landkomitee auflösten und deren Mitglieder verhaften ließen... Dieser Sachverhalt ergibt eine klare Vorstellung, in welchem Maße die Konstituante hinter der Entwicklung des politischen Kampfes und den Parteigruppierungen zurückgeblieben war.«

Daß die Provisorische Regierung den Beschlüssen der Konstituierenden Versammlung nicht vorgreifen wollte und damit vorallem die Aufteilung des Landes formell verzögerte, beschleunigte den autonomen revolutionären Prozeß auf dem Lande. Dies wiederum bestätigte die revolutionären Bewegungen, die Situation an sich zu reißen. So fegten die Bolschewiki im Verein mit den linken Sozialrevolutionären unter dem Motto *»Alle Macht den Räten«* die Provisorische Regierung hinweg. Es sollte bald klar werden, daß die linken Sozialrevolutionäre über die Absichten ihrer Verbündeten nicht im klaren waren und ihnen zu Unrecht einen revolutionären Willen an einer Emanzipation von unten unterstellten.

Wollten die linken Sozialrevolutionäre die Macht den Räten übergeben, ging es den Bolschewiki um die Machtergreifung im Namen der Räte.

Die bolschewistische Gegenrevolution

Die Allianz der linken Sozialrevolutionäre mit den Bolschewiki sollte überraschenderweise gerade an der Friedensfrage endgültig zerbrechen. Lenin drängte auf einen sofortigen Friedensschluß mit den Mittelmächten, die linken Sozialrevolutionäre vertraten ab Januar 1918 jedoch die Auffassung,

»daß nur eine Revolution den Krieg in einer Weise beenden könne, die den Werktätigen tatsächlich einen gerechten und demokratischen Frieden beschere.« Sie mußten sich so auch gegen den Seperatfriedensschluß von Brest-Litovsk aussprechen, den sie dann auch aktiv bekämpften. Die rechten Bolschewiki um Lenin sprachen sich jedoch für einen sofortigen Seperatfrieden aus, mit der Begründung, daß der Friedensvertrag mit Deutschland Sowjetrußland eine »Atempause« bringen werde. Die linken Sozialrevolutionäre bewiesen in dieser Hinsicht sehr viel Weitblick, warnten sie doch schon früh vor der deutschen Politik. Eine Warnung, die sich auch bestätigen sollte: die Truppen der Mittelmächte nutzten den Annexionsfrieden für den weiteren Vormarsch der Entente-Truppen. Der Frieden wurde zwar im März unterzeichnet, der Krieg fand dagegen immer noch kein Ende.

Der Friedensschluß von Brest-Litovsk muß im Zusammenhang mit der Parole vom nationalen »Selbstbestimmungsrecht der Völker« diskutiert werden. Gegen den »Verständigungsfrieden« polemisierte Rosa Luxemburg bereits in ihren *»Fragmenten über Krieg, nationale Frage und Revolution«*: »Der Gedanke des Klassenkampfes kapituliert hier vor dem nationalen Gedanken«, konstatiert sie. Und in einer erstaunlichen Klarheit prangert sie die bolschewistische Friedenspolitik an:

»Statt gerade im Geiste der reinen internationalen Klassenpolitik, die sie sonst vertraten, die kompakteste Zusammenfassung der revolutionären Kräfte auf dem ganzen Gebiete des Reiches anzustreben, die Integrität des russischen Reiches als Revolutionsgebiet mit Zähnen und Nägeln zu verteidigen, die Zusammengehörigkeit und Unzertrennlichkeit der Proletarier aller Länder im Bereich der russischen Revolution als oberstes Gebot der Politik allen nationalistischen Sonderbestrebungen entgegenzustellen, haben die Bolschewiki durch die dröhnende nationalistische Phraseologie von dem »Selbstbestimmungsrecht bis zur staatlichen Lostrennung« gerade umgekehrt der Bourgeoisie in allen Randländern den erwünschtesten, glänzendsten Vorwand, geradezu das Banner für ihre konterrevolutionären Bestrebungen geliefert.«

Der Friedensschluß zerstückelte die revolutionäre Volkserhebung in Südosteuropa. Die Länder- und Staatenübergreifende Agrarrevolution sollte national eingehegt werden und die Bolschewiki waren die Exekutoren dieser antirevolutionären Maßnahme. Zur Entschuldigung der Lenin'schen Politik wird öfters die ausgebliebene Revolution im europäischen Westen angeführt. Die modernen sozialrevolutionären Analysen des Autorenkollektivs der *Materialien für einen neuen Antiimperialismus* weisen dies entschieden zurück:

»Objektiv ist die Funktion des Friedensprozesses von Brest-Litovsk (vom Märzvertrag bis zum Zusatzvertrag über die Ukraine vom 27. August) eindeutig. Er überließ die soziale Revolution in Finnland, dem gesamten Baltikum, Polen, der Ukraine bis in den Balkan den imperialistischen Mittelmächten und trennte sie von der russischen Revolution wie auch untereinander mit der Folge, daß sie dem intensivierten Zugriff national formierter Eindämmungsstrategien ausgesetzt wurde, die vor allem ihre Agrarreformen je nach dem Verhältnis von revolutionärem Druck und repressivem Potential entweder in panischer Flucht Hals über Kopf (wie in Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien) oder in einem zähen Konflikt (wie im Baltikum oder in Finnland) unter dem Schutz der Mittelmächte und später der Alliierten sicherten«.

Über diese konkreten Folgen des Friedensprozesses von Brest-Litovsk hinaus wirft die Propagierung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen ein deutliches Licht auf Lenins Sozialismusvorstellung.

Mit bedingungsloser Absolutheit tritt Lenin für das nationale Selbstbestimmungsrecht ein. Der Nationalstaat entspreche den Erfordernissen des sich entwickelnden Kapitalismus. So bezeichnet Lenin Staaten mit »bunter nationaler Zusammensetzung« als »rückständig und abnormal«. Nur in homogenen Nationalstaaten könne sich das Proletariat im Paarlauf mit den Produktivkräften revolutionär entfalten und entwickeln. Daher stelle der Nationalstaat eine geschichtliche Notwendigkeit dar.

In Lenins Verehrung der Nation kommen sämtliche bolschewistischen Intentionen zum tragen: Der revolutionäre Internationalismus wird der Aufsplitterung in Einzelproletariate geopfert.

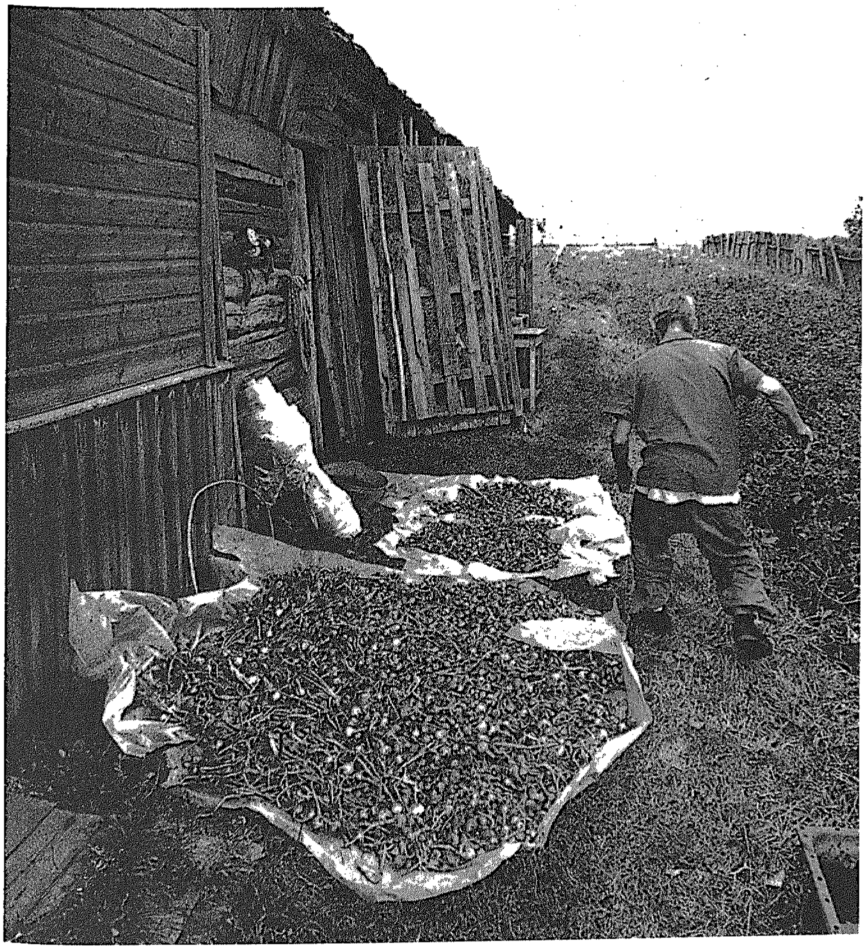


Foto: Eduard Gladkov

Der Staat wird als moderne Vergesellschaftungsform gesetzt und zum Schicksalszusammenhang »Nation« geadelt.

So ist es auch wenig verwunderlich, daß gerade an der »Friedensfrage« die Koalition zwischen linken Sozialrevolutionären und Bolschewiki zerbrach.

Die Eindämmung des revolutionären Flächenbrandes auf nationale Hochöfen, in denen ein diszipliniertes Proletariat geschmiedet werden sollte, korrespondierte mit dem Kampf gegen die Interessen der revolutionären Bauernschaft. Dieser wurden kleinbürgerliche Einzelinteressen unterstellt, wenn sie »Land und Freiheit« forderten. Der direkten Aneignung von Land, die als egoistisch gebrandmarkt wurde, wurde die sozialistisch genannte »Vergesellschaftung«, die in Wirklichkeit eine Verstaatlichung war, entgegengestellt.

Die Einführung des Kriegskommunismus durch die Bolschewiki hatte die Überführung der landwirtschaftlichen Güter in die Städte zur Folge - ohne daß die Bauern für ihre Erzeugnisse ein Äquivalent erhielten. Der Staat übernahm sämtliche Produktions- und Distributionsaufgaben. Dies war sicherlich aus der Not des Bürgerkriegs geboren. Das System des Kriegskommunismus ermöglichte es, die allerdringendsten Bedürfnissen der Roten Armee und der städtischen Bevölkerung zu befriedigen. Doch die Bolschewiki machten aus der Not eine Tugend und setzten diese Politik der Expropriation der Bauernschaft fort. Die im Bürgerkrieg notwendige Disziplin und Rigorisität wurde auf die Produktion total übertragen und sogar nach Ende des Bürgerkrieges perfektioniert und systematisiert. Mit der von Trotzki propagierten »Militarisierung der Arbeit« wurden militärische Mittel und Methoden auf die gesamte Wirtschaft angewendet.

Parteidiktatur und Unterwerfung unter die bolschewistische Kriegs-(wirtschafts)logik kollidierten sehr schnell mit den Zielen der aufrührerischen Massen. Die Bolschewiki wurden zu den Totengräbern der sozialen Revolution. Der Anarchosyndikalist Arthur Lehning über das Verhältnis des bolschewistischen Staates zu den Räten:

»Die Machteroberung der bolschewistischen Partei bedeutete nicht den Sieg der Revolution. Die Machteroberung am 24. Oktober war vielmehr ein Staatsstreich während der Revolution. Die Revolution war auch am 24. Oktober noch nicht beendet und dauerte noch Monate. Solange war auch die Macht der bolschewistischen Staatsherrschaft nicht unbeschränkt. Es dauerte Monate, ehe die Staatsdikatatur die Macht der Sowjets gebrochen hatte und alle Gewalt mittels der Diktatur in den Händen der bolschewistischen Partei usurpiert war.«

Denn parallel zum Krieg gegen die Bäuerinnen und Bauern betrieben die Bolschewiki sehr bald eine Konfrontationspolitik gegenüber den revolutionären Arbeiterinnen und Arbeitern. Kronstadt 1921 markierte den Schlußstrich unter der zeitweisen Verbindung der Bolschewiki mit der sozialen Revolution. Daß in Kronstadt die Matrosen, die für die Räte und gegen die Parteidiktatur revoltierten, ausgerechnet von Trotzkis Armee niedergemetzelt wurden, wundert heutzutage noch den ein oder anderen, der Trotzkis Aussage in den Ohren hat, daß die Matrosen von Kronstadt »die Schönheit und der Stolz der Revolution« seien.

Weniger verwundert sind jene, die die heftige Debatte des Jahre 1920 innerhalb der Bolschewiki über den Platz der Arbeitervertretungen im Staat verfolgt haben. Trotzki und später vorallem Bucharin vertraten die Position einer vollständigen Militarisierung der Arbeit. Unter der Diktatur des Proletariats seien Gewerkschaften überflüssig, da das Proletariat ja nicht gegen sich selbst streiken könne. Für die Fabrikkomitees war in einer solchen Konzeption kein Platz mehr, Fabrikräte sind in dieser Sichtweise, in der der Staat selbst ein Staat der Arbeiter- und Bauern sein soll, überflüssig - höchstens als Aufsichtsorgane einsetzbar, die über Arbeitsmoral, Produktionsdisziplin und die Erfüllung der Produktivitätspläne zu wachen haben würden.

Diesem Angriff auf die selbstständige Artikulation der Arbeiter- und Arbeiterinneninteressen stand innerhalb der Bolschewiki lediglich die sogenannte Arbeiteropposition um Alexandra Kollontai entgegen - von Lenin als anarchosyndikalistische Abweichung klassifiziert. Die Arbeiteropposition brandmarkte den Sowjetstaat als das Bollwerk einer neuen privilegierten Bürokratie und versuchten gegen das Militarisierunsprojekt vorzugehen. Ohne Erfolg - der Mechanisierung des Menschen stand Mitte der zwanziger Jahre nach der Liquidierung der TrägerInnen

der sozialen Revolution, wie unter anderem der Matrosen von Kronstadt, nichts mehr im Wege. »Wenn sie (die Bolschewiki) das Abenteuerliche ihrer Pläne abgelegt haben werden, müssen sie ihren Anschluß an die deutsche Sozialdemokratie und an die deutsche Kultur wiederfinden«, so Parvus Helphan, der Mittelsmann der Bolschewiki zur deutschen Generalität in einer Denkschrift vom November 1917 an das deutsche Auswärtige Amt. Und tatsächlich: tayloristische Prinzipien der wissenschaftlichen Betriebsführung und das Vorbild einer deutschen staatskapitalistischen Wirtschaft wurden offensiv bereits im Laufe des Jahres 1918 von den rechten Bolschewiki propagiert. Der Bolschewismus an der Macht bastelte am neuen Menschen, dem modernen (noch nicht postmodernen) Cyborg des Fordismus-Taylorismus, dem totalen Anhängsel der staatssozialistischen Produktivitäts-Maschine.



Gefahr des Antimodernismus: der Antisemitismus

Die Fortschrittlichkeit vieler sozialrevolutionärer Basisbewegungen bestand gerade darin gegen das Immergleich, das wir Fortschritt und Geschichte nennen, zu rebellieren.

Gerade viele agrarkommunistische Bewegungen - wie der historische Zapatismus oder die Machnobewegung waren in diesem Sinn antimodernistische Bewegungen, die zum einen auf den Altären der nachholenden Modernisierung geopfert wurden und doch die zum damaligen Zeitpunkt modernste Kritik der Kapitalisierung verkörperten. Doch hier tut sich ein Fragezeichen auf.

Micha Brumlik, Doron Kiesel und Linda Reisch weisen in dem Vorwort ihres Buches zu Antisemitismus und der Linken, auf den Zusammenhang von antisemitischem und sozialrevolutionärem Denken hin: »Einig sind sich (die HerausgeberInnen des Bandes) darüber, daß der Antisemitismus eine konstitutive Versuchung jedes sozialrevolutionären Denkens in der Kultur des christlichen Abendlandes darstellt.« Judenfeindschaft habe »in den sozialromantischen und anarchistischen Fraktionen vor allem des französischen Frühsozialismus ganz wesentlich zum Selbstverständnis dieser Bewegungen« beigetragen. Weiter schreiben die Drei: »Umgekehrt zeichneten sich die industrie- und fortschrittsfreundlichen Fraktionen dieser Bewegung durch besonderen Philosemitismus aus.«

Wie nahe sind die sozialrevolutionären Bewegungen vor und während der russischen Revolution dem Antisemitismus gekommen? Der Antisemitismus hat ja auch durchaus Anzeichen einer Verteidigungsbewegung der »moralischen Ökonomie« gegen das unfaßbare Wertgesetz.

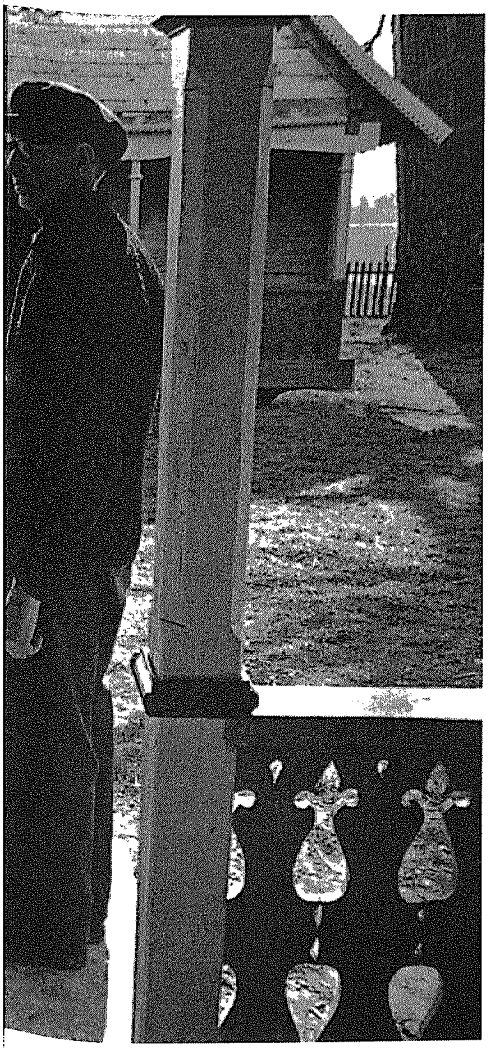
Gerade aus kleinbäuerlichen Zusammenhängen entstand die Ideologie des antimodernistischen Antisemitismus als Artikulationsform eines gesellschaftlichen Konservativismus, der sich nicht gegen die kapitale Durchdringung selbst wendet, die sich ja »hinter dem Rücken der Produzenten« (Marx) vollzieht, sondern der angebrochenen »neuen Zeit« die »gute alte« entgegenstellte. Verschwörungstheorie, Agrarromantik und konservative Reaktion auf den Kapitalismus reichen sich die Hand.[5]

Hier ist Antisemitismus die spontane Reaktion auf die Auflösung der tradierten Sozialsysteme: Der Bauer, der Bauer bleiben und im Juden, der oftmals als Vermittler zwischen Stadt und Land fungierte, den 'Drahtzieher' hinter den Unwägbarkeiten des Marktes erkannt haben will.

Dieser Antisemitismus ist sicherlich der Fallstrick der sozialrevolutionären Theorie, die sich an einer »moralischen Ökonomie« des Alltagsbewußtseins orientiert. Ein Fallstrick, in den auch viele utopische Sozialisten und Anarchisten wie auch revolutionäre Theoretiker des vor-revolutionären Rußland tappten.

In der historischen Beschäftigung mit der russischen Revolution ist kaum Wert darauf gelegt worde, die internationalistischen Narodniki und die sozialrevolutionären »Maximalisten« von den rechten Volkstümlern und Bauern-Fans zu unterscheiden. So läßt sich jegliche antibolschewistische und gegen die Lenin'sche Fortführung der zaristischen

Foto: Romualdas Rakauskas



Modernisierung mit jakobinischen Mitteln gerichtete Haltung (beispielsweise die der linken Sozialrevolutionäre) als reaktionär-bauerntümelnd denunzieren, wenn nicht sogar als potentiell antisemitisch. Auch ein Begriff wie Populismus stiftet Verwirrung, bezeichnet er doch so höchst unterschiedliche Dinge wie die faschistische rumänische Legion »Erzengel Michael«, den Narodniki-Theoretiker Tschernyschewski und die Narodnaja Volja.

Daß die bäuerlichen Massen in einer Zeit der Auflösung agrarischer Verhältnisse anfällig für antisemitische Erklärungs- und Wahrnehmungsmuster sind, liegt auch auf der Hand. Detlev Claussen beschreibt die von dem vordringenden Kapitalismus verursachte Atomisierung und Unterwerfung unter das Wertgesetz, die Antisemitismus als Reaktion darauf gefährlich nahelegt: »An der Tradition orientierte Schichten der Gesellschaft verlieren jeden Schutz gegen die Übermacht der ökonomischen Gesetze. Sie verlangen geradezu nach dem Schutz, der nur von der Herrschaft kommen kann. In den Juden sehen sie die Privilegierten, die vom Formwechsel der Herrschaft profitieren.«

Die russischen populistischen Revolutionäre wandten sich zwar gegen den Formwechsel der Herrschaft, indem sie die Notwendigkeit einer völligen Kapitalisierung Rußlands bestritten. Doch sie wollten die schlechte Realität der zaristischen Unterdrückung nicht Realität bleiben lassen. Die Narodniki waren die autentischste Opposition zum Zarismus. Antisemitismus und die Pogrome erkannten viele als »Spaltungsmittel« der Herrschenden. Auf der anderen Seite hatte die populistische Stadtguerilla Narodnaja Volja ein gefährlich taktisches Verhältnis zu dem »einfachen Volk«, das in Pogromen konformistisch rebellierte. Die bewaffneten Aktivisten der Gruppe, einschließlich einiger ihrer jüdischen Mitglieder, meinten, Pogrome als Mittel zur Revolutionierung der Massen benutzen zu können. Wenn sie vom »einfachen Volk« sprach, legte sie diesem Begriff zwar keine völkische Bestimmung zu Grunde und meinten damit alle Werktätigen, die jüdischen Proletarier eingeschlossen. Doch auch in ihren Augen waren oft die Begriffe »Jude« und »Ausbeuter« synonym. Darin unterschieden sie sich so wenig von Michail Bakunin, wie dieser vom frühen Marx. Diese bei den radikalen Sozialisten weit verbreitete fatale Ideologie, brachte einige jüdische Revolutionäre in ein Dilemma. Das läßt sich beispielhaft an der Biographie des den Narodniki nahestehenden jüdischen Revolutionärs Aron Liberman zeigen, der sich 1880 das Leben nahm. Als strikter Kosmopoliten lehnte er jeden Nationalismus ab. Er war Anarchist und trat für die unmittelbare Einführung des Kommunismus in Rußland ein. Seine revolutionäre Vorstellung, in der keine Nationalität und keine nationalen Grenzen, keine »Geistesaristokratie, sondern nur das arbeitende Volk« existieren sollten, prallte zusammen mit der Realität der Pogromwellen und der Indifferenz vieler seiner Genossen gegenüber dem Antisemitismus.

Auch in der agrar-anarchistischen Machno-Bewegung soll es zu Pogromen gekommen sein. In der Machno-Bewegung selbst war der Anteil der jüdischen Kämpferinnen und Kämpfer nicht gerade gering, wie die Detailstudie 'Land und Freiheit' von Dittmar Dahlmann bestätigt. Gerade die führenden Köpfe der Bewegung Machno und Arsinov bemühten sich gegen den vorhandenen Antisemitismus in der Ukraine zu kämpfen, aber auch die Bewegung vor Denunziation zu schützen: »Einen Teil ihrer Schriften widmeten beide Verfasser dem Kampf gegen die Vorwürfe, daß sich die Bewegung durch Gewalttaten wie Plünderungen und antisemitische Pogrome etc. ausgezeichnet habe. Gerade der Vorwurf des Antisemitismus wurde von Arsinov und Machno entschieden zurückgewiesen. In zwei Artikeln 'Machnovscina i antisemitizm' und »K evrejam vsech vsech stran« wandte sich Machno 1927 entschieden gegen die Vorwürfe, die nur erhoben würden, um von der tatsächlichen Deutung der machnovscina abzulenken.«

Doch eine genaue historische Untersuchung des Verhältnisses der Agrarkommunisten bzw. Narodniki zum Antisemitismus ist schon lange überfällig.

Antisemitismus wurde zur Revolutionszeit sehr vehement von den Bolschewiki bekämpft, von Stalin dann jedoch bald wiederbelebt. Er wurde »von Stalin bereits in den zwanziger Jahren selektiv zur Bekämpfung seiner politischen Gegner eingesetzt«, später »unter der Flagge des »Kampfes gegen den Kosmopolitismus« zur Staatsdoktrin in der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten.« (Mario Kessler)

Stalins Antisemitismus stand im Zusammenhang mit dem forcierten »Aufbau des Sozialismus in einem Land« - die Juden wurden zum Symbol des Internationalismus. Aber die Juden wurden der unter der Industrialisierung leidenden, bäuerlichen wie städtischen Bevölkerung auch als Sündenböcke angeboten. Väterchen Stalin stilisierte sich zum Wiedergänger des Zaren. Er hatte das Doppelgesicht des tatsächlichen Modernisierers in der direkten Nachfolge von Witte und Stolypin und des romantizistischen Konservativen - antisemitisch und reaktionär. Der Stalinismus von unten wurde nicht nur von den aufstrebenden Eliten getragen, sondern auch paradoxerweise von den Verlierern der Industrialisierung, die in Stalin einen Garanten der Bewahrung des Alten sehen wollten. Stalins Bauernpolitik erfolgte nicht nur mit der Peitsche: Der rote Zar bremste sogar die Kollektivierungsbrigaden im März 1930, denen

sich fanatische jugendliche Mitglieder der Partei anschlossen, um das Dorf von 'Kulaken' zu befreien und sie zu staatlichen Agrostädten zusammenzufassen; ein utopisches Unterfangen, das bäuerliche Aufstände provozierte. Stalin kommt die Rolle sowohl des Modernisierers als auch des »ideeller Gesamtpopulisten« zu, letzteres obwohl gerade er gegen die obschtschina einen blutigen Kampf führte, gegenüber dem sich seine zaristischen Vorgänger wie halbherzige Dorfpfaffen ausnehmen. Doch Stalin konnte die obschtschina nicht zerschlagen oder auflösen, er hob sie im schlechten Sinne auf:

Die 'Kollektivierung' verstaatlichte die Kollektivstrukturen der Dorfgemeinde.

1883 prophezeite der russische Marxist Plechanow, daß »die revolutionäre Bewegung das Heil in den Idealen eines autoritären Kommunismus nach Art des Inkastaates suchen« müsse. Die angebliche Rückständigkeit der russischen Arbeiter und Bauern veranlaßte ihn zu dieser Bemerkung. Verlangte nicht viel eher die nachholende Modernisierung, die Durchsetzung eines organisierten Staatskapitalismus und die versuchte Zertrümmerung der landwirtschaftlichen Kollektivstrukturen zugunsten staatlicher 'Kollektivierung' die beständige Figur des Väterchens, zu dem man trotz aller Grausamkeit - und gerade deswegen - emporblicken konnte ?

Literatur u.a.:

- Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr.4, Das Ende des sowjetischen Entwicklungsmodells
- Alexander Berkman, Die Kronstadt Rebellion
- Rosa Luxemburg, Die Russische Revolution
- A.M.Pankratova, Fabrikräte in Rußland
- Manfred Hildermeier, Die Sozialrevolutionäre Partei Rußlands
- Arthur Lehning, Marxismus und Anarchismus in der russischen Revolution
- Dittmar Dahlmann, Land und Freiheit

1 So auch der krisis-Autor Peter Klein, der die Revolution 1917 nur unter dem so leninistischen wie teleologischen Blickwinkel sehen kann. »Erwartungsgemäß läßt sich zeigen,« schreibt er über sein Buch 'Die Illusion von 1917', »daß Lenins Denken demokratisch konfiguriertes Denken ist (sic!). Unter den russischen Verhältnissen zu Anfang dieses Jahrhunderts kann von einer Kritik der Rechtsform als der Subjektivität der Warenform keine Rede sein. Im Gegenteil, historisch war erst einmal die *Durchsetzung* dieser Form an der Reihe (sic!).« So brüstet sich der Neo-Leninist: »Eine Denunziation des Volkswillens und aller in diesem Rahmen angesiedelten sozialen Kategorien einschließlich des 'Proletariats und der Bauernschaft', ist von mir beabsichtigt.

Dennoch wird man in dem Text fast nur anerkennende und lobende Worte über Lenin und die Bolschewiki finden. Ein Widerspruch ?« - Klar nicht, möchte man ihm antworten.

2 Herzen war keineswegs ein rückwärtsgewandter Bauerntümler, sondern ein dezidierter »Westler«. Die Niederlage der europäischen Revolution 1848 veranlaßte ihn, in den Kollektivstrukturen der bäuerlichen Kommune einen speziellen russischen Weg angelegt zu sehen, der nicht durch das Joch des Kapitalismus führen muß. Die Durchsetzung der »Zivilisation«, sprich: der bürgerlichen Gesellschaft veranlaßt Herzen, die Tatsache, daß sich in Rußland die Kapitaldynamik noch nicht vollends durchgesetzt hatte, als enorme Chance für eine revolutionär-emanzipative Entwicklung zu begreifen.

3 Hinter der von Revolutionären vorgetragenen Kritik der Volksreligiosität können ganz unterschiedliche Absichten stecken. Bakunins berechtigtes Gewettere über die patriarchal-religiöse Idiotie des Landlebens, die ein Hemmnis für die Entwicklung der sozialer Revolution darstellt ist etwas gänzlich anderes als der bolschewistische Modernisierungsrassismus, der in der Abscheu gegenüber der »Rückständigkeit« zum Ausdruck kommt, die führende Bolschewiki gegenüber der Volksreligiosität zu bekunden nicht müde wurden.

4 Der Begriff »moral economy« kommt von dem Historiker E.P.Thompson. Er untersuchte die Entstehung der englischen Arbeiterklasse und kam zu dem Ergebnis, das die überlieferten Gerechtigkeitsvorstellungen von Bauern und Handwerkern (z.B. wieviel das Brot kosten »darf«) mit den Anforderungen und Auswirkungen des Kapitalismus zusammenprallten.

5 In vielen historischen Untersuchungen über agrarische Gesellschaften, die mit dem Eindringen des Kapitalismus konfrontiert sind, wurde auf dieses Analyseraster zurückgegriffen, das sich durchaus als tragfähiges Erklärungsmodell von ruralen revolutionären Bewegungen und Erhebungen herausgestellt hat.

Foto: Wolfgang Haug



Zeitschriftenschau

Lateinamerika Nachrichten Nr 289/290, Juli/August 1998
Schwerpunkt: 25 Jahre LN ° Kolumbien ° Ecuador ° Guatemala ° Nicaragua ° Mexiko: Land & Freiheit, Mexikos Landwirtschaft im Zeichen des Neoliberalismus * Krieg niederer Intensität jetzt ohne Vermittlung * Rezension zum mexikanischen Wirtschaftsstil * Film zum Werdegang der EPR ° El Salvador ° Debatte: Was politische Literatur in Nicaragua war und was aus ihr wurde ° Musik ° Fußball.

***Bezug:** im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 B erlin, Tel: 030.6946100, Fax: 6926590, Preis: 8,50 DM*

ila Nr 217, Juli 1998
Schwerpunkt: Montevideo ° Brasilien ° Chile ° Mexiko: Chiapas, Kleinkrieg gegen selbstverwaltetete Gemeinden - und internationale BeobachterInnen ° MAI: Abkommen zwischen USA und EU ° Kultur ° Ländernachrichten ° Solidaritätsbewegung.

***Bezug:** Oscar-Romero-Haus, Heerstr.205.53111 Bonn, Tel: 0228.658613, Fax: 631226, Preis: 8.- DM*

iz3w Nr 230, Juli/August 1998
Schwerpunkt: Globalisierung von unten - Arbeit für Gewerkschaften? ° Reformierte Renten in Lateinamerika ° Angepaßte Strukturen in Afrika ° Streit um



lokale Agenda 21 ° Literarisches 'Niemandsland' in Brasilien ° Unpäßliches Asyl in Deutschland ° Linke und antirassistische Politik ° Gentechnik-Ausstellung.

Bezug: ADW, Pf 5328, 79020 Freiburg, Tel: 0761.74003, Fax: 709866, Preis: 8.- DM

Bahamas, Nr.26 Sommer 1998
Schwerpunkt: Das postmoderne Bedürfnis ° u.a. Michel Foucault und das Rätsel der Macht

Bezug: Bahamas, PF 62 06 28, 10796 Berlin, Tel./Fax 030.6236944, 7,50DM

IWK, Nr.4/97
Die historische Fachzeitschrift IWK druckt in ihrem neusten (!) Heft 4/97 einen interessanten Artikel von Dieter Nelles: Deutsche Anarcho-syndikalisten und Freiwillige in anarchistischen Milizen im Spanischen Bürgerkrieg
***Bezug:** IWK, Malteser-str.74-100, 12249 Berlin, Preis: 20.-DM*

DA, Nr.128, Juli/August 1998
Schwerpunkt: Anarchie und Diktatur - Perspektiven für 2020 ° Griechenland - Auseinandersetzungen gegen das Sparprogramm der Regierung ° MAI ° Nachruf auf Heinrich Friedetzky

Bezug: DA, Wittelsbacher Allee 45, 60316 Frankfurt, 2,50DM

SF
SCHWARZER FADEN
VIERTELJAHRESSCHRIFT FÜR LUST UND FREIHEIT

SF - Alte Nummern
Die Nummern 0-23, 44, die Sondernummern Feminismus I, Verfall der Arbeit sind vergriffen.
Die **SF-Pakete** für nur 10.-DM zzgl. Portokosten (6,30) sind weiterhin erhältlich:
Paket 1 (Nr.24-30)
Paket 2 (Nr.31-38)
Paket 3 (Nr.39-47), (ohne Nr. 44)
Paket 4 (Nr.48-53)
Paket 5 (Nr.54-58) : 15.-DM
SF-Nostalgienummer (mit Beiträgen aus SF 0-12), 100 S., 5.-DM

Folgende einzelne Nummern für 8.-DM (ab 2 Ex. 30% Rabatt):

Nr.59 enthält u.a.:M. Wilk: Aus dem Innern des Sparpakets, D. Schütze: Die Deutschen sind gefährlich; B. Scharlowski: Der Babynahrungshersteller Hipp; Subcommandante Marcos: Kommuniqué; H. Benner: Der Derivatehandel; D. Nelles: Die anarchistische Jugend; BUKO-Bericht etc., 68S., 8.-DM

Nr.60 enthält u.a.:Anti-Expo-AG: Nachhaltige Propaganda für das 3. Jahrtausend; M. Kittmann: Die neue Militarisierung der Gesellschaft; H. Waibel: Neofaschismus in Ostdeutschland; Interview mit Birgit Rommelspacher; N. Chomsky: Ziele und Visionen (1.Teil der Bookchin-Chomsky-Debatte), U. Bröckling: Anarchistischer Antimilitarismus im Kaiserreich; W. Sterneck: Techno und Cybertribe, T. Wagner: Von der Suche nach der Anarchie, etc.

Nr.61 enthält: L. Schrötter: Globalisierung; M. Wilk: Macht und Herrschaft, Teil 4: Globalisierung; D. Hartmann: Soziale Säuberungen in Köln; M. Bookchin: Einheit von Ideal und Praxis (2.Teil der Bookchin-Chomsky-Debatte); Kommune-Debatte Teil 1; K. Staad: Laßt 1000 Torten fliegen!; M. Kröger: Simone Weil und Carl Einstein in Spanien 36/37; W. Portmann: Porträt Heiner Koechlins; Kurzes zum ak, zur FAU, zur ÖkoLi, zur Einstellung von *links*, zum Prozeß gegen Lotta Continua etc.

Nr.62 Feminismus-Sondernummer II, enthält u.a.: SF-Red.: Vielfältige Beziehungen zw. Anarchismus und Feminismus, Interview v. Dorothea Schütze mit der Brasilianerin Maria da Cruz zu Erfahrungen mit dem alltäglichen deutschen Rassismus; Maria Mies: Thema Subsistenz - Frauen, Nahrung und globaler Handel; Jane Meyerding: Gender - die Welt wie sie gelebt wird; Rosella di Leo: Patriarchatskritik: Ort der Differenz; L. Susan Brown: Auseinandersetzung mit Naomi Wolfs Powerfeminismus; Ariane Gransac: Gemeinschaftsküche Kropotkins; etc.

Nr.63 enthält u.a.: Holst: Chiapas aktuell, Sievers: Zapata-Konferenz in Madrid, petzi: Zapata und ich, José Saramago: Warum ich nach Chiapas fahre?, Geschichten vom alten Antonio, Ries: Chomsky-Kritik 1 - Ziele und Visionen, Mümken: Chomsky-Kritik 2 - Staatlichkeit oder Anarchie?, Noam Chomsky: Unterstellte Zustimmung - Diskurs zur Demokratie, Morris: Freie Städte, Bergstedt: Der Staat und die etablierten Umweltverbände; Mümken: Foucault-Diskurs, Flamb.: Gentechnikbewegung-Repression; Sterneck: John Cage; Voß: Kommune-Debatte, Kastner: Kommune-Debatte, Schwarze Feder: Kritik an Geronimos "Glut und Asche"; Günther: Antwort auf T. Wagner "Von der Suche nach der Anarchie".

Nr.64: Gerhard Klas: Kein Mensch ist illegal; Albrecht Kieser: Schlepper, Schleußer - Von Fluchthelfern und Wegelagerern; Maria Mies: Der Gipfel der Globalisierung (MAI-Abkommen); Ann Stafford: Noch ist das MAI nicht tot; Michael Wilk: Flughafen Rhein/Main; Jörg Bergstedt: Nachhaltige Seilschaften; Wolfgang Haug: Kongress zur Sozialen Ökologie in Lissabon; Michael Schiffmann: Gesetze der Gier; Julia Kümmel: Interview mit Nga Awa; Andreas Speck: Militarismus und Männlichkeit; Bernd Drücke: Zur Geschichte des SF; Reinhard Müller: Nachruf auf Ferdinand Groß (Wien/Graz); *Rezensionen:* Roland Kaufhold: Über Etta Federn; Michael Schiffmann: Der Terror der Ökonomie; Peter Nowak: Autonome; Gerhard Kern: Antirassistisches Geschichtsbuch; Hans-Ulrich Dillmann: Die Zeit der Schmetterlinge; Jürgen Mümken: Auf der Durchreise im revolutionären Mexiko; LeserInnenbriefe, Kurzes

Jochen Knoblauch (Hg.): SF-Register
Aufgenommen wurden alle Beiträge von Nr.0-Nr.50, incl. Sondernummern. 10.-DM; auch als DOS-Diskette (Word-Datei) erhältlich. Das Register, das demnächst auf der CD-ROM der Edition ID/Amsterdam enthalten sein wird, ist für Internet-Benutzer auch unter unserer Homepage zu finden: ***http://www.comenius-antiquariat.com/anares***

Postvertriebsstück * E 9860 * Entgelt bezahlt *
ISSN 0722-8988
Trotzdem★Verlag, PF 1159, 71117 Grafenau

